



Blatteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Bkr., außerhals incl. Porto 2 Bkr. 15 Sgr. — Anzeigengebühr für den Raum einer sechszeiligen Zeile in Petitdruck 2 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmahl, an den übrigen Tagen zweimahl erscheint.

Nr. 35. Morgen-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 22. Januar 1874.

Die neue Provinzial-Ordnung.

Der Entwurf zur neuen Provinzial-Ordnung liegt nunmehr auch mit den Motiven vor. Wir freuen uns, daß der Entwurf im Großen und Ganzen den Grundzügen entspricht, wie wir sie für die Reform der Provinzialverfassung noch unlängst (Nr. 495 und 497) an dieser Stelle vorgezeichnet haben. Allerdings giebt die neue Provinzialordnung der provinziellen Selbstverwaltung zunächst nur eine andere Form, nicht auch einen weiteren, vernünftigen Anforderungen an Decentralisation entsprechenden Inhalt. Der Natur der Sache nach kann aber eine Reform in dieser Beziehung nur durch besondere gesetzgeberische Acte erfolgen. In den Motiven zum Entwurf wird denn auch hervorgehoben, „daß der provinziellen Selbstverwaltung durch die Specialgesetze, die Ueberweisung der Provinzialfonds betreffend — welche Gesetze in unmittelbarem Anschlusse an die Provinzialordnung zu erlassen sein werden — sowie voraussichtlich auch in den demnächst zu erlassenden neuen Wege- und Schulgesetzen ein umfangreiches Geschäftsfeld wird zugewiesen werden können“.

Bescheiden wir uns daher in dieser Beziehung noch 1—2 Jahr und vereinigen zunächst unser ganzes Bestreben auf die Herstellung einer zeitgemäßen Verfassung. — Geht man in dieser Richtung die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes durch, so kann es zunächst in Bezug auf den Umfang und die Begrenzung der Provinzen nur geilligt werden, daß die Verschiedenheiten beseitigt werden, welche zwischen den Provinzialverbänden in ihrer territorialen Begrenzung und der administrativen Provinzialtheilung zur Zeit noch bestehen. Diese Verschiedenheiten rühren daher, daß man 1823 aus feudaler Antiquitätenliebe nicht die durch die Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden vom 30. April 1815 geschaffene Administrativeintheilung, sondern die im Jahre 1806 — schlimmen Angebens — stattgehabte Begrenzung der Bildung der Provinzialverbände zu Grunde gelegt hat. — In Folge der Correctur dieser Wunderlichkeiten sollen jetzt die seither dem Brandenburgischen Verbände angehörenden Districte des Grüneberger Kreises und die dem Sächsischen Verbände angehörende Districte des Kreises Hoyerwerda wieder mit Schlesien verbunden werden, während andererseits einzelne seither mit Schlesien verbundene Districte der Kreise Sorau und Spremberg wieder an Brandenburg zurückgegeben werden.

Die Provinzialaufgaben sollen durch Zuschläge zu den direkten Staatssteuern und zwar nicht durch kreisweise, sondern durch direkte Repartition auf die einzelnen Steuerpflichtigen aufgebracht werden. Für die Vertheilung auf die einzelnen Staatssteuern sind die in der Kreisordnung vorgeschriebenen Grundätze maßgebend. Unferes Erachtens läßt sich der richtige Maßstab für diese Vertheilung wie überhaupt eine angemessene Steuerreform für die Provinzen erst gewinnen, wenn der Wirkungsbereich der provinziellen Communalverbände festgestellt sein wird. Nach den Leistungen der Provinzen für die Staatsbürger wird man erst richtig die Gegenleistungen der Letzteren bemessen können. Beispielsweise wird man Grund- und Gebäudesteuer vorzugsweise heranziehen müssen, soweit die Provinzen die Herstellung der Land- und Wasserstraßen besonders obliegen wird, während für die Deckung von Ausgaben zu Schul- und Armenzwecken alle direkten Staatssteuern in Betracht kommen müssen. Die künftige Gestaltung der Provinzialsteuerreform wird zudem auch bedingt von der Frage, inwieweit man den Provinzen an Stelle von Geldrenten, Staatssteuern — beispielsweise die Grund- und Gebäudesteuer ganz oder theilweise zur Erfüllung der den Provinzen vom Staat zu überweisenden Aufgaben überlassen will. Bis diese Regelung erfolgt, kann man es wohl in den Provinzen, umso mehr bei den gegenwärtig über die Aufbringung der Provinziallasten geltenden Bestimmungen bewenden lassen, als die gegenwärtig bestehenden Provinzialsteuern — namentlich auch in Schlesien — sehr unbedeutend sind.

Ueber die Aufbringung der Kosten der Landarmenverbände ist ja durch das Armengesetz von 1871 besondere Bestimmung getroffen worden; im Uebrigen handelt es sich in Schlesien nur um die allgemeinen Verwaltungskosten, Zuschüsse für einige Irrenanstalten und dergl., im Ganzen etwa 100—200,000 Thaler jährlich.

Die folgenreichsten Veränderungen betreffen die Zusammensetzung des Provinziallandtages. Die Provinziallandtags-Abgeordneten werden nicht mehr von den einzelnen Ständen, sondern von dem Kreislandtag gewählt und zwar durch Stimmzettel. Der Schlesische Provinziallandtag soll künftig 126 statt bisher 92 Mitglieder zählen. Während bisher auf dem schlesischen Provinziallandtage vertreten waren der Herrenstand durch 10, die Ritterschaft durch 36, die Städte durch 30 und die Landgemeinden durch 16 Mitglieder, sollen dem schlesischen Provinziallandtag künftig angehören 4 Vertreter der drei Stadtkreise Breslau, Liegnitz und Görlitz und 117 Vertreter der übrigen Kreise. Jeder Kreis wählt für sich. Die Zahl der Abgeordneten wird auf die Kreise nach Maßgabe der Bevölkerung vertheilt, jedoch so, daß abgesehen von den 15 Kreisen mit weniger als 40,000 Einwohnern, Namslau, Gubrau, Steinau, Strehlen, Nimptsch, Münsterberg, Striegau, Sprottau, Lüben, Zauer, Schemnau, Bolkshain, Hoyerwerda, Liegnitz, Tarnowitz, Jabrze, mit je einem Abgeordneten, jeder Kreis mindestens zwei Abgeordnete erhält. Erreicht die Einwohnerzahl eines Kreises 80,000 Einwohner, so werden 3 Abgeordnete gewählt (Schweidnitz, Waldenburg, Oppeln, Ost-Schlesien, Beuthen, Pless, Ratibor, Leobschütz, Neustadt, Neisse). Für jede fernere Volkszahl von 40,000 Einwohnern tritt noch ein Abgeordneter hinzu. (Stadt Breslau 6 Abgeordnete.) Dem Provinziallandtage der Provinz Schlesien bleibt es überlassen, durch statutarische Anordnung diejenigen Landkreise, welche nur einen Abgeordneten zu wählen haben, mit je einem angrenzenden Landkreis zu Wahlbezirken zu verbinden und die Wahlorte zu bestimmen. In den übrigen Provinzen, welche eine geringere Einwohnerzahl als Schlesien haben, wählt jeder Kreis mindestens 2 Abgeordnete, eine Vertretung durch drei Abgeordnete beginnt in Preußen bei 60,000 Einwohnern, in Brandenburg und Sachsen bei 50,000 Einwohnern, in Pommern bei 40,000 Einwohnern.

Unbedingt zu billigen ist die Absicht, möglichst jedem Kreise mehr als einen Abgeordneten zuzuteilen. Andernfalls würde allerdings die Befähigung gerechtfertigt erscheinen, daß alsdann das städtische Element, welches auf den Kreistagen dem ländlichen gegenüber sich mit Ausnahme weniger Kreise in der Minorität befindet, auf den Provinziallandtagen nicht ausreichend zur Geltung gelangen möchte. Abge-

sehen hiervon ist die Aufstellung von mehr als einem Abgeordneten auch schon erforderlich, um den verschiedenen Interessen von Klein- und Großgrundbesitz, nachdem man ihnen auf den Kreistagen einmal eine besondere Vertretung geschaffen hat, entsprechende Vertretung zu sichern. Diesen Gesichtspunkt halten wir für dermaßen durchschlagend, daß wir es nicht erst dem Schlesischen Provinziallandtage überlassen würden, ob er die obengenannten 15 kleinen Kreise mit andern verbinden will, sondern diese Verbindung gleich durch die Provinzialordnung selbst vollzogen wissen wollen. Als Anhalt für diese Verbindung könnte die Eintheilung der Landtagswahlbezirke dienen und beispielsweise Gubrau mit Steinau, Nimptsch mit Strehlen, Zauer mit Schönau und Bolkshain, Hoyerwerda mit Rothenburg verbunden werden. Die gegen das Zusammenlegen mehrerer Kreise in den Motiven angeführten Gründe — größere Unbequemlichkeit des Wahlaktes, ungenügende Bekanntheit der Wähler untereinander, Verschiedenheit der lokalen Interessen — halten wir für so wenig durchschlagend, daß wir nicht bloß die 15 kleinen Kreise, sondern alle Kreise mit anderen zu einer Wahlkörpererschaft zusammengelegt wissen möchten, welche ihrer Einwohnerzahl nach nicht schon für sich allein 3 Abgeordnete zu wählen im Stande sind. Für die Wahl zum Provinziallandtage handelt es sich um die Vertretung nicht lokaler Kreisinteressen, sondern principeller Interessen. Es ist dabei ganz nützlich, wenn die Herren Kreislandtagsmitglieder genöthigt werden, über die Wände ihres Sitzungsraumes hinauszuschauen; auch gegen die Beeinflussung der Wahlen durch die Landräthe ist das Zusammenlegen mehrerer Kreise, wie die Erfahrung bei den Landtagswahlen darthut, ein gutes Gegenmittel. Abgesehen hiervon liegt in den Grundzügen des Entwurfes für die Vertheilung der Abgeordneten auch eine entschiedene Benachtheiligung größerer oder dicht bevölkertere Kreise, insofern denselben je ein Abgeordneter in der Vertretung erst mit einer solchen Einwohnerzahl zuwächst, welche in kleineren Kreisen schon die Vertretung durch 2 Abgeordnete gewährt. So kommen bei 126 Mitgliedern des Provinziallandtages auf 1 Mitglied durchschnittlich 29,000 Seelen. Danach würden sich für den Stadtkreis Breslau mit 203,295 Seelen gerade 7 Abgeordnete ergeben, während nach dem Entwurf Breslau nur 6 Abgeordnete bekommen soll. Geht man, wie es richtig wäre, davon aus, daß ein Abgeordneter mehr für den Kreis hinzukommt, sobald die Normalzahl von 29,000 Einwohnern pro Abgeordneten um mehr als die Hälfte überschritten wird, so erfährt das Tableau des Entwurfes dahin Abänderungen, daß Stadt Breslau, Kreis Kattowitz, Rybnik, Ratibor je einen Abgeordneten mehr, dagegen Stadt Görlitz, Kreis Grenzburg und Falkenberg je einen Abgeordneten weniger erhalten. — Die Interessen der Städte und der industriellen Bezirke sind schon durch die Kreisordnung derart benachtheiligt, daß weitere Zurücksetzungen gegen vorwiegend ländliche Bezirke wärdlich erübrigen. Cher als zum Schutz ländlicher Interessen wäre es heuer noch angezeigt eine besondere Liga zum Schutze städtischer und industrieller Interessen zu begründen, wenn man überhaupt das Feld der Interessenvertretung betreten wollte. Auch wenn die Städte eine genau der Einwohnerzahl entsprechende Vertretung erhalten, wiegt ihr Einfluß im Rath bei weitem noch nicht ihre Verpflichtung zur That auf. Eine im Jahre 1867 angefertigte amtliche Zusammenstellung ergibt, daß directe Staatssteuern in den Städten Schlesiens 74 Sgr. (in Breslau sogar 128 Sgr.) auf dem platten Lande dagegen nur 42 Sgr. kommen. Im Verhältnisse seines Contingentes an directen Steuern müßte Breslau nicht 6, sondern mindestens 12 Vertreter auf dem schlesischen Provinziallandtag haben.

Die neuen Kirchengesetze.

Der dem Hause der Abgeordneten vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer hat folgenden Wortlaut:

Wir Wilhelm, r. verordnet mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. In einem katholischen Bisthume, dessen Stuhl erledigt ist, dürfen die mit dem bischöflichen Amte verbundenen Rechte und geistlichen Verrichtungen, insofern sie nicht die Güterverwaltung betreffen, bis zur Einsetzung eines staatslich anerkannten Bischofs nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen dieses Gesetzes ausgeübt werden.

§ 2. Wer bischöfliche Rechte oder Verrichtungen der im § 1 bezeichneten Art ausüben will, hat dem Ober-Präsidenten der Provinz, in welcher sich der erledigte Bisthumsstuhl befindet, hiervon unter Angabe des Umfangs der auszuübenden Rechte schriftliche Mittheilung zu machen, dabei den ihm erteilten kirchlichen Auftrag darzutun, sowie den Nachweis zu führen, daß er die persönlichen Eigenschaften besitzt, von denen das Gesetz vom 11. Mai 1873 (Gesetz-Samm. 1873 S. 191) die Uebertragung eines geistlichen Amtes abhängig macht. Zugleich hat er zu erklären, daß er bereit sei, sich eidlich zu verpflichten, dem Könige treu und gehorsam zu sein und die Gesetze des Staates zu befolgen.

§ 3. Innerhalb zehn Tagen nach Empfang der Mittheilung kann der Ober-Präsident gegen die beanspruchte Ausübung der im § 1 genannten bischöflichen Rechte oder Verrichtungen Einspruch erheben. Auf die Erhebung des Einspruches finden die Vorschriften des § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 (Gesetz-S. S. 191) mit der Maßgabe Anwendung, daß die Berufung bei dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten nur innerhalb 10 Tagen zulässig ist.

Wenn kein Einspruch erhoben oder der Einspruch von dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten verworfen worden ist, erfolgt die im § 2 vorgeschriebene eidliche Verpflichtung vor dem Oberpräsidenten oder einem von demselben ernannten Commissarius.

§ 4. Wer vor der eidlichen Verpflichtung bischöfliche Rechte oder Verrichtungen der im § 1 bezeichneten Art ausübt, wird mit Gefängniß von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bestraft.

Dieselbe Strafe trifft den persönlichen Vertreter oder Beauftragten eines Bischofs (Generalvicar, Official u. s. w.), welcher nach Erledigung des bischöflichen Stuhles fortfährt, bischöfliche Rechte oder Verrichtungen auszuüben, ohne anderweit in Gemäßheit der §§ 2 und 3 die Befugniß zur Ausübung derselben erlangt zu haben.

Die vorgenannten Handlungen sind ohne rechtliche Wirkung.

§ 5. Kirchendiener, welche auf Anordnung oder im Auftrage eines staatslich nicht anerkannten oder in Folge gerichtlichen Erkenntnisses aus seinem Amte entlassenen Bischofs oder einer Person, welche bischöfliche Rechte oder Verrichtungen den Vorschriften dieses Gesetzes zuwider ausübt, oder eines von diesen Personen ernannten Vertreters Amtshandlungen vornehmen, werden mit Geldstrafe bis zu 100 Thlr. oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre und, wenn auf Grund eines solchen Auftrags bischöfliche Rechte oder Verrichtungen ausgeübt sind, mit Gefängniß von sechs Monaten bis zwei Jahren bestraft.

§ 6. Wenn die Stelle eines Bischofs in Folge gerichtlichen Urtheils erledigt worden ist, hat der Oberpräsident das Domcapitel zur sofortigen Wahl eines Bisthumsverweisers (Kapitelvicars) aufzufordern.

Erhält der Oberpräsident nicht innerhalb zehn Tagen Nachricht von der zu Stande gekommenen Wahl, oder erfolgt nicht binnen weiterer vierzehn Tage die eidliche Verpflichtung des Gewählten, so ernannt der Minister der geistlichen Angelegenheiten einen Commissarius, welcher das dem bischöflichen Stuhle gehörige und das der Verwaltung desselben oder des jeweiligen Bischofs unterliegende bewegliche und unbewegliche Vermögen in Verwahrung und Verwaltung nimmt. Zwangsmittel, welche erforderlich werden, um das Vermögen der Verfügung des Commissars zu unterwerfen, trifft der Oberpräsident.

Derselbe ist befugt, schon vor der Ernennung des Commissars und selbst schon bei Gelas der Aufforderung an das Domcapitel, das im Vorstehenden bezeichnete Vermögen in Verwahrung zu nehmen und die hierzu erforderlichen Maßnahmen nöthigenfalls zwangsweise zu treffen.

§ 7. Die Bestimmungen des § 6 finden gleichfalls Anwendung

1) wenn in einem Falle, in welchem die Stelle eines Bischofs in Folge gerichtlichen Urtheils erledigt ist, der Bisthumsverweiser aus seinem Amte ausscheidet, ohne daß die Einsetzung eines neuen staatslich anerkannten Bischofs stattgefunden hat, und

2) wenn in anderen Fällen der Erledigung eines bischöflichen Stuhles bischöfliche Rechte oder Verrichtungen von Personen ausgeübt werden, welche den Erfordernissen der §§ 2 und 3 nicht entsprechen.

§ 8. Die Bestimmungen des § 6 über die Vertheilung eines Commissars zur Verwaltung des dort bezeichneten Vermögens, sowie über die Beschlagnahme dieses Vermögens finden ferner in allen Fällen Anwendung, wenn ein erledigter bischöflicher Stuhl nicht innerhalb eines Jahres nach der Erledigung mit einem staatslich anerkannten Bischofe wiederbesetzt ist.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, die Frist zu verlängern.

§ 9. Die Verwaltungsbefugnisse des Bischofs gehen auf den Commissarius über.

Die Kosten der Verwaltung werden aus dem Vermögen vorweg entnommen.

Der Commissarius vertritt den bischöflichen Stuhl oder den Bischof als solchen in allen vermögensrechtlichen Beziehungen nach Außen. Er führt die dem Bischof zustehende obere Verwaltung und Aufsicht über das kirchliche Vermögen in dem bischöflichen Sprengel, einschließlich des Pfarr-, Curat-, Caplan- und Stiftungsvermögens aller Art.

Der Commissarius wird Dritten gegenüber durch die mit Siegel und Unterschrift versehenen Ernennungsurkunde auch in den Fällen legitimirt, in welchen die Gesetze eine Specialvollmacht oder eine gerichtliche, notarielle oder anderweitig beglaubigte Vollmacht erfordern.

§ 10. Die Verwaltung des Commissars endet, sobald ein in Gemäßheit der Vorschriften dieses Gesetzes gültig bestellter Bisthumsverweiser (Capitelvicar) die Bisthumsverwaltung übernimmt, oder sobald die Einsetzung eines staatslich anerkannten Bischofs stattgefunden hat.

Der Commissarius ist für seine Verwaltung nur der vorgesetzten Behörde verantwortlich, und die von ihm zu legenden Rechnungen unterliegt der Revision der königlichen Ober-Rechnungskammer in Gemäßheit der Vorschriften des § 10 Nr. 2 des Gesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Samm. 1872, S. 278). Ein anderweitige Verantwortung oder Rechnungslegung findet nicht statt.

§ 11. Der Ober-Präsident bringt die nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgte Bestellung des Bisthumsverweisers, sowie die Ernennung des Commissars unter Angabe des Tages, an welchem ihre Amtstätigkeit begonnen hat, ingleichen das Erlöschen der Amtstätigkeit und den Tag desselben durch den Staats-Anzeiger, sowie durch sämtliche Amts- und Kreisblätter, welche in dem bischöflichen Sprengel erscheinen, zur öffentlichen Kenntniß.

§ 12. Die Anwendung der §§ 6 bis 11 wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß das Domcapitel für die Dauer der Erledigung des bischöflichen Stuhles einen besonderen Vermögens-Verwalter (Deconomen) bestellt oder selbst die Verwaltung übernommen hat, oder daß eine besondere bischöfliche Behörde für dieselbe bestell.

§ 13. Kommt in den Fällen der §§ 6 und 7 nicht innerhalb der gesetzten Frist die Wahl eines Bisthumsverweisers zu Stande, oder erfolgt nicht binnen weiterer vierzehn Tagen die eidliche Verpflichtung des Gewählten, so verfügt der Minister der geistlichen Angelegenheiten die Einbehaltung der zum Unterhalt der Mitglieder des wahlberechtigten Domcapitels bestimmten Staatsmittel, bis ein Bisthumsverweiser nach den Vorschriften dieses Gesetzes gültig bestellt oder ein staatslich anerkannter neuer Bischof eingesetzt ist.

Der Minister ist jedoch befugt, einzelnen Mitgliedern des Domcapitels das Staatsgehalt fortzahlen zu lassen.

§ 14. Während der Dauer einer commissarischen Verwaltung in den Fällen der §§ 6 und 7 ist derjenige, welchem auf Grund des Patronats oder eines sonstigen Rechtsstitels in Betreff eines erledigten geistlichen Amtes das Präsentations- (Nominations-, Vorschlags-) Recht zusteht, befugt, das Amt im Falle der Erledigung wieder zu besetzen und für eine Stellvertretung in demselben zu sorgen.

§ 15. Macht der Berechtigte von dieser Befugniß Gebrauch, so kommen die Vorschriften des Gesetzes vom 11. Mai 1873 (Gesetz-Samm. S. 191) zur Anwendung. Die im § 22, Absatz 1, daselbst dem geistlichen Oberen im Falle geschwinderer Amtsübertragung androhte Strafe trifft in gleichem Falle den Berechtigten.

§ 16. Wenn der Berechtigte innerhalb zwei Monaten vom Tage der Erledigung des geistlichen Amtes, und falls die Erledigung vor Geltung des gegenwärtigen Gesetzes erfolgt, vom Tage seiner Geltung an, für eine Stellvertretung nicht sorgt, oder innerhalb Jahresfrist nach Erledigung der Stelle dieselbe nicht wiederbesetzt, so geht seine Befugniß auf die Pfarr-, Filial-, Kapellen- u. s. w. Gemeinde über.

Die Gemeinde hat die im § 14 bezeichneten Befugnisse in allen Fällen, in welchen ein Präsentationsberechtigter nicht vorhanden ist.

§ 17. Liegen die Voraussetzungen des § 16 vor, so beruft der Landrath (Amtmann) auf den Antrag von mindestens zehn großjährigen, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen, männlichen Gemeindegliedern, welche nicht einem mitwählenden Familienhaupte untergeordnet sind, sämtliche diesen Erfordernissen entsprechende Mitglieder der Gemeinde zur Beschlußfassung über die Einrichtung der Stellvertretung oder über die Wiederbesetzung der Stelle.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist erforderlich, daß mehr als die Hälfte der Eridienten dem Beschlusse zugestimmt hat.

Die näheren Bestimmungen über das Verfahren erläßt der Oberpräsident.

§ 18. Kommt eine gültige Wahl zu Stande, so ist nach Maßgabe des § 17 ein Repräsentant zu wählen, welcher die Uebertragung des Amtes an den gewählten Geistlichen auszuführen hat. Für das Verhalten und die Verantwortung des Repräsentanten gelten die Vorschriften des § 15.

§ 19. Wird in den Fällen der §§ 14 bis 18 vom Oberpräsidenten kein Einspruch erhoben oder der erhobene Einspruch von dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten verworfen, so gilt der Geächtete als rechtmäßig angestellt.

§ 20. Wenn vor dem Tage, an welchem dieses Gesetz verkündet wird, die Stelle eines Bischofs in Folge gerichtlichen Urtheils erledigt worden ist, so finden die Vorschriften dieses Gesetzes ebenfalls, jedoch mit der Maßgabe Anwendung, daß der Ober-Präsident sofort nach der Verkündung die im § 6 vorgeschriebene Aufforderung an das Domcapitel erläßt.

§ 21. Wo in diesem Gesetze von einem Bischofe, bischöflichen Stuhle, Amte, Sige u. s. w. oder einem Bisthume die Rede ist, sind darunter auch ein Erzbischof, Fürstbischof, sowie deren Stühle, Aemter, Sige, Bisthümer u. s. w. zu verstehen.

Unter den mit dem bischöflichen Amte verbundenen Rechten und geistlichen Verrichtungen im Sinne dieses Gesetzes sind sowohl die in dem bischöflichen Amte als solchem enthaltenen, als auch die auf Delegation beruhenden Rechte und Verrichtungen begriffen.

§ 22. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich u.

Der Entwurf eines Gesetzes wegen Declaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen (S. 1873 S. 191) lautet:

Wir Wilhelm etc.
berordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, zur Declaration und Ergänzung des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom 11. Mai 1873 was folgt:

Art. 1. Das Gesetz vom 11. Mai 1873 wird dahin declarirt, daß die Uebertragung eines geistlichen Amtes, sowie die Genehmigung einer solchen Uebertragung nach dem Vorhinein der §§ 1 bis 3 des Gesetzes zu wider sind, wenn dieselben ohne die in § 15 daselbst vorgeschriebene Benennung des Candidaten oder vor dieser Benennung oder vor Ablauf der im § 15 für die Erhebung des Einspruchs gewährten Frist erfolgen.

Art. 2. Die Strafe des § 23 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 trifft einen jeden Geistlichen, welcher Amtshandlungen vornimmt, ohne den Nachweis führen zu können, daß er zu einem hierzu errichteten Amte oder zur Stellvertretung oder zur Hilfsleistung in einem solchen Amte unter Beobachtung der §§ 1 bis 3 des genannten Gesetzes berufen worden sei.

Art. 3. Nach Erhebung eines geistlichen Amtes ist der Ober-Präsident befugt, die Beschlagnahme des Vermögens der Stelle zu verfügen, wenn

1) das erledigte Amt den Vorschriften der §§ 1 bis 3 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 zuwider übertragen wird, oder

2) wenn Thatfachen vorliegen, welche die Annahme begründen, daß die Uebertragung des Amtes nicht unter Beobachtung dieser Vorschriften erfolgt werde.

Der Beschlagnahme unterliegt das gesamte Vermögen der Stelle, einschließlich aller Einnahmen, Gebühren und Leistungen. Der Ober-Präsident ernennt einen Commissarius, welcher die Beschlagnahme ausführt und bis zur gesetzmäßigen Wiederbesetzung der Stelle beziehentlich bis zur gesetzmäßigen Einrückung einer einstweiligen Vertretung das Vermögen für Rechnung der Stelle verwaltet. Zwangsmaßregeln, welche zur Ausführung der Beschlagnahme erforderlich sind, werden im Verwaltungswege getroffen. Der Commissarius übt alle vermögensrechtlichen Befugnisse des berechtigten Stellanhabers mit voller rechtlicher Wirkung aus.

Die Kosten der Verwaltung werden aus den Einnahmen der Stelle entnommen. Urkundlich etc.

Breslau, 21. Januar.

Das Civilehegesetz ist in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses endlich zum Abschluß gekommen. Seit länger als einem Vierteljahrhundert steht es auf der Tagesordnung und in der preussischen Verfassung; die endliche Verwirklichung dieser Reform verdanken wir, wie das Schlußgesetz und die Conventionsbestimmungen der Schulen, dem hartnäckigen Widerstande der Bischöfe. Zum Danke dafür wünschen wir den Bischöfen, daß sie durch die strikte Ausführung der Maigesetze und ihrer Ergänzungen, die wir im Obigen mittheilen, von der gänzlichen Abhängigkeit von Rom, in welche sie freiwillig sich selbst gestürzt haben, einigermassen befreit werden; denn wir hegen die feste Ueberzeugung, daß Niemand froher sein wird, als die Bischöfe und insbesondere die ihnen unterstehenden Geistlichen, wenn ihnen die Selbstständigkeit, die sie gegenüber den in Rom herrschenden Jesuiten bis zum vaticianischen Concil befaßen, durch den Staat wieder verschafft wird. Es giebt eben Wohlthaten, die aufgedrungen werden müssen.

Interessanter als die schließlichen Bemerkungen zum Civilehegesetz und die Verabreichung über die Provinzialordnung waren die Verhandlungen über die geheimen Fonds und die offizielle Presse. Wir verweisen darüber auf unsere unten folgende Berliner Correspondenz.

Das österreichische Abgeordnetenhause ist heute wieder zu einer Sitzung zusammengetreten. Die Regierung hat in derselben die lange angeforderten freilichlichen Vorlagen eingebracht. Ein Urtheil über dieselben zu fällen, müssen wir uns vorbehalten, bis uns der Wortlaut vorliegt; doch scheinen die neuen Gesetzentwürfe, so viel sich aus der telegraphischen Mittheilung entnehmen läßt, kaum geeignet, die liberale Partei völlig zu befriedigen. Das Concordat, das bereits durch die Maigesetze vom Jahre 1868 durchlöcher ist, wird nunmehr allerdings auch formell als aufgehoben erklärt. Im Uebrigen betreffen die Vorlagen, wie bereits seit langem angekündigt wurde, die Heranbildung der Cleriker, die Regelung des Patronatsverhältnisses, verschiedene das Kirchenvermögen betreffende Angelegenheiten, endlich die Frage der geistlichen Anerkennung von Religions-Gesellschaften. Dagegen ist von Einführung der Civilehe oder auch nur von einer Revision der Ehegesetzgebung keine Rede.

Unter den Vorlagen für das Abgeordnetenhause befindet sich auch eine über die Aufhebung der Injunctensteuer. Es ist dies einfach die Reproduction einer in der vorigen Session aus-formellen Bedenken zurückgezogenen Vorlage. Daß der Gesetzentwurf auch die Aufhebung des Zeitungstempels enthält, wie ein Wiener Blatt mittheilt, scheint leider nur ein frommer Wunsch der betreffenden Zeitung zu sein.

Der Eindruck, welchen die Veröffentlichung der päpstlichen Constitution Apostolicae sedis munus in Italien herabgebracht hat, ist im Allgemeinen kein bedeutender und tiefer. Im liberalen Lager hier, schreibt man der „N. Fr. Ztg.“ aus Rom, mißt man einer solchen Willensäußerung des Papstes gar nicht jene Wichtigkeit bei, um sie zum Gegenstand ernstlicherer

Erörterungen zu machen. Der sich im Centrum der katholischen Christenheit in schredenerregender Weise dahindrehende Arbeitskreis hält es für sehr überflüssig, sich über die Institutionen der Kirche, über wichtige Aenderungen innerhalb dieser Institutionen überhaupt und Gedanken zu machen, da die katholische Kirche ja doch bald ihrer Auflösung entgegengehe. Weshalb also da noch über Formverleugung Geschrei erheben? Natürlich wird solches nur aus extremster Seite laut. Andere, welche die Nothwendigkeit des Fortbestehens auch äußerlicher religiöser Formen wenigstens stillschweigend zugestehen, halten es doch für ein Unglück, wenn mit einem künftigen Papste eine Verjährung der weltlichen Macht stattfindet; sie begründen die Constitution als eine Art Kriegserklärung, welche die Kirche dem Staat entgegenstellt. Nur indem der Staat den dargebotenen Fehdehandschuh aufnimmt, könne der freireligiösen Cultur ein Fortschritt angurirt werden. Wollte das Papstthum seine eigenen Wege gehen, sich von dem Einspruch weltlicher Mächte vollständig frei machen, gut, so geschähe es; dann hätten die letzteren aber auch keinerlei Rücksichten mehr zu nehmen u. s. w. Die Regierungspresse freilich sieht die Sache weniger leicht an. Sie allein glaubt an die Nichtigkeit des Documentes nach dem Vorgange deutscher Blätter nicht zweifeln zu müssen und prüft die einzelnen Auslassungen des päpstlichen Erlasses genauer. Sie sieht darin, und vielleicht nicht mit Unrecht, die Quelle endloser und vielleicht ernstlicher Conflict zwischen den einzelnen bisher detoberechtigten Staaten und der Curie einerseits, zwischen diesen Staaten andererseits.

Was die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich betrifft, so hat die italienische Regierung, wie man der „R. Z.“ von Paris aus versichert, in Versailles zu verschiedenen Malen wissen lassen, daß die zweideutige Politik, welche Frankreich in Italien verfolgte, nicht mehr lange andauern dürfe. Italien sei in Folge derselben genöthigt, eine zu starke Armee auf den Beinen zu erhalten und richte seine Finanzen zu Grunde. Es müsse deshalb Sicherheit haben, daß die französische Regierung sich nicht zum Werkzeug der ultramontanen Bestrebungen mache. Diese Vorstellungen wurden jedoch in äußerst vertraulicher und freundschaftlicher Weise gemacht und sollen auch gewisse Versprechungen seitens des Herzogs Decazes zur Folge gehabt haben.

Daß in Frankreich gegenwärtig die allgemeine Aufmerksamkeit vor Allem auf die äußere Lage gerichtet ist, versteht sich gewissermaßen von selbst. Von der Erregung, in welche die politischen Kreise durch die Suspension des „Univers“ versetzt worden sind, hat man dagegen kaum einen Begriff. So beginnt unter Anderem der Bericht über die Sitzung der National-Versammlung vom 19. Januar mit folgender Schilderung:

„Großes Aufsehen erregt in Versailles die Maßregel gegen das „Univers“. Der Verächter des „Univers“, welcher, als er in der Kammer ankam, die Maßregel noch nicht kannte, wurde ziemlich stark verhöhnt, und lautes Gelächter erkoll, als ihm Frisch, der Bedell, welcher die Journalisten-Tribüne zu übernehmen hat, mit der Bemerkung, er sei nach der Suspension des „Univers“ nicht mehr Journalist in Activität, den Eintritt verweigerte. Die Kammer war überfüllt, und die Aufregung unter den Deputirten groß. Besonders rührig zeigte sich General du Temple, der der den Minister Broglie mit großer Bestigtheit wegen der Unterdrückung des „Univers“ interpellirte.“

Von besonderem Interesse scheint uns eine Mittheilung des Thier'schen Organs, „Bien Public“ zu sein, welche, wie folgt, lautet:

„Nach Angaben, die wir für richtig halten, ist der Zustand unserer äußeren Angelegenheiten folgender: Von Seiten Italiens ist weder eine Reclamation noch eine Bemerkung gemacht worden. Die Haltung der Regierung und des Königs ist fortwährend wohlwollend. Mit Deutschland sind die Beziehungen, obgleich sie weder einen drohenden noch beunruhigenden Charakter haben, nicht so gut als man wünschen könnte. Die Sittenbriefe einiger Bischöfe waren die erste Ursache zur Unzufriedenheit des Berliner Cabinets, welches mit derselben nicht zurückblieb. Eine erste Befriedigung wurde bei dem Ausschreiben des Herrn Jourou an die Bischöfe ausgesprochen. Dasselbe wurde aber nicht für genügend gehalten. Die betreffenden Bemerkungen wurden jedoch nicht durch den Grafen v. Arnim, sondern von dem preussischen Minister des Aeußern dem Comte de Contades-Viron gemacht. Der Sinn derselben ist folgender: Das ministerielle Kund-schreiben hat das doppelte Unrecht, daß es eher eine Warnung als ein Tadel war, und daß es keine Veröffentlichung einer Indiscretion verdankte. Man kann daher in diesem Schritte keine Genugthuung für die öffentliche Beschimpfung des Oberhauptes des deutschen Reiches sehen, und besteht darauf, daß die französische Regierung die Angriffe gegen einen fremden Souverain bestrafe, selbst wenn sie von den geistlichen Würdenträgern ausgehen. Die speciellen Gesetze giebt die Mittel an die Hand, und in allen Fällen schafft das für Alle gleiche Gesetz weder Privilegien noch Ausnahmen. Ohne selbst mit einem einfachen Bruch zu drohen, soll das Berliner Cabinet nur die Befürchtung ausgesprochen haben, daß die diplomatischen Beziehungen schwierig werden könnten, falls man, sei es in der Vergangenheit, sei es in der Zukunft, solche Thatfachen dulde. Wir betonen, daß in der Sprache des Berliner Cabinets nichts einen angreifenden Hintergedanken durchblicken läßt. Die kriegerischen Gerüchte entbehren daher einer jeden Begründung. Von

dem Bruch war auch nicht die Rede, doch hat man wohl in Berlin voranzugesetzt, daß die französische Regierung nicht vergessen hat, daß der deutsche Gesandte beim heil. Stuhl unter ähnlichen Verhältnissen abzurufen wurde. Bei dieser Gelegenheit mußte die französische Regierung suchen, dieser Lage schnell ein Ende zu machen. Der Bischof von Nîmes wurde nach Versailles berufen; derselbe bedauerte die Verlegenheit der Regierung, aber er erklärte, es sei unmöglich, daß, was er gesagt, zurückzunehmen. Man berief sich dann über die Frage, ob man die Sache wegen Mißbrauchs der geistlichen Amtsgewalt vor den Staatsrath bringen solle, und fakte die Nothwendigkeit einer öffentlichen Erklärung ins Auge. Die Absicht und der Wunsch der Regierung ist, jede Spur des Conflictes zu vermeiden. Man kann in dieser Beziehung nicht zögern. Eine der großen Besorgnisse der deutschen Regierung ist nicht der Katholicismus, sondern der Ultramontanismus, d. h. der Bruchtheil der katholischen Partei, welche die politische nicht von der religiösen Idee trennt. Jeder Angriff dieser Partei verletzt sie fürchtbar. Sie hat diesen Zwischenfall nicht angeregt, ohne seine Tragweite zu ermessen, und man sieht nicht ab, wie man die Befriedigung verweigern kann, ohne die Solidarität für den incriminirten Act anzunehmen. Dieses ist, wenn wir recht unterrichtet sind, die Lage. Es ist daher nicht richtig, sie als sehr bedrohlich darzustellen; noch unrichtiger ist es aber, wenn die officiellen Blätter mit leichtfertiger Töne behaupten, daß man betreffs des Auslandes nie ruhiger war.

So wie dieses Blatt der „Bien Public“. Aehnlich drücken sich die übrigen Blätter aus, welche Thiers inspirirt. Derselbe ist natürlich — bemerkt eine Pariser Correspondenz der „R. Z.“ — nicht ministeriell; da aber die Lage äußerst ernst ist, so erhalten seine patriotischen Gesühle die Oberhand, und er will nicht, daß man die Stellung der Regierung erschwere. Seinen Rathschlägen verbannt man es auch, daß die Linke beschloffen hat, bei Gelegenheit der Interpellation du Temple's der Regierung vollständig freie Hand zu lassen, und diese nicht zu benutzen, um sie zu stützen.

Von der lächerlichen Wuth, in welche die ultramontanen Blätter durch die Maßnahmen der französischen Regierung gerathen sind, giebt ohne Zweifel der „Monde“ das beste Zeugniß. In einem Anfälle von völliger Geistes-abwesenheit behauptet dieses Blatt nämlich unter Anderem, der deutsche Kronprinz sei ein Gegner der antikulmontanen Politik Bismarck's und die letztere werde dem gegenüber nicht lange mehr Stand halten. Der Kronprinz lieft nach ihm täglich die „Germania“ und andere ultramontane Blätter. Fordernd, Bennigsen und Miquel (sic!) bereiten sich schon darauf vor, die Erbschaft des Reichskanzlers anzutreten, und dergleichen mehr! Er macht also den Seinigen Wuth mit der Hoffnung auf die Zukunft.

Der englischen Presse liefert die Erwiderung des Fürsten Bismarck auf die Beschuldigungen des Abgeordneten Mallinrodt reichen Stoff zu Betrachtungen. Der „Daily Telegraph“ namentlich bemerkt dazu:

„Eine solche Verleumdung aus zweiter Hand hat nur die Wirkung, Bismarck's Position national und historisch zu befestigen. Wahrscheinlich ist eine ärmliche thörichte Waise für Lamarmoras Behauptung, irgend ein Fall vorhanden, in welchem der starke Diplomat — der sich des Hofes seiner Feinde erfreut — mit der traffen Dummheit und Gleichheit, die ihm gegenüber stand, spielt. Aber daß er sich je erbot, deutschen Boden zu verschandern, ist allzu absurd, als daß es irgend Jemand, außer einem wüthenden Ultramontanen, glauben könnte. Die Beschuldigung beantwortet sich sofort hinlänglich durch das Andenken an jenen merkwürdigen Tag in Berlin am 2. September, als das Volk den König, die Armee und das Monument verließ, um dem Manne in dem weißen Rock mit dem vierkantigen Gesicht zuzujubeln.“

Deutschland.

— Berlin, 20. Januar. [Aus den Ausschüssen des Bundesraths. — Das Pressegesetz. — Das Reichsoberhandelsgericht. — Der Contractbruch.] Der gestern im Bundesrath vorgelegte Antrag auf Wiedereinbringung des Gesetzes, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches, welches jetzt den Ausschüssen vorliegt, geht hauptsächlich dahin, den vorjährigen Entwurf mit der Maßgabe zu modificiren, daß das Gesetz nun auch auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt werde. — Das Pressegesetz ist gestern vom Justizaussschuß fertig gestellt worden; es steht nunmehr die Erstattung eines schriftlichen Ausschußberichts und auf Grund desselben die Plenarberatung bevor. Es soll der Entwurf zu den ersten Vorlagen des Reichstages gehören. — Der Handelsaussschuß des Bundesraths beschäftigt sich jetzt mit der Angelegenheit der Sonntagsarbeit und der Arbeiterverhältnisse der Frauen und Minderjährigen, worüber dem Bundesrath schon im vergangenen Sommer eine Vorlage zugegangen war. Dasselbe bezog sich auf Erhebungen, welche die preussische Regierung auf diesem Gebiete gemacht hatte, umfaste die Grundsätze, von denen die Regierung ausgehen wollte und stellte anheim, gegenüber der bezüglichen Resolution des Reichstages, die ganze Frage durch ein Enquete-Verfahren zu regeln. — Der Antrag des Justizaussschusses des Bundesraths bezüglich des Auslieferungsvortrages mit Luxemburg geht dahin, der Bundesrath möge sich mit Abschluß

Ein Tag aus dem Leben eines großen Mannes.

Der große Mann, von dem ich sprechen will, saß an seinem Schreibtisch — nicht um zu schreiben, denn er lebte sich mit dem Rücken an den Tisch. Er conferirte mit einem Vis-à-Vis. Die Rede war — ich kann den Inhalt des Gesprächs nicht genau angeben — von Rom, von einer Bulle, von apostolicae sedis munus, von der „Germania“, von der „Kölnischen“... Inzwischen klapperte im Neben-zimmer der Telegraph einbüßig weiter, und von zehn zu zehn Minuten fiel durch eine Spalte der Wand eine Depesche, die der große Mann flüchtig las und bei Seite warf. Die erste Depesche — sie kam vom Dönhofsplatz — enthielt die Worte: Anwesend Leonhardt und Falk, erster Redner v. Schorlemer-Alt. Die zweite Depesche: Redner wirft Fürst Bismarck Inconsequenz in Bezug auf seine Stellung zum Dogma der Unfehlbarkeit vor. . . .

Der Fürst zu seinem Vis-à-Vis: „Gestern früh ist das Telegramm nach Rom abgegangen?“

Der Legationsrath: „Um 10 Uhr, Durchlaucht.“

Der Fürst: „Wir müßten dann doch wohl im Laufe des Nachmittags Antwort haben.“

Der Legationsrath: „Nun, es kann der Abend oder auch die Nacht heranrücken, Durchlaucht.“

Wiederum fällt eine Depesche durch die Wand. Sie meldet: Redner sagt, daß Fürst Bismarck als größter Revolutionär nicht berechtigt sei, die Bischöfe revolutionär zu schelten.

Der Fürst zu seinem Legationsrath: „Im Abgeordnetenhause scheint man heut wieder die Klänge gehörig gegen mich führen zu wollen. Sagen Sie, lieber K., die Bulle, von der die „Germania“ spricht, und die achtzig Jahre alt sein soll, müßte doch irgendwo aufzutreiben sein.“

In dem Augenblicke, in dem der Legationsrath antworten wollte, traf ein Schreiben ein, das ein Expresseur vom Dönhofsplatz gebracht hatte, und das die Worte enthielt:

„Der Abg. v. Schorlemer-Alt hat soeben in folgender Weise sich ausgesprochen: Ueberall und immer haben die katholischen Bischöfe nach ihrer Pflicht und nach der Lehre der Kirche von jeder gewaltsamen Aufhebung abgemahnt. Etwas anderes ist es, wenn sie erklären, daß ihr Gewissen ihnen verbiete, bei der Ausführung der Gesetze mitzuwirken. Das ist keine Aufhebung, das ist einfache Erfüllung einer Gewissenspflicht. Die alte deutsche Bundesverfassung war unbedingt ein feierliches Gesetz, und wer hat mehr zu ihrem Umsturz beigetragen, als Fürst Bismarck? Verbündet mit den Exrevolutionären, hat er

1866 die ungarischen und baltischen Regimenter durch die Herren v. Ujedom und Barral aufgeföhrt, ihren Kriegsherrn im Stiche und die ungarische Legion unter Klappa sich bilden zu lassen. Ein Mann, dessen Vergangenheit mit solchen Thatfachen belastet ist, darf am Allerwenigsten gegen die Bischöfe den Vorwurf revolutionären Verhaltens erheben. Ich verzichte darauf, meinen Beweis weiter zu führen; ich will aber noch daran erinnern, daß trotz des geschlichen Verbotes des Duells der Reichskanzler den Abgeordneten Birchow zum Duell herausgefordert hat.“

Der Fürst war aufgesprungen, als er diese Worte gelesen. „Was für ein Blech!“ sagte er. Dann tief er aus dem Zimmer in den Corridor:

„Ich will nach dem Abgeordnetenhause.“

Im Grunde hieß das weiter nichts, als daß Joseph die weiße Mütze zurechtlegen, resp. noch einmal abbürsten und die ebenso weißen Handschuhe bereit halten sollte.

Da spie der Telegraph wieder eine Depesche durch die Wand. Sie kam aber nicht vom Dönhofsplatz, sondern von Rom. Was darin stand, habe ich nicht erfahren. Nur das weiß ich, daß der große Staatsmann mit seinem Rath noch lange conferirte, und daß längst Schluß der Sitzung aus dem Abgeordnetenhause gemeldet war, als der Fürst wieder an Schorlemer-Alt dachte und an sein „Blech“ (Lieblingsausdruck des Fürsten für ultramontanes Zeug). „Also morgen“, sagte er zu sich selbst. Der Morgen kam, es wurde 11 Uhr.

„Joseph, ich will nach dem Abgeordnetenhause, und sogleich.“

Joseph schaute die Küstrermütze ab und legte die Handschuhe hinein. Eine Minute später trat er in das Zimmer des Fürsten:

„Durchlaucht, eine Ordonnanz von Sr. Majestät.“

Die Ordonnanz trat ein, brachte die Befehle Sr. Majestät, klapperte die Treppe mit den Sporen wieder herunter, band das Pferd auf dem Hofe los und ritt zurück.

Durchlaucht zu Joseph: „Es soll angespannt werden, nach dem Palais Sr. Majestät.“

Herr v. Schorlemer-Alt schien nicht erreicht werden zu sollen.

Der Wagen, in dem der große Staatsmann saß, fuhr vor dem Palais Sr. Majestät vor.

„Was ist das?“ rief Se. Durchlaucht beim Aussteigen dem Kutscher zu, und zwar weit aufgeregter, als ihn am Tage zuvor die Rede des Herrn v. Schorlemer-Alt gemacht. „Der Joseph hat mir den Helm nicht in den Wagen gelegt. Soll ich mit der Mütze zu Sr.

Majestät? Soll ich noch einmal in mein Hotel zurück? Wo nehme ich jetzt den Helm her?“

Die Durchlaucht wurde in ihrer Sprache immer heftiger, als wenn sie bereits das Centrum vor sich sähe. Dann begann sie sich und trat in das Palais — mit der Mütze.

Es mochte eine Stunde vergangen sein, als der Fürst zum Wagen zurückkam.

„Jetzt fahren Sie allein nach Hause; ich will nach dem Abgeordnetenhause; sagen Sie dem Joseph, er soll einpacken, ich will nichts mehr von ihm wissen. Ich habe mir den Helm von einem Armeegewandenen borgen müssen. Das geht einmal und nicht wieder. Er soll fort aus meinem Hause, verstehen Sie? Nach Barzin, da kann er die Schafe wieder auf das „Alfeld“ treiben. Ein schlechter Vogel.“

Durchlaucht begann sich, daß das Sprichwort, das ihm vorschwebte, hier nicht recht paßte, sondern für Herrn v. Schorlemer-Alt bestimmt war, und begab sich zu Fuß nach dem Dönhofsplatz.

Im Abgeordnetenhause gab es eine große Philippica vom Ministeriell her. Fr's Ministerzimmer, das bekanntlich nur durch eine Portiere vom Sitzungslokale der Hohen Volksvertretung getrennt ist, eingetreten, war der Fürst von Dr. Leonhardt, der dort eine Conferenz mit irgend Jemand hatte, diese aber beim Anblick Sr. Durchlaucht sofort abbrach, mit den Worten angeregt worden: „Hat unser Expresseur Sie noch gefunden?“

„Nein, Herr College, ich bin seit anderthalb Stunden von Hause fort und komme jetzt von Sr. Majestät. Was giebt es Neues?“

„Herr von Mallinrodt hat vorhin den Lamarmoras gegen Sr. Durchlaucht in's Feld geführt und — doch ich habe hier seine Worte schriftlich, lesen Sie selber.“

Der Fürst las: „Meine Herren, leugnen Sie etwa, daß der Mann, der an der Spitze der Regierung steht, ausgesprochen hat, er wäre weit weniger deutsch als preussisch, und ihm würde es gar nicht schwer werden, einen Theil des linken Rheinufers an Frankreich abzutreten: die Rheinpfalz und die Theile der Regierungs-Bezirke Coblenz und Trier, welche auf dem rechten Moselufer liegen? Ja oder nein, m. H. (Aufse: Nein!) Nun, haben Sie den Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten und dem General Govone beigewohnt? (Nein!) Ich auch nicht, — ich habe aber in amtlichen Actenstücken das, was ich behauptet, gelesen und mich bisher vergeblich nach Widerspruch dagegen umgesehen.“

Se. Durchlaucht sagte dieses Mal nicht: „Blech!“ sondern zupft

des gedachten Vertrages mit dem Anbetrachten erklären, daß demselben thunlichst der von dem Ausschusse früher beantragte Entwurf eines Auslieferungsvertrages mit Belgien zu Grunde gelegt werde, jedoch unter Berücksichtigung der beiden weiteren Abschlußverhandlungen, sowie aus andern neuern Auslieferungsverträgen sich ergebenden Aenderungen im Sinne größerer Gleichheit, bezüglich auf die Form der zu stellenden Auslieferungsanträge sowie der Zulässigkeit des unmittelbaren Schriftwechsels zwischen den einzelnen deutschen Regierungen und Luxemburg. — Nach der, dem Bundesrathe vorgelegten Uebersicht der bei dem Reichsoberhandelsgerichte im Geschäftsjahre 1873 erledigten Sachen waren zu bearbeiten an Spruchsachen 1142 und mit 121 rückständigen 1263, davon sind erledigt 1100 und 129 rückständig geblieben. 77 Beschwerdsachen waren zu erledigen und sind abgewickelt. Die Zahl der Vorträge belief sich auf 4462. Die Staatsanwaltschaft hat in 126 Spruchsachen mitgewirkt, davon kommen auf Preußen 42 (darunter aus dem Appellationsgerichts-Bezirk Köln 40), auf Baiern 53, auf Elsaß-Lothringen 27, auf Rheinpreußen 3, auf Lütke 1. Die Zahl der bearbeiteten Referate im Geschäftsjahre 1873 beläuft sich auf 1084, davon wurden bearbeitet im Plenum 12, im 1. Senat, im 2. Senat 557. Die Zahl der Revisions-, Ober-Appellations- und Querel-Sachen, in denen das angegriffene Urtheil bestätigt wurde, beträgt 742, die, in denen dasselbe abgeändert wurde, 358. An Beschwerden wurden 64 für unbegründet, 13 für begründet erachtet. — Auch die Aenderung der Gewerbeordnung d. h., also das ganze Thema der strafrechtlichen Verfolgung des Contractbruchs, wird die Ausschüsse des Bundesraths jetzt beschäftigen. Es scheint nicht, daß der vorjährige Entwurf erhebliche Aenderungen erfahren möchte. Endlich wird auch der Entwurf, welcher die Herbeiführung einheitlicher Bestimmungen über den Zwangsang zum Gegenstande hat, demnächst seiner Fertigstellung entgegengeführt, wahrscheinlich, um gleichfalls an den Reichstag zu gelangen.

△ Berlin, 20. Jan. [Aus dem Abgeordnetenhaus. — Die Provinzialordnung. — Die geheimen Fonds.] Eine ermüdende Sitzung des Abgeordnetenhauses von 11 bis 5 Uhr! Nach Erledigung des Civilgesetzes Generaldebatte über die Provinzialordnung; hierauf in der Budgetberatung eine fünfviertelstündige Rede des Abgeordneten Richter (Sagen) über die Verwendung des geheimen Fonds und der Zinsen vom Reptilienfonds zu Presszwecken, — endlich eine namentliche Abstimmung; das wird für Berichterstatter und Abgeordnete zu viel. — Die große Auseinandersetzung über alle von ihm erlassenen Instruktionen, Circularverfügungen und Regulative, betreffend Ausführung der Kreisordnung, diese wirklich imposante Auseinandersetzung des Ministers Grafen Eulenburg, an welche er Vobersetzungen von Regierungspräsidenten und Landräthen, als den ausführenden Beamten angeschlossen, schien der Linken nicht allzusehr zu imponiren. Man machte die hochste Bemerkung, daß der Herr Minister trotz dieser überwältigenden Arbeitslast ein ausnehmend gesundes Aussehen habe, während sein Geh. Rath Persius sehr abgearbeitet und überarbeitet zu sein scheint. Aus der Debatte ist als besonders wichtig nur die Rede Kaskers hervorzuheben. Graf Eulenburg schien überrascht zu sein, daß sein Provinzialordnungsentwurf, der von angesehenen Organen der Fortschrittspartei in der Presse weit mehr gelobt war, als seiner Zeit die Kreisordnung, vor Kaskers Augen nicht so unbedingt Gnade fand. Kasker's Bedenken sind sammt und sonders begründet. Will man die Provinzialvertretungen auf die leider dreiklassigen Kreistage basiren, so dürfen die Kreistage nicht je einen Abgeordneten wählen. Die Vertretung ferner der aus den Kreisen herausgelassenen größeren Städte muß erheblich vergrößert werden. Die Schablonenorganisation endlich ist bei der Provinzialordnung absolut unzulässig; die Abgeordneten dürfen keine Provinzialordnung annehmen, wenn die Regierungen bestehen bleiben sollen, wenn die Decentralisation nicht durch Ueberweisung bedeutender Verwaltungsdressorts und erheblicher Provinzialfonds, und durch Einführung des Verwaltungsgerichtssofs fortgeführt wird. Das Vorgeficht, welches der westpreussische Abgeordnete Hickert und der ostpreussische Abgeordnete von Sauten-Tarputzener über die Frage der Trennung der Provinz Preußen führten, warf seine Schatten schon voraus. Die große Mehrheit wird es begreiflich finden, daß die von Hickert vertretene einstimmige freie Stadt Danzig mindestens eine erste Provinzialstadt sein möchte, allein so lange die zweite Stadt Westpreußens, so lange Elbing, seiner ostpreussischen Vergangenheit entsprechend zu Königsberg steht und für die Einheit der Provinz auf das Lebhafte eintritt, wird für die Theilung einer Provinz, deren Einwohnerzahl hinter der von Schlesien und der Rheinprovinz erheblich zurücksteht, unter der Landesvertretung

wenig Propaganda zu machen sein. — Richter's Rede mit dem massenhaften Material über unsere officielle, officöse, halb-officiöse und hoch-officiöse Presse, über Robolitz, Regibi, über Provinzialcorrespondenz und Pledke, über die „Neuesten Nachrichten“, die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ mit ihren beiden längst geadelten Besitzern, den Hamburger Kaufmann Gebr. Ohlendorf, über Geh. Rath Wagener als den Vater der ganzen Organisations- und über seine Zeidler'sche Correspondenz und die mit 116 Abonnenten einschläfernde „Berliner Neuze“, über die modernen Actiengesellschaften als Formen für officiösen Zeitungsbesitz, über das „Frankfurter Tageblatt“, die „Hannoversche Landeszeitg.“, den „Kieler Correspondenten“ und die ungeheure Zahl kleinerer Blätter in Schleswig-Holstein — über die Corruption der deutschen Presse durch Fonds, für welche Niemand die Verantwortung trägt; — diese ganze Rede wird für die Zukunft der öffentlichen Meinung den Wegweiser bieten, um wieder zurecht zu finden in der Presse, über welche die schiefsten Ansichten auch bei vorurtheilsfreien Leuten Platz greifen. Richter verlor den Faden; er ließ wie ich höre, das Capitel fort, worin er nachweisen wollte, daß gerade für den von der ganzen liberalen Seite aufgenommenen Kampf wider die Ultramontanen der Reptilienfonds nichts nütze, sondern sehr viel schade. Bischof würde hier ergänzt haben, — aber er kam nicht zu Wort, nachdem Kasker für den Minister die Cabinetfrage gestellt hatte. Noch einmal sind die geheimen Fonds bewilligt, aber oft wird es kaum noch geschehen.

Conig, 19. Jan. [Ergebenheits-Adresse.] Am vergangenen Sonnabend ist von hier nachfolgende Adresse an den Fürsten Bismarck abgeschickt:

„Durchlauchtigster Fürst! Bei der Abwehr einer gefährlichen, von einer vaterlandslosen Partei mit Freuden aufgeführten Verleumdung haben Ew. Durchlaucht in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. Januar d. J. die Aeußerung gethan, „Sie seien in diesem Augenblicke wohl die am stärksten und die am besten gehabte Persönlichkeit in diesem Lande.“ Gestatten Ew. Durchlaucht uns Bürgern der Stadt Conig, die wir zur Vorbereitung über Stadtverordnetenwahlen versammelt sind, Ihnen solchen vernommenen Worten gegenüber die Versicherung auszusprechen, daß Sie andererseits auch nächst der Person unseres erhabenen Herrschers die am stärksten und besten geliebte Persönlichkeit in unserem Lande sind. Möge dieses Bewußtsein, gerade auch durch den Kampf gegen die inneren Feinde des Reiches dauernde Liebe und Verehrung in Millionen von Herzen Ihrer Landesleute sich gegreinet zu haben, Ew. Durchlaucht begleiten in den weiteren Streit gegen jene Partei, von der gehäßt zu werden jedem wahrhaft deutschen Manne als höchste Ehre gilt.“

Die Adresse zählte 108 Unterschriften. (Br. 3.) **Danzig, 19. Jan.** [Verhaftungen.] Das hiesige Stadt- und Kreisgericht hat die Verhaftung fast sämtlicher Arbeiter in Urschau und Borrenschin, 25 an der Zahl, wegen der am 10. d. im Wahllokale zu Kerin bei Gelegenheit der Wahl zum deutschen Reichstage begangenen Excesse angeordnet. (D. 3.)

Stettin, 17. Jan. [Der Mangel an Seeleuten] zur genügenden Bemannung der deutschen Handelsmarine, welcher sich im vergangenen Jahre wieder in steigendem Maße geltend gemacht, hat einen zunächst für die deutsche Rheederei, dann aber auch für die deutsche Kriegsflotte Besorgniß erregenden Umfang angenommen. Eine gründliche Untersuchung der Ursachen, auf welche dieser Mangel zurückzuführen ist, durch eine vom Reichskanzler-Amt einberufene, aus Marine-Offizieren und Schiffs-Rhedern gebildete Commission, welche gleichzeitig geeignete Vorschläge zur Abstellung des Nothstandes zu machen hätte, erscheint unter diesen Umständen dringend geboten. Die Vorsteher der Stettiner Handelskammer werden sich im Anschluß an eine Petition einer anderen Handelskammer mit einem dahin gehenden Gesuch an das Reichskanzler-Amt wenden.

Bonn, 17. Januar. [Dem gestern unerwartet gestorbenen Prof. Max Schultze] widmet die „Allg. Ztg.“ folgenden Nachruf: Soeben wird uns die Nachricht von einem schmerzlichen, unerklärlichen Verluste, den die Universität Bonn erlitten hat: Professor Max Schultze, Director des anatomischen Instituts und Museums, starb heute in früher Stunde an einer Herzlähmung. Diese Trauerbotschaft ist uns so erschütternd für den weiten Freundeskreis des so früh Verbliebenen, als sie ganz und gar unerwartet kommt und Jedermann hoffen durfte, daß der in seinen besten Jahren stehende, so rüstige, thätigste Mann noch lange der Wissenschaft erhalten bliebe. Es ist ein überaus ergreifender Gedanke, daß Schultze gerade in dem Augenblicke vom Leben scheidet mußte, wo er die Vollendung seines großartig angelegten Anatomiegebäudes gesehen und sich selbst in der Nähe dieses Instituts eine neue Wohnstätte geschaffen hatte, wie sie nicht schöner und sinniger für den Mann der Wissenschaft, welcher neben dem eifrigen Fachstudium auch so gerne die freien Stunden der Kunst widmet, gedacht werden kann. Am vergangenen Sonnabend war dieses Haus die Stätte der Freude und Geistesfreude; seit Jahren hatte sich der so oft bei Max Schultze versammelte kunstsinvolle Kreis nicht so zahlreich und frohstimmig eingefunden, als an jenem Abend, wo es galt, dem neuen Wohnhause durch ein heiteres Festspiel die Weihe zu geben, und heute schon liegt der gestern so rüstige Mann auf der Bahre — der Familie fehlt ein

treuer Vater; den Freunden der aufopfernde, stets fest und unwandelbar erkundende Berater; dem Staate ein Mann vom edelsten Bisherigen, ohne Menschenfurcht; der Wissenschaft einer der ersten unserer Tage.

Aus Kurland, 17. Januar. [Kirchenpolitische.] In den letzten Tagen ist eine, zwar noch nicht in die Öffentlichkeit gedrungene, der Wiener „Presse“ dagegen privatim aus besserer Quelle mitgetheilte wichtige Vereinbarung unter den Oberpräsidenten sämtlicher preussischer Provinzen getroffen worden. Bekanntlich ist es seit Publication der Mai-Gesetze wiederholt vorgekommen, daß gesperrte Priester von der Anklage, unbefugterweise Amtshandlungen vorgenommen und sonach gegen den § 23 des Gesetzes über die Anstellung der Geistlichen verstoßen zu haben, freigesprochen wurden, weil die im § 1 desselben Gesetzes geforderte und zur Verurteilung notwendige Einsprache der Staatsregierung gegen die seitens der Bischöfe, beziehungsweise der General-Vicariate, erfolgte Anstellung nicht vorliege. Andere Gerichte hielten dagegen die Strafbarkeit mit Rücksicht darauf für erwiesen, daß bei gar nicht erfolgter Präsentation der des Candidaten das Factum der Einsprache der Regierung a priori als vorhanden zu betrachten sei. Man hat nun die Frage aufgeworfen, ob es nicht opportun erscheine, daß die Oberpräsidenten bis zur geschehenen Ergänzung der Gesetze in allen Fällen, wo sie Kenntniß von der geschehene Verletzung der Gesetze, Verletzung u. eines Diöcesanpriesters erhalten, sofort directe Einsprache erheben, um so für eventuelle Anklagen gegen die gesperrten Priester eine sichere Präjudiz zu schaffen. Die dieserhalb geführte Correspondenz schloß indeß mit der Verneinung einer solchen Manipulation, da, wie es in den Motiven heißt, das in den Mai-Gesetzen liegende Princip hierdurch notwendig geschädigt werde.

Dresden, 18. Januar. [Den „Dresdner Nachrichten“ ist vom Präsidenten der II. Kammer folgende Zuschrift zugegangen:] Die II. Kammer der Ständeversammlung hat in der Nr. 16 der „Dresdner Nachrichten“ befindlichen — übrigens nicht genau zutreffenden — Mittheilung über den in der geheimen Sitzung vom 15. d. M. verhandelten Gegenstand eine solche Handlungsweise gefunden, daß am 16. d. M. in einer nichtöffentlichen Sitzung beschlossen hat, die Redaction der „Dresdner Nachrichten“ ihren Sitz auf der Journalistenbühne bis Ende dieses Monats zu entziehen und jedem Vertreter dieses Blattes auf so lange das Erscheinen auf der Journalistenbühne zu untersagen. Hierdurch wird die geehrte Redaction der „Dresdner Nachrichten“ in Kenntniß gesetzt. Dresden, 17. Januar 1874.

Das Präsidium der II. Kammer Dr. Schaffrath. **Mainz, 16. Jan.** [Brochüre.] Der Bischof von Mainz hat eben hier bei Franz Kirchheim unter dem Titel: „Die Anschauungen des Cultus-Ministers Herrn Dr. Falk über die katholische Kirche nach dessen Rede vom 10. December 1873“ eine neue Brochüre erscheinen lassen.

Straßburg, 17. Januar. [Clericaler Wahlaufruf.] Die „Germania“ veröffentlicht das Rundschreiben, welches in Betreff der Wahlen der Herr Bischof von Straßburg, Dr. Näp, an seinen Clerus und seine Diöcesanen erlassen hat mit der Aufforderung an den ersteren, dasselbe von den Kanzeln seinen Gläubigen ohne Beifügung weiterer Erklärungen zu verlesen; es lautet:

„Zum ersten Male, geliebte Brüder, ergeht an uns die Einladung zur Wahlurne, um unsere Vertreter bei der Wahlversammlung zu bezeichnen. Dieser Tag ist von ganz besonders hoher Bedeutung; denn die zukünftige Regierung unseres Staates, seine Gesetzgebung, seine Verwaltung, seine Schulen, der Friede der Kirche, unsere Gemeindefreiheit, mit einem Worte, unsere ganze bürgerliche und religiöse Zukunft hängt großen Theils von diesem Wahlerfolge ab. Dem Wahlerrechte entsagen, hieße, wie Petrus am Tage des augenblicklichen und zugleich beweinlichen Falles, sich fern halten vom Gerichtssaale, wo es sich um das Heil des Vaterlandes und der Kirche handelt; es wäre beinahe ein Treubruch und eine Apostasie oder Glaubensverleugnung. Niemand also wird auf sein Wahlrecht verzichten und seine Wahlpflicht verläugern; ein Jeder wird seinen Stimmzettel in die Urne legen. Damit aber ist der Sache noch nicht Genüge gethan. Es kommt hauptsächlich darauf an, daß man gut wähle. Da es die heiligsten Interessen zu wahren gilt, so werden wir unsers Vertrauens unwürdig halten sowohl die Vaterlandsfeinde als die Religionslosen, welche weder die Bedürfnisse und Ansprüche unserer Vatererde, noch die unseres christlichen Glaubens kennen und sich angelegen sein lassen, und sofort uns weber wahrhaft zu betreten, noch durch Wort und That gute Gesetze und den kirchlichen Frieden zu verschaffen im Stande sind.“

Es ergeht heute an Euch, geliebte Brüder, die Stimme des ganzen Clusses, der Nachruf eurer Voreltern, eurer Gehälften, eurer Kinder, eurer Geburtsstätte, eurer Kirche, eurer Seele, eures zeitlichen und ewigen Heils, die Stimme, die aus jedem Gewissen einen feierlichen Wiederhall erwartet. Andere Reichsländer sind bereits mit ihrem Beispiele vorangegangen. Die Fratzen haben ihre Männer, die Schwefel ihre Brüder angeäuert; die Kranken sogar haben sich von ihrem Schmerzenslager aufgerafft, um dem Vaterlande und dem Glauben ihre Kräfte zu weihen.

sich bloß den gelben Kragen zurecht und fragte dann den Justizminister: „Was steht denn auf der Tagesordnung? Nicht das Ständebuchgesetz?“ Dr. Leonhardt: „Allerdings.“

Der Fürst trat durch die Portiere ins Hohe Haus ein, und wenige Minuten später folgte die große Philippica. Herr v. Schorlemer-Alt hatte sich rechtzeitig gedrückt. Daß er ein schlechter Vogel war, der sein Nest beschmutzt, traf nicht mehr seine Ohren. Dafür mußte Herr v. Mallinckrodt den Rücken herhalten, um die Geißelhiebe des Fürsten aufzunehmen. „Freche Lüge, nicht ein „Kleefeld“ habe ich abzutreten versprochen.“ (Barzin hat guten, also auch kleefähigen Boden.) Es gab im Centrum viel Klappern der Wuth. Bleicher als sonst replicirte Herr v. Mallinckrodt dem Fürsten.

Aber wo mehr geklappert wurde, nicht aus Wuth, sondern aus Angst, und wo es mehr Gesichtsbildung gab, das war in einem Ministerhotel in der Wilhelmstraße. Da hatte ein Diener den Helm in der Hand, den er zum ersten Male vergessen, Durchlaucht in den Wagen zu legen. Da schlug sich Jemand vor den Kopf und beziffert nicht, wie ihm dies Mißgeschick passiren konnte. „Ich soll einpacken? D, ich bin verloren. . . . Daran sind die Ultramontanen schuld; sie ärgern Durchlaucht zu Tode; daß ich mal den Helm vergessen habe, hätte mir nicht den Hals gekostet, wenn die Schorlemer und die Mallinckrodt nicht wären; da muß ich jetzt für hüben, solche böse Raunen kennt der Fürst in Barzin gar nicht.“

Es war drei Uhr, als der Fürst zu Fuß in sein Hotel zurückkehrte. Seine erste Frage war nach dem Legationsrath X. Dann gab es Konferenzen, später Diner, nachher wieder Konferenzen. Joseph flog aufwartend hin und her, mit immer mehr klopfendem Herzen des Augenblickes harrend, wo das Gewitter, das schreckliche Gewitter sich über ihn entladen würde. Inzwischen kam Depesche auf Depesche. Wolken lagen zwar auf der Stirn des Fürsten. Aber kein Blitzstrahl zuckte daraus hervor, kein Donner rollte. Das heftige Schellen, das wiederholt ertönte, galt nicht dem Diener, der den Helm vergessen, sondern dem Rathe X., oder dem Secretär Y., oder dem Telegraphen Z. Es kam die Nacht, Joseph konnte sich zurückziehen. Doch noch ein Wort rief ihm der Fürst nach: „Joseph, wenn ich wieder zu Majestät fahre, vergessen Sie mir den Helm nicht wieder; ich kann doch nicht ein zweites Mal einen Armeegewandarmen im Palais darum ansprechen.“

Joseph hätte dem Fürsten zu Füßen fallen können. Dieser hatte sich aber sofort umgedreht und war bereits wieder mit Rom beschäftigt. „Gott sei Dank“, sagte Joseph zu sich selber, als er sich zur Ruhe

begab, „dieses Mal sind die Schorlemer und Mallinckrodt meine rettenden Engel gewesen — als Blitzableiter sind sie immer noch gut genug.“ (Tribüne.)

„Glück und Glas wie leicht bricht das!“ Das alte Wort, das ewig neu bleibt, hat erst in diesen Tagen auch in der Wiener Gesellschaft, wieder seine Bestätigung erfahren. Es war ein kurzes Glück, das dem braven Manne blühte, von dem diese Geschichte handelt, ein Glück, das so rasch und so leicht brach wie Glas. — Heute ist es gerade ein Jahr, daß er sie kennen lernte. Baden das kleine, liebe, gesunde Nachbarstädtchen Wiens, Baden ist nicht so bevölkert in der Winterzeit, daß man an einem kalten Neujahrstage nicht ein hübsches, frisches Gesichtchen besonders auffallend finden sollte. Wie er denn die Kleine so munter dahinschreiten sah, folgte er ihr, und da sie in dasselbe Haus trat, in welchem die gute Tante wohnte, der er seinen Neujahrbesuch machen wollte, so blieb er nicht zurück. Er eilte dem Mädchen nach bis in den ersten Stock, wo seine Tante hauste, er sah, daß es an einer Thür im zweiten Stockwerk lautete, dann beilte er sich, seine Gratulationen anzubringen, und nach einer halben Stunde wurde er, daß die junge Dame im zweiten Stocke früher beim Theater gewesen, daß sie mit ihrer Mutter schon seit acht Monaten hier wohne und sehr anständig und solid sei. Nach weiteren zwei Stunden saßen Tante und Nefte neben Mutter und Tochter bei Tische. — Hier müssen wir unsere Geschichte unterbrechen, um dem Leser zu versichern, daß „er“ und „sie“ keine erfindenen Personen sind, sondern daß Alles, was wir hier erzählt und was noch nachfolgt, wahr und wahrhaftig ist. Wenn wir sie beide nicht mit Namen nennen, so wird das Nachfolgende unsere Discretion wohl zur Genüge erklären können lassen, doch können wir so viel mittheilen, daß „er“ der Sohn eines sehr wohlhabenden Kaufmannes und als einziges Kind der Abgott seiner Eltern ist. Das Diner bei der Tante hatte große Folgen. Der Herr Nefte kam zuerst alle Sonntage, dann die Woche ein paar Mal, endlich fast alle Tage nach Baden; erst fand er die Hausgenossin seiner Tante hübsch, dann reizend, zuletzt unübersehlich, bis er ihr endlich seine Liebe erklärte und um ihre Hand bat. Das Fräulein hat sich vier Wochen Bedenkzeit aus. Sie hatte ihm ihre Vergangenheit klar dargelegt, hatte ihm gesagt, daß sie als vierjähriges Kind zum Valtet kam, daß sie mit der berühmten Frau Weis und ihrer Nachfolgerin Kathi Bauer ganz Europa und halb America durchzogen und sich ein paar tausend Gulden erparat habe. Somit hatte sie ihm aus ihrer Vergangenheit Nichts mitzuthun. Er frug auch weiter nicht darnach, sondern wartete geduldig vier Wochen und war glücklich, als er endlich das Jawort der Geliebten erhielt. Leider erkrankte die schöne Braut und mußte monatelang das Bett hüten. Aber endlich genas sie, und war schöner, anmuthiger und frischer als je. Vor sechs Wochen fand die Trauung statt. Der Bräutigam schwamm in Wonne, seine Eltern waren im Glücke ihres Kindes zufrieden, die Braut schien es ebenfalls. Vierzehn Tage glücklicher Ehe gingen vorüber. Da öffnet sich eines Tages, die jungen Gatten saßen eben bei Tische, die Thüre und ein Fremder tritt herein, ein Mann mit gebräunter Hautfarbe, mit südl. glühendem Blicke, bei dessen Anblick die junge Frau mit lautem Schrei aufspringt. Ohne sich um ihren Gatten zu kümmern, eilt sie auf den Fremden zu, der sie in einer fremden Sprache mit fast befehlender Manier anredet. Der Gemahl, zuerst ganz entsetzt, fragt

den Fremden, was er wolle; statt einer Antwort zieht dieser einen Revolver heraus. Die Frau fällt ihm in den Arm und rief ihm, immer in der fremden Sprache, die weder französisch, noch englisch oder italienisch klang, etwas zu. Darauf entsetzt sich der Fremde. Den nun folgenden bestürzten Fragen des Gatten steht die Frau beschämtes Stillschweigen entgegen. Sie könne ihm nur sagen, daß der Fremde ein Schiffsbauer aus Lissabon sei, was sie mit ihm in spanischer Sprache gesprochen, darüber könne sie keine Auskunft geben. Der bedrängte Mann eilt zu seinem Vater und erzählt ihm die Affäre. Als sie zusammen in die Wohnung zurückkehren, finden sie dieselbe leer, die Frau ist verschwunden, kein Zweifel, daß sie mit dem Fremden entflohen. Der Gatte, der die Frau bis zum Wahnsinn liebt, ist außer sich, er will sie zurück haben, um jeden Preis, selbst mit Gewalt. Aber es giebt keine andere Gewalt als die Polizei. So spielt sich denn im Bureau des Polizeipräsidenten von Wien eine Scene ab, ähnlich jener im dritten Acte der „Andrea“, nur daß dort die Gattin den Gatten zurück haben will, während hier der Gemahl sein Weib zu erhalten sucht, und daß der Polizeipräsident den Mann ins Irrenhaus sperren läßt, während sein Wiener College rath, die Frau ziehen zu lassen, da sie um des Lissaboner Schiffsbauers willen, mit dem sie, wie er bereits wisse, in America in institutioneller Verheirathung stand und den sie wirklich zu lieben vorgebe, später doch wieder dabinlaufen werde. Und dann erzählte der Herr Polizeipräsident weiter, daß die Frau vier Wochen vor ihrer Verheirathung an den Schiffsbauer, der ein Vermögen von acht Millionen besitzen soll, geschrieben habe, der Brief aber sei verloren gegangen und sie habe geglaubt, er wolle sie nicht holen, wie er es doch versprochen hatte. Vater und Sohn waren erstaunt über die Unwissenheit des Polizeichefs, und als sie zuletzt noch erfuhren, daß auch der Telegraph in dieser Angelegenheit schon eine Rolle gespielt, und daß der Lissaboner Schiffsbauer nachgewiesen hatte, daß die Frau auch nicht deswegen zurückgehalten sei, weil man etwa annehme, sie sei doppelt — verheirathet, da ließ der unglückliche Gatte betrübt sein Haupt sinken, ging gestützt auf seinen alten Vater nach Hause und während er ein ganzes Jahr lang den letzten Neujahrstag als den Glückstag seines ganzen Lebens pries, liegt er heut in hitzigem Fieber und phantastisch von dem Weibe, das ihn um das Glück seines Lebens gebracht.

[William Shakespeares Sonetten] in deutscher Nachbildung von Friedrich Bodenstedt. 4. Auflage. Verlag der königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei in Berlin. Der Verfasser hat den Sonetten eine neue Reihenfolge gegeben und sie meisterhaft nachgebildet. Selbst die Engländer haben die von Bodenstedt angeordnete Reihenfolge in neueren Ausgaben des Werkes gebilligt. Es ist ein Meisterwerk, das sich, die 4. Auflage beweist es, bei uns einbürgert hat. August Seyder.

[Aristokraten.] Roman in zwei Bänden von F. v. Stengel. Nürnberg Richter und Kappeler. Mit großem Geschick schildert der Verfasser das Leben der Aristokratie und eines ländlichen Pastors, dessen Sohn gegen den Willen des Vaters, „Bauer“ wird, anstatt Theologie zu studiren. Er heirathet die adlige Erbtöchter und so gelangen die Kämpfe zu einem befriedigenden Schluß. August Seyder.

Es wird demnach, vielgeliebte Brüder, ein Jeder nach bestem Wissen und Gewissen seinen Wahlschein abgeben, ohne weder durch feige Beschränkungen, noch durch lägenhafte Anschuldigungen oder trügerische Verheißungen sich beirren zu lassen.

Metz, 7. Januar. [Das Desertiren französischer Militärspersonen.] besonders von denjenigen Regimentern, welche in der Nähe der deutschen Grenze liegen, dauert fort; fast täglich melden sich mehrere derselben auf der hiesigen Polizeidirection und suchen um Aufenthaltserlaubnis nach. So erschienen gestern nicht weniger als fünf dieser Deserteure. Die Leute klagen alle über schlechte Behandlung und elende Kost. Die Erlaubnis zum Aufenthalt wird denselben natürlich, wenn sie sich nichts zu Schulden kommen lassen, gewährt.

Metz, 19. Jan. [Die dem Bezirkstage zugegangenen Vorlagen. — Wasserbauten in Lothringen. — Zu den Reichstagswahlen. — Landwirtschaftliches.] Die Zahl der im Bezirkstage von Lothringen vertretenen Cantone hat sich bis heute von 18 auf 24 vermehrt und wird dieselbe voraussichtlich in den nächsten Tagen einen weiteren Zuwachs erfahren. An dem nöthigen Arbeitsmaterial wird es der Versammlung nicht fehlen, nachdem ihr Seitens der Regierung nicht weniger als 65 Vorlagen zur Veratung zugegangen sind. Unter Anderem betreffen dieselben die Wegebauverwaltung, den Bau dreier Eisenbahnen (Saargemünd-Saarburg, Courcelles-Bolchen und Nancy-Chateau-Salins-Bis), Kanalbauten, die Finanzverwaltung des Bezirks in den letzten drei Jahren, die finanzielle Auseinandersetzung desselben mit Frankreich, den öffentlichen Unterricht, Armenpflege u. s. w. Um zu zeigen, welche Summen hier in Frage kommen, wollen wir nur in Bezug auf die Wasserbauten bemerken, daß allein für die Kanalisierung der Mosel von Arnaville bis Metz an einmaligen Ausgaben für das Jahr 1874 1,000,000 Franken ausgeworfen sind; für das Niedkanal-Project (Verbindung der Mosel mit der Saar) 40,000 Franken. Außerdem gehört hierher der Strombau der Mosel von der Reichsgrenze bei La Lobe bis zur preussischen Grenze bei Sierck (82,000 Meter), die Unterhaltung des Saarkohlen-Kanals (63,428 M.) und der Ausbau des Dieuzer Salinen-Kanals, von dem vorläufig der erste 5903 M. lange Theil, vom Saarkohlen-Kanal bis Losdorf, im Bau begriffen ist mit einem Kostenaufwande von 465,000 Franken, während der Bau der zweiten und letzten 12,700 M. langen Strecke, von Losdorf bis Dieuze, auf 1,270,000 Franken veranschlagt ist. Endlich möge hier erwähnt sein, daß auch die Herstellung eines neuen, 70,000 M. langen Kanals zwischen Metz und der preussischen Grenze bei Kreuzwald in Aussicht genommen ist, nachdem man festgestellt hat, daß die zur Speisung erforderliche Wassermenge vorhanden ist. — Wenig erfreulich gestalten sich in Lothringen die Aussichten auf die Reichstagswahlen. In Metz war bekanntlich Seitens der reichsfreundlichen Partei der Graf Hentel als Candidat aufgestellt und in der allgemeinen Wählerversammlung angenommen worden. Von einigen Seiten her hatte man allerdings eingewandt, ob es nicht zweckmäßiger gewesen, die Vertretung der Stadt einem Manne anzuvertrauen, der in unserer Mitte lebe; die Gründe aber, welche das Wahlcomité anführte, veranlaßten schließlich die Versammlung zu nahezu einstimmiger Annahme der Candidatur des ehemaligen Präfekten von Lothringen. Gestern nun veröffentlichten mehrere liberale Wähler, ohne Namensunterschrift, einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten, des Bauunternehmers Herrn Nisebeck, dessen Programm übrigens nicht mitgeteilt wird. Daß der erwähnte Aufruf wirkungslos bleiben wird, ist unzweifelhaft; unseres Erachtens hätte man ihn unter den jetzigen Umständen lieber unterlassen. Am Schlusse des Briefes kommt mir eine Erklärung des Hrn. Nisebeck zu Händen, worin er wegen künstlicher Uebernahme eines großen Grundbesitzes in Schlesien seine in Vorschlag gebrachte Candidatur ablehnt. Die Deutschen in Metz haben wahrhaftig allen Grund, gegenüber der französischen Partei geschlossen vorzugehen, um ihre Stimmen nicht zu zersplittern. — In Mühlhausen ist Stadtpfarrer Winter als Candidat zum Reichstage aufgestellt. In seinem Programm spricht der geistliche Herr von der Bedrückung der katholischen Kirche in den Reichslanden und vergleicht das Elend mit dem katholischen Irland. — Bisher war die Pferdezeit in Lothringen so gut wie gar nicht gepflegt. Recht erfreulich ist es daher, daß, wie der Präfident von Lothringen bekannt macht, vom 1. Februar c. ab im diesseitigen Bezirke fünf Beschäftigungen mit einem Bestande von zehn Zuchthengsten aus dem kaiserlichen Landgestüt in Straßburg eröffnet werden.

Österreich.

Wien, 19. Jan. [Zwischen zwei Sessionen.] Die Landtagsession ist seit vorgestern überall geschlossen und übermorgen tritt der Reichstag wieder zusammen. Daß die Regierung in der Landtagsession einige Vortheile von großer Bedeutung errungen, läßt sich nicht in Abrede stellen. Der Galizische Landtag hat die Resolution eingefügt und die Wahlreform ganz offiziell acceptirt, indem er sich mit starker Majorität weigerte, auch nur ein Comité zur Entwurfung eines Projectes einzusetzen. Damit ist die Resolution von 1868 todt und begraben: denn ihr Angelpunkt war, daß Galizien zu Cisleithanien und dessen Parlaamente eine ähnliche Ausnahmestellung haben müsse, wie Croatien zu Ungarn; daß es also namentlich immer nur cooperativ im Wege der Landtags-Delegation den Reichsrath beschließen soll. Der zweite große Erfolg bestand darin, daß die mährischen Gesellen die Politik des passiven Widerstandes aufgeben müssen, um nicht die Fühlung mit der Bevölkerung zu verlieren. Sie nahmen ihre Sitz im Brünnener Landtage ein, allerdings nur um dort staatsrechtlichen Scandal und die Session viel weniger fruchtbar als die früheren Sessionen zu machen, in denen sie durch ihre Abwesenheit glänzten. Die Spektakelmacher in Vorarlberg wurden auf den großen Mund geschlagen, als sie sich gar zu breit purpur behahten. In Tirol erreichte — übrigens weniger das Ministerium als die Presse, die rechtzeitig und eifrig die Alarmglocke zog — mindestens so viel, daß das alte octroyirte Schulaufsichtsgesetz in Kraft blieb, und der Plan des Brünener Bischofs scheiterte, dem Landtag ein neues, mit den Reichsgesetzen in offenem Widerspruch stehendes votiren zu lassen, dessen Sanctionirung den Conflict zwischen Reichsrath und Regierung unausschließbar und unausschiebbar gemacht haben würde. Ob dieser Conflict jetzt zu vermeiden sein wird, muß sich sogleich zeigen. Der Kaiser hat gestern die Erlaubnis zur Einbringung der confessionellen Gesetzentwürfe gegeben. Daß dieselben die Liberalen auch nur annähernd befriedigen werden, ist kaum zu hoffen. Alles kommt also nun darauf an: ob sie wenigstens eine mäßige Abschlagszahlung in Betreff des mit Recht Erwarteten enthalten; oder ob sie gar unter dem Schein des Fortschrittes das Concordat bruchstückweise wiederherstellen wollen. Im letzteren Falle ist die Krisis unabwendbar. Im ersteren wird die Majorität des Abgeordnetenhauses sich sagen: besser einige Reformen hinauschieben, als ein Ministerium Hohenwart Nr. 2 erleben. Denn so auf des Messers Schneide stehen die Dinge bei uns noch immer: kann also das Haus irgend mit Ehren und ohne Selbstmord zu begeben, nachgeben, so wird es das sicher thun. Die Camarilla wollte ihm das eben unmöglich machen: ob sie durchgedrungen oder unterlegen ist, muß sich in wenigen Tagen zeigen.

Laibach, 19. Januar. [Epidemie.] Alle öffentlichen Lehranstalten und alle Privatschulen wurden von der Landesregierung wegen fortschreitender Blattern-Epidemie auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Schweiz.

Bern, 16. Jan. [Zum Papwesen. — Kirchliches.] Der schweizerische General-Consul in St. Petersburg hat dem Bundesrathe eine Zusammenstellung der hauptsächlichsten in Kraft bestehenden Vorschriften der russischen Gesetzgebung über Papwesen und Aufenthaltsbewilligungen eingesandt, welche auch anderwärts als in der Schweiz von Interesse sein dürften. — In seiner heutigen Sitzung, schreibt man der „A. Z.“, hat sich der Bundesrath mit dem Proteste der schweizerischen Bischöfe gegen die Aufhebung der päpstlichen Nunciatur beschäftigt, welche er, wie erwartet, einfach ad acta zu legen beschloß. In Bonfol ist der abgesetzte Pfarrer Jeanquenet, ein Fanatiker, der nicht üble Lust zeigt, im Jura die Rolle eines kleinen Santa Cruz zu spielen, endlich verhaftet worden. Vorlegte Nacht wurde das dortige Wachtlokal der Scharfschützen derart mit Steinwürfen angegriffen, daß der Wachtposten sich genöthigt sah, auf die Angreifer Feuer zu geben, welche darauf, wie es scheint, unverwundet die Flucht ergriffen. Eine mit den religiösen Wirren im Jura zusammenhängende fanatische That wurde (wie von uns schon berichtet ist) leider auch in Biel verübt. Anlässlich eines Wortwechsels über Glaubenssachen schoß ein katholischer Zimmergeselle einem protestantischen Kameraden mit einem Revolver durch die Schulter. Der Betroffene stürzte augenblicklich zusammen; da der Thäter aber noch Lebenszeichen an ihm bemerkte, schoß er mit den Worten: „Warte, du verfluchter Protestant!“ noch zwei Kugeln auf den Unglücklichen ab, von denen die eine ihn in den Kopf, die andere in den Arm traf. Die Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten, soll nur gering sein. Der Mörder ist verhaftet und wird seiner Strafe nicht entgehen.

Italien.

Rom, 16. Jan. [Die Krankheit Cardinal Antonelli's] scheint, so schreibt man der „A. Z.“, weniger gefährlich zu sein, als man Anfangs glaubte. Es ist sein altes Uebel, die Gicht, welche einen Augenblick in die Brust hinaufzutreten drohte — immer ein gefährliches Ding bei einem Manne von 74 Jahren. Doch sollen die Aerzte gegründete Hoffnung haben, daß der Staatssecretär sich diesmal noch aus der Affaire ziehe. Sein Verlust wäre schmerzhaft für den Papst und verhängnisvoll für den päpstlichen Stuhl. Er allein hat bis jetzt durch seine Klugheit und Mäßigung, seine Autorität und die Macht der Gewohnheit Pius IX. von den äußersten Schritten zurückgehalten, zu welchen ihn die Herren von der Gesellschaft Jesu gern hätten treiben mögen. Im wahren Interesse Italiens wäre es freilich, wenn der Papst sich dazu bestimmen ließe, Rom zu verlassen. Das begreifen aber die wenigsten Italiener, welche entweder gerne die Aurore des höchsten Bistums der Christenheit ihrem Lande zu erhalten wünschen, oder aber einen offenen Conflict aus einer solchen Entfernung entstehen zu sehen fürchten. Jeder offene Conflict aber wäre dem im Grunde des Herzens echt katholisch gebliebenen Volke das unangenehmste, was ihnen bescheert werden könnte.

[Großartige Schenkung.] Aus Genua wird dem „Fanfulla“ gemeldet, daß die Herzogin von Galliera, geborene Marchesa Brignole-Sale (alter Patricierstand in Genua), durch einen gerichtlichen Schenkungsact vom 13. d. M. der Stadt Genua den Palast, die Gemäldesammlung und Bibliothek Brignole sammt den Nebengebäuden und einer Rente von jährlichen 50,000 Lire zur Verwendung auf Werke der Kunst und Literatur zur Verschönerung der Stadt übergeben hat. Der Herzog von Galliera (neapolitanischer Creation), ihr Gemahl, wird zwei Millionen zur Herstellung unentgeltlicher Wohnungen für arme Familien verwenden.

Frankreich.

Paris, 19. Januar. [Vorübergehende Ministerkrisis. — Zur Interpellation du Temple. — Louis Veullot. — Aus einer religiösen Erziehungsanstalt in Nimes. — Verschiedenes.] Das Bürgermeistergesetz bringt entschieden dem Ministerium kein Glück. Gleich von vornherein gab es die Veranlassung zu einer Ministerkrisis, welche 24 Stunden hindurch Herrn de Broglie mit dem Verlust seines Portefeuilles bedrohte. Die Regierungsmehrheit ward zwar wieder hergestellt, aber seit Beginn der Specialbiscussion ist sie täglich mehr zusammengeschrumpft und das Amendement Ferry, welches (sehr bescheiden) die Regierung zwingen wollte, in den kleinen Landgemeinden die Bürgermeister im Schooße des Gemeinderaths zu wählen, ward nur mit einer Mehrheit von vier (und nicht wie es anfangs hieß, nur 5) Stimmen verworfen. Darauf hin herrscht nun wieder große Verstimmung in den Regierungskreisen und die officiellen Blätter kanzeln die lauen Mitglieder der Rechten gehörig ab. „Die Lage ist bedenklich“, sagt der „Français“. Von der Linken angegriffen, und bedroht, kann die Regierung der Gefahr nur dann Stand halten wenn sie entscheidet und unausgesetzt von den Conservativen unterstützt wird. — Während die Regierung den Kampf mit der revolutionären Demagogie aufnimmt, gefallen gewisse Geister sich in der eiligen Betrachtung der Grundsätze einer theoretischen, idealen, absoluten Politik die im gegenwärtigen Augenblicke nicht ausführbar ist. — Unangehmer noch als die bloße Existenz jener starken Minderheit vom Sonnabend ist für das Cabinet die Zusammenfügung dieser Minderheit, die Mehrheit von 4 Stimmen nur dadurch erzielt, daß die Minister und Unterstaatssecretäre mitstimmen. Aber von den Ministern selbst hat sich einer, der Herzog Decazes, obgleich in der Sitzung anwesend, der Abstimmung enthalten, und er erklärte mehreren Deputirten, die ihn darüber zur Rede stellten, daß er sich nicht gegen das Amendement Ferry aussprechen könne. Im Ministerium selber herrscht also keine Eintracht. Im Uebrigen bleibt der Regierungspartei diesmal nicht die Ausrede, daß viele ihrer Mitglieder abwesend gewesen seien; in der Oppositionskiste finden sich manche Namen, die man sonst dort nicht zu sehen pflegt. Alles in Allem also wird auch bei schließlicher Annahme des Gesetzes dem Ministerium ein Dorn im Fleische bleiben und die Regierung wird von diesem Gesetze, das sie mit so großer Mühe der Kammer abgedrängt hat, nur einen sehr vorsichtigen Gebrauch machen können.

Das rechte Centrum hat abermals nutzlose Anstrengungen gemacht um Herrn du Temple zum Verzicht auf seine Interpellation zu bewegen. Aber wie es scheint, steht der Herzog Decazes ein, daß er diese Gelegenheit, sich über die auswärtige Politik des Cabinetes auszusprechen, nicht vorübergehen lassen darf, und er hat demnach seine Freunde vom rechten Centrum aufgefordert, ihre Beuthungen einzustellen. Wann die Interpellation zur Verhandlung gelangen wird, das läßt sich noch nicht mit Genauigkeit voraussagen. Sie steht erst nach der Discussion über die neuen Steuern auf der Tagesordnung. Ueber die Steuerdebatte aber dürfte leicht noch die ganze Woche verfließen.

Louis Veullot ist überzeugt davon, daß Fürst Bismarck vom Herzog Decazes die Unterdrückung des „Univers“ verlangt habe. Er verheißt nicht, daß die Börse das Gerücht von der Erfüllung dieser Forderung mit Befriedigung aufnahm. „Die Börse ist conservativ, aber nach links. Schon unter den Kaisern in Rom, waren bei den Speculanten die Christen als unnütze, und in den Geschäften flürende

Reute nicht beliebt.“ Aber trotz der Börse hat nach Louis Veullot, Herr Decazes sich dem besagtem Verlangen nicht gefügt; denn zwar ist die Regierung schwach, aber es bleibt ihr eine Kraft; sie ist keine Besorglerin. — Das Land trägt ihr, trotz seines Unwillens dafür Rechnung und Gott trägt trotz seines Zornes dafür dem Lande Rechnung.“

Eine erbauliche Geschichte erzählt F. Sarcey im „XIX Jahrhundert“. In Nimes wird von der sog. Maitrise, einer religiösen Erziehungsanstalt, ein Jögling verjagt, weil er verfohlener Weise den Roman Daphnis und Chloe gelesen. In demselben Nimes erscheint unter der Leitung des Dr. Paladan ein legitimistisches clericales Journal „le Chatiment“, welches an Festigkeit sogar das Journal Louis Veullots weit hinter sich läßt. Zufällig war der verjagte Schüler der Bruder des Dr. Paladan, und in seinem ersten Jörn über die einer „eminenten katholischen Familie“ angehangene Schmach verfaßte unser Doctor einen Artikel, den der Bischof Plantier und der Clerus von Nimes schwerlich hinter den Spiegel gesteckt haben. Bei späterer Ueberlegung ist wahrscheinlich dem heißblütigen Redakteur sein Verfahren wieder leid geworden, denn man hat die Exemplare des betreffenden Blattes zurückgekauft und verbrannt und die der Post unter Kreuzband anvertrauten Nummern sind hier nicht angekommen. Aber Sarcey hat in verschlossenem Briefe ein Exemplar erhalten und was er daraus mittheilt, wirft ein sonderbares Licht auf die erwähnte religiöse Erziehungsanstalt und die Geheimnisse ihrer Schläffe.

Bei Garches, eine halbe Stunde von Saint-Cloud gelegen, ist gestern ein Denkmal zur Erinnerung an die Schlacht von Bizyenval und Montretout enthüllt worden. Es besteht aus einer 3 Meter hohen Pyramide von Granit. Die Feier hatte keinen officiellen Charakter. — Im Sommercircus fand Nachmittags die Preisvertheilung an die Jöglinge der Association philotechnique statt. Die Gesellschaft datirt von der Februarrevolution. Jules Simon, ihr Vorsitzender hielt eine Rede, es waren viele Deputirten der Linken zugegen.

* **Paris, 19. Januar.** [Die Artikel, welche die Suspension des „Univers“ zur Folge hatten], lauten im Auszuge wie folgt:

„Vor der den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichte ließ, reclamirte Herr v. Bismarck bei unserer Regierung gegen die Freisprechung der Francitrens und forderte die Unterdrückung des „Univers“. So unangenehm die Nachricht war, so wurde sie doch geglaubt, und erklärte Herr Popin in der „Presse“, unsere Unglücksfälle zwängen uns zu einem Einschreiten gegen die clericalen Blätter.

Nichtsdestoweniger weigert sich das Ministerium, dem Herrn v. Bismarck zu gehorchen, der sich eine Anlagendeacte compilirt, um einen Kriegsfall zurechtzubringen, und führt Frankreich auf den Bahn.

Frankreich kann sich aber auf den Bahn fühlen lassen, weil es dadurch die Gelegenheit bekommt, seinerseits mit dem Feinde Fühlung zu gewinnen. Die französische Regierung ist zwar schwach, sie verfolgt aber, trotz der Auforderungen des Herrn v. Bismarck, nicht; das Cabinet bemüht sich, friedlich und mit Achtung vor der Gerechtigkeit und den Rechten des Einzelnen zu regieren. Darin geht es sogar zu weit. Gott wird es ihnen aber, seines Grollens ungeachtet, zu Gute halten. Frankreich ist trotz seiner Irthümer noch ein Land der Loyalität und der Gerechtigkeit. Es leuchtet Italien und der Schweiz, Deutschland und anderen Ländern herein als Vorbild vor. Frankreich thut nicht alles, was es vermag; es duldet aber um seinen Preis, daß es innerhalb seiner Grenzen ein Verbrechen sei, die Pflichten gegen Gott zu erfüllen. Wer bei uns diesen Grundzug verkennt, geht elend zu Grunde. So werden wir bei Gott Gnade finden, und uns Herrn von Bismarck zum Trost wieder aufrichten.“

Louis Veullot fährt dann fort: „Siecle“, „Presse“ und andere Blätter, die sich Preußen schon häufiger dienstbar erwieien, meinen, daß, wenn die Katholiken schweigen wollten, Herr v. Bismarck ihrem Beispiel folgen und alles gut gehen würde.

Diese Sprache ist ebenso lumpig wie frech. Der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ beweist allerdings, daß sich Herr v. Bismarck vor allen Dingen vor den Katholiken fürchtet: der Kanzler hat aber noch andere Beschwörungen. Er protestirt gegen die Admiraltische Rede, er signalisirt das unwürdige Benehmen aller Stände in Frankreich, er will die Erkenntnisse unserer Gerichte cassiren, er klagt alle Franzosen des Einverständnisses mit den Mördern und der Kriegsgeschichte an.

Unrechtlich handeln aber diese Blätter, wenn sie bloß die Katholiken der Friedensförderung beschuldigen.“

[Der Hirtenbrief des Bischofs von Perigueur] lautet im Auszuge wie folgt:

„Die Stimme des Stellvertreters Christi ließ sich so eben wieder hören. In welchem Zustande befindet sich Pius IX., der Pontifex und König, ein Gefangener, derberaubt König, aber ein seiner Herrscherrechte beraubter Pontifex. Trotzdem findet sein Wort in der ganzen Welt ein Echo, es verkündet den Bruch feierlicher Verträge, die Schändung der Gerechtigkeit, die Unterdrückung der Kirche, die Verleugnung des Glaubens, den Umsturz der Verfassung der Kirche selbst. Daran erkennt ihr den ruchlosen Cäsarismus, welcher mit unerhörter Gewalt in der Schweiz und in Deutschland grassirt. Dort werden die Bischöfe jeder Freiheit beraubt, vor die Gerichte geschleppt, verurtheilt, eingekerkert und verbannt, die Priester aus ihren Kirchen vertrieben, in Armut verfaßt, die Gläubigen an der Ausübung ihrer religiösen Pflichten gehindert. Und das Ganze Kraft angeblicher auf Befehl der modernen Cäsaren erlassener Gesetze!

Bischof Plantier wendet sich dann gegen die Secirer und die geheimen Gesellschaften und endet mit einer Aufforderung zum Gebet, damit die gegenwärtigen unerhörten Verfolgungen ein baldiges Ende nehmen.“

[Frankreich und Deutschland.] Einer Correspondenz der „A. Ztg.“ entnehmen wir Folgendes:

Zwei Momente, die man in allen Auslassungen officiöser oder republikanischer Journale wiederfindet, verdienen besonders hervorgehoben zu werden: die Beharrlichkeit, mit welcher die ministeriellen Organe, die „Agence Havas“ an der Spitze, behaupten, die Regierung sei durch den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht im Geringsten berührt worden, da die Beziehungen zu Deutschland nichts zu wünschen übrig lassen, und die Einseitigkeit, mit welcher sowohl die Regierungsfreunde als die Republikaner sich gegen den „angeblichen Ultramontanismus“ Frankreichs verhalten. Letzteres wird wohl jeden Deutschen, der den Feldzug mitgemacht hat, daran erinnern, daß er vom Rhein bis an die Loire keinen einzigen Franzosen antraf, der nicht hoch und theuer geschworen hätte, er habe den Krieg nicht gewollt. Diese Bemerkung drängt sich einem auch heute hinsichtlich des Ultramontanismus auf, und mit nicht geringem Erstaunen sieht man sogar das freisinnige „Journal des Debats“ das Cabinet de Broglie gegen die Beschuldigung des Ultramontanismus in Schutz nehmen. Gambetta's Leiborgan beschränkt sich darauf, die französische Nation gegen den erwähnten Vornwurf zu verteidigen, strakt sich aber in derselben Lagen, indem es für den Mühlhauer Reichstagscandidaten, den katholischen Pfarrer Winterer, in so warmen Ausdrücken Partei ergreift, daß die „Union“ nicht umhin kann, der „Republique française“ ein Bravo! zuzurufen. Das ultramontane Wahplcircular des Pfarrers erregt bei dem republikanischen Blatte nicht den geringsten Anstoß, weil es sich um die „Idee des Vaterlandes“, um die entrisenen Provinzen handle. Es ist dies übrigens nicht die erste eifässlich-ultramontane Kundgebung der Radikalen, die eventuell gewiß nicht anstehen würden, mit der Fahne des Sacre Coeur das Signal zur Revanche zu geben. Was nun den angeblichen Gleichmuth anbetrifft, mit welchem die hiesige officielle Welt die bedeutungsvolle Sprache des Berliner Blattes hingenommen haben soll, so weiß man, was davon zu halten ist. Ich finde hierüber im „Messager de Paris“ eine bemerkenswerthe Auslassung. Das ministerielle Finanzblatt glaubt nämlich, daß in Folge der bischöflichen Hirtenbriefe und mehrerer Artikel, welche von der deutschen Regierung als eine Beschimpfung des Kaisers betrachtet wurden, der Fürst von Bismarck in Versailles die Bestrafung der Schuldigen verlangt habe. Die französische Regierung sei dadurch in eine sehr schwierige Lage versetzt worden, denn selbst wenn sie das Recht hätte, einen Prälaten wegen seines Hirtenbriefes gerichtlich zu verfolgen, so könnte sie sich doch nicht zu einem solchen die religiöse Partei erbitternden Schritte entschließen. Andererseits aber sei es ihr ebensovunmöglich gewesen, Deutsch-

(Fortsetzung.)

land eine Genehmigung zu bewirken. Das Gouvernement habe also im Berlin diese Situation darlegen lassen, und sich bereit erklärt, den höchsten Behörden durch ein Mandat schreiben Inhalt zu thun, das Circular des Herrn von Saurton sei die Folge dieser Unterhandlungen gewesen, der Bischof Plantier habe in Versailles selbst seinen Hirtenbrief verfaßt, bedacht, und da der deutsche Reichstagler auch dieses Detail erfahren habe, so hätte man sich der Hoffnung hingeben, daß der Bischof nicht beendigt sei. Die deutsche Regierung müsse also neuerdings wieder durch einen Artikel oder eine Note verlegt worden sein; denn nur dadurch lasse sich der Artikel der Nord. Allg. Ztg. erklären. Wie dem auch sein möge, Alles deutet darauf hin, daß im französischen auswärtigen Amte eine neue Note eingebracht sei, in welcher die gerichtliche Verfolgung des Bischofs Plantier verlangt werde. Dies sei der unmittelbare Sachverhalt. Der deutsche Kaiser sei beschimpft worden, und die deutsche Regierung verlange, daß der Urheber dieser Beschimpfung vor Gericht gestellt werde; das französische Gouvernement unterhandle, um dieser Nothwendigkeit durch eine andere Genehmigung zu entgehen, werde aber, wenn der Kaiser v. Bismarck darauf beharre, sich doch fügen, ein Kriegsfall sei daher durchaus nicht zu befürchten.

Ueber die Krise der letzten Woche kommen — so schreibt man der „S. Z.“ nachträglich — manche interessante Einzelheiten aus Tageslicht. Verhängt ist, daß Mitglieder der Rechten, namentlich Lucien Brun, vor und am Montag ihren Parteigenossen mitgeteilt haben, das Ministerium Beoglie habe ihnen zum Erlaß dafür, daß sie bei der Majorität blieben, volle Freiheit der legitimen Action zugesagt; es dürfe sowohl die Agitation für hampfordische Petitionen wie die Thätigkeit der Blätter in demselben Sinne ungehindert und ungehindert vor sich gehen. Verhängt ist ferner, daß der Herzog Andriest-Pasquier beschworen mit Beoglie eine ziemlich heftige Scene hatte. Er setzte den Minister lebhaft zur Rede und bestand darauf, daß das Septennat ernsthaft genommen werden müsse; Herr v. Beoglie aber erklärte einfach: Ich kann nicht anders; ich kann die Rechte nicht entbehren und muß ihr den Willen thun. Schwörer zu verbürgen ist ein anderes Gericht, welches in gewissen Kreisen laßt, aber doch mit so großer Bestimmtheit auftritt, daß sich die ihnen wenigstens cum beneficio inventari mittheilen will. Hiernach hätte es sich gegen Ende der Woche im nichts Setzterer als um einen hampfordischen Staatsstreich gehandelt, der der Vertretung der Majorität ein Ende machen sollte. Ich melde Ihnen bereits, daß die Prinzen von Orleans dem Grafen Chambord ihr Vermögen zur Verfügung gestellt haben sollen. Man bringt dies mit jener Erzählung in Verbindung, und behauptet, der Graf Chambord habe eine Einladung erhalten, die französische Grenze zu überschreiten; ein General, der in der letzten Zeit viel von sich reden machte, wollte ihm mit 50,000 Mann entgegen gehen und man erwartete, daß die Majorität der vollbrachten Thatfache keinen Widerstand leisten würde. Der Graf Chambord aber fand einen solchen Einzug seiner Würde nicht angemessen und schlug aus — justus ac tenax! So ging auch diese Modification der Fusion zu Schanden.

Sammlungen für Herr v. Lach. Der „Monde“ veröffentlicht seine sechste Subscriptionsliste für Herrn Lach, den Bischof zu Basel, es sind für denselben schon 12,797 Frs. eingegangen. So ermutigen die französischen Ultramontanen den Widerstand der Geistesfreiheit in der Schweiz.

Die Prinzen von Orleans. Der Gesandtschaftsbericht, betreffend die definitive Annahme der orleanischen Prinzen in die französische Armee, ist in der Commission von der Minorität heftig angefochten worden. General Billot hat sich in der schärfsten Weise darüber ausgesprochen und General Charcot hat sich geweigert, den Bericht über den Gesandtschaftsbericht zu machen, worauf Herr v. Harcourt dieses Geschäft übernommen hat. Die Orleanisten hätten es lieber gesehen, wenn ein General den Bericht erstattet hätte, der General Loyel wünschte auch diese Ehre, aber er erschien nicht befähigt genug, um auf der Tribüne der Versammlung das Geschick zu vertheidigen. Die Rechte hat wohl eingesehen, daß diese Sache ihre Schwierigkeiten habe, auch hat Herr v. Harcourt den ursprünglichen Entwurf modificiren müssen. Die Dienstjahre der Prinzen sollen nun vom Tage des Erlasses des Gesetzes an datiren und nicht von dem Tage an, wo sie ihre provisorischen Grade erhalten haben.

Zur Presse. Die „Independance Belge“ meldet aus Versailles, 17. Januar, Man unterhielt sich in den Couloirs über einen leichlichen Arienwechsel zwischen Herrn Scherer, dem Deputirten und Redacteur des „Temps“, und dem Herzog von Broglie in Betreff von Depeschen, welche Herr Scherer an ein englisches Blatt geschickt hatte, welche aber auf Befehl des Ministers zurückgehalten wurden. Diese Depeschen hatten Bezug auf die Angelegenheit des Kronog.

Journal officiel. Das „Journal officiel“ veröffentlicht einen die Schulbibliothek betreffenden Erlaß des Unterrichtsministers von Saurton an die Präfecten. Darin heißt es: Es steht zu befürchten, daß in den verhängnißvollen Jahren, welche Frankreich durchzumachen hatte, der Art. 6 des Gesetzes vom 13. Juli 1862, wonach kein Werk ohne die Erlaubnis der akademischen Inspectoren in eine Schulbibliothek aufgenommen werden darf, nicht immer streng beobachtet worden sei, und daß sich Bücher von mehr oder weniger gefährlichem Inhalt in diese Bibliotheken eingeschlichen haben könnten. Ich lenke Ihre besondere Aufmerksamkeit auf diesen delikaten Punkt. Ich bitte Sie, die Herren Inspectoren zu einer sorgfältigen Revision der Schulbibliotheken anzuordnen, sie sollen mit der größten Aufmerksamkeit alle Werke prüfen, welche von anderen Zuwendungen, als denjenigen meiner Verwaltung oder von Ankaufen herrühren, und die nicht in den von mir genehmigten Katalog aufgenommen sind. Die Abreise von anderen Zuwendungen, als diejenigen meiner Verwaltung, enthält ein sehr verständliches Mistransparenz an die Abreise des Herrn Jules Simon, des Amtsvorgängers des Herrn v. Saurton.

Niederlande.

Amsterdam, 15. Jan. Aus dem Kriege gegen Afschin. Der General van Swieten, schreibt man der „S. Z.“ hat vor dem Anfang der Feindseligkeiten dem Sultan von Afschin zwei Briefe geschrieben. In dem einen ermahnt er ihn in halb gemüthlichem, halb orientalischesprochendem Tone zur Unterwerfung. In dem andern fordert er ihn auf, den bevorstehenden Krieg in menschlicher Weise zu führen; namentlich Kriegsgefangene, Verwundete, Wesselo und Nichtcombattanten zu schonen, mit dem Versprechen, daß holländische Kriegsgefangene denselbe Gehehen werde. Würde es dem General van Swieten gelingen, den Krieg auf Sumatra ohne die bisherigen gebräuchlichen Mittel — Verbrennen der Dörfer, Verwüsten der Felder u. s. w. — zu führen, dann würde er gewiß der Civilisation einen großen Dienst leisten. Es scheint aber doch, daß das Tabakrauchen von Pedir, um dessen Besitz für die dem Sultan gleiche Duse zu strafen, im Widerspruch mit der gegebenen Versicherung steht und nur als ein Akt der Rache zu betrachten ist. Die Eroberung der Moschee von Afschin hat verhältnismäßig große Opfer gekostet und General van Swieten hat sich genöthigt gesehen, Verstärkung von Padang heranzuziehen, um die erlittenen Verluste zu decken. Die Afschinesen behaupten sich „wie die Teufel“, heißt es in den Depeschen. Sie haben großen Abscheu vor der holländischen Herrschaft. Allem Anschein nach werden sie aber schließlich wohl der größeren Macht ihrer Feinde weichen müssen. Die Holländer beklagen sich, daß sie so wenig Sympathie bei diesem Kriege finden. Haben die Holländer denn sich diese zu erwerben gesucht? Ihre Colonialverwaltung in Ostindien ist verurtheilt; sie selbst erkennen, daß die dortigen Zustände ungesund und unhaltbar sind. Es wird aber nichts zur Abschaffung dieses Systems gethan. Der Minister Franssen von de Putte erklärt heute, das System müsse verändert werden, und morgen, er wolle das System beibehalten, da man dessen Vortheile nicht entbehren könne. Inzwischen bleibt das Ausgangssystem forto bestehen, und es ist den Afschinesen nicht zu verkennen, daß sie sich vor demselben fürchten. Zwar verdrängen die Holländer, sie möchten nicht daran, das System auch auf Sumatra einzuführen, und diese Versicherung ist auch ehrlich gemeint. Aber die Javanen haben sich schon so häufig in den holländischen Verpfichtungen getäuscht gesehen, daß der Afschinesen der Glaube an die Wahrhaftigkeit der Holländer ausgegangen sein mag. Hätten diese ihre Colonialverwaltung in humanerer und dem Wohl der Eingeborenen förderlicher Weise eingerichtet, dann würden sie in Afschin sowohl wie in Europa mehr Sympathie finden. Dazu kommt, daß diese Afschin-Angelegenheit durchaus noch nicht genügend aufgeklärt ist, daß die Regierung Mittheilungen in derselben zurückhält, und daß der angegebene Vorwand zum Kriege ziemlich ungenügend ist. Von regierungsfreundlicher Seite wird behauptet, der Krieg sei so glücklich erklärt worden, weil man eine Intervention der Vereinigten Staaten gewünscht habe. Damit steht aber die Erklärung der Regierung im directen Widerspruch, alle Großmächte hätten schon vor der Kriegserklärung sich zu Gunsten der Niederlande ausgesprochen.

Rotterdam, 16. Januar. Zum Regierungsjubiläum des Königs. Zum Kriege mit Afschin. Wie nicht anders zu erwarten stand, schreibt man der „S. Z.“ hat die Idee, dem König zu seinem 25jährigen Regierungsjubiläum ein Nationalgeschenk darzubringen, schon zu allerhand Spaltungen und Meinungsverschiedenheiten Veranlassung gegeben. Während man bei fast der allgemeinen Erwartung lebte, daß die ganze Nation, also alle Provinzen zusammen, dem König ein einziges Geschenk geben würden, hat seit einigen Tagen die Provinz Seeland die Fahne des Particularismus aufgepflanzt, indem das dortige Provinzcomité erklärte, daß es sich nicht für befugt halte, die eingegangenen Beiträge zu einem allgemeinen Landesgeschenke zu verwenden, und das die Zeit, die einzelnen Geber um ihren Willen zu erfragen, zu kurz sei. Und um dieses Princip consequenter weiter zu entwickeln, hat sich in Seeland selbst eine Stadt von der Provinz getrennt und will dem Könige einen directen Beweis der Loyalität geben. Die Vorschläge, auf welche Art und Weise die eingegangenen Geldbeiträge verwendet werden sollen und was überhaupt das würdigste Geschenk wäre, sind manchmal komischer Art. Ein Wagenfabrikant schlägt im Dagblad vor, dem König einen mit Gold beschlagenen Galawagen mit acht Räderfüßen zu geben, ein Aukerer will die Beiträge zu einem bleibenden Fonds vereinigen, aus dessen Zinsen dem „Beobaarheidscomité“ — das seine Entstehung vropropheischen Grundes im Jahre 1867 zu danken hat — Patronen und Schießgewehre zu verabreichen, da es allerdings Thatsache ist, daß Wilhelm III. sich für das Gebeihen dieses Freicorps mehr interessirte, als für die Uchte; ein Dritter will eine mit Edelsteinen geschmückte goldene Krone u. s. w. Am meisten Aussicht auf Verwirklichung hat der von Alberdingk Thym entwickelte Plan, dem König ein seiner würdiges Palais in Amsterdam erbauen zu lassen. Bekanntlich nimmt der König jedes Jahr einen mehrtägigen Aufenthalt in dieser Stadt, und das Gebäude, in welchem sich dann das königliche Hoflager befindet, gleicht allerdings eher einem Stadthause, als einem Palaste. Außerdem trägt dieses Gebäude im Innern noch durchaus die Spuren der französischen Periode, besonders von Ludwig Napoleon, entbehrt allen Comforts und wurde deshalb schon im Jahre 1815 nur provisorisch zur königlichen Residenz bestimmt. Wenn die Bestimmung, daß der Palast in Amsterdam aufgeführt werden soll, für die anderen größeren Städte nicht zum Vorbild werden wird, dann dürfte der Plan Alberdingk Thym's am meisten Aussicht auf allgemeine Billigung und Annahme haben. Kürzlich wurde der Brief veröffentlicht, den General van Swieten vor der Eröffnung der Feindseligkeiten an den Sultan von Afschin gerichtet hat. Dem Sultan wird darin der Besitz seines Landes und seiner Herrschaft garantiert; nur muß er die holländische Oberhoheit anerkennen und sich verpflichten, den von seinem Volke in großartigem Maßstabe bis jetzt getriebenen Seeraub nicht mehr zu begünstigen und zu dulden. Ferner verlangt van Swieten die menschliche Behandlung der Gefangenen und Verwundeten und verspricht dafür, auch den afschinischen Verwundeten und Gefangenen dieselbe Behandlung zu Theil werden zu lassen. Bekanntlich wurde der Brief dem Volke zerissen und der Gesandte, der ihn überreichte, gebunden und in das Innere des Landes geschleppt.

Provinzial-Beilage.

Breslau, 21. Januar. [Tagesbericht.]

Basiliens. Nachdem der Bau der Saluator-Kirche auf den sogenannten Festhäkern hinter dem Dreiecksföhrigen Eisenbahnhofe im Laufe des vorigen Jahres soweit vorgeschritten ist, daß die Umfassungsmauern bis zur Dachhöhe errichtet worden sind, ist man gegenwärtig im Innern des Gotteshauses damit beschäftigt, die Sandsteinplatten, welche als Träger des Daches dienen sollen, aufzustellen. Auch der an der Westseite gelegene Thurm ist bereits bis zu einer Höhe von 30 Meter gediehen, und war bis zu derjenigen Stelle, wo man aus dem Dache zum Octogon übergehen muß. Die Höhe des ganzen Thurmes von der Sohle bis zur Kreuzespitze wird nach seiner Vollendung 68 Meter betragen. An der im gotischen Style und im Hochbau erbauten Kirche nebst Thurm ist — um einen Contrast zu erzielen — zu sämmtlichen Giebeln, Fenstermagazinen, Draamenten u. s. w. weißer Bünzlauer Sandstein in Verwendung gebracht worden, eine Maßnahme, welche dem ganzen Bauwerke zur größten Zierde gereicht. Das Innere des Gotteshauses, das sogenannte Kirchenschiff, erhält eine Länge von 30 Metern, und eine Breite von 24 Metern. An der Ostseite sind zwei Seitenkapellen angebracht, deren eine zur Sakristei, und die andere zur Taufhalle bestimmt ist. Beim Eintritt der milden Jahreszeit wird sofort mit der Aufstellung des Dachstuhl und dessen Eindeckung mit Schieferplatten begonnen, und der Weiterbau des Thurmes ins Werk gesetzt werden. Der innere Ausbau des Thurmes, der Orgel, des Altars u. s. w. wird bis zum nächsten Jahre verbleiben, da die Vollendung des ganzen Kirchenbaues erst im nächsten Jahre das Gotteshaus seiner Bestimmung übergeben werden soll.

venia docendi (Erlaubnis Vorlesungen zu halten) öffentlich vertheidigen. Die officiellen Opponenten sind: die Herren Dr. Werth, Müller, Dr. Palm und Dr. Boddelle. [Bericht für Geschichte der bildenden Künste.] Freitag, den 23. d. M. wird der L. Professor Herr Metke über die Ausbildung der Silhouette in der neueren Zeit einen Vortrag halten. [Hoffmann v. Fallersleben.] Aus Schloß Corvey bei Börtter e fährt die „Ab. Ztg.“ leider, daß in dem Besinne des erkrankten Dichters Hoffmann v. Fallersleben, „ein entschiedener Rückschritt“ eingetreten ist. Der Sohn Hoffmann's schreibt unter dem 17. Januar: „Die Lähmungs-Ercheinungen treten wieder deutlicher hervor. Der Arzt ist bedenklich, da der Kranke sehr schwach ist. Die Kräfte scheinen einzutreten.“ (Hoffmann ist gestorben; s. d. teleg. Depesche am Schluß d. Ztg.)

[Lobetheater.] Am 24. d. M. sollte die „Mild Mäder“ ein Gastspiel beginnen. Die liebenswürdige Schaffnerin ist leider erkrankt; bereitwillig eingetretener wird dahingegen Hr. Wagner als zwei Mal im Lobetheater aufzutreten: Freitag den 23. d. M. als Fernande und Sonntag den 25. d. M. als Arienne Coucoure, ein Arrangement, welches sich hinsichtlich der Zustimmung aller Kunstfreunde erfreuen wird. [Im Dieblich'schen Saale] fand gestern Abend das von der Breslauer Concertkapelle zum Benefiz ihres Directors Herrn Louis's Küttner veranstaltete Concert statt, worin sich ein überaus zahlreiches Auditorium eingefunden hatte, welcher Umstand ein ehrenvolles Zeugniß davon giebt, in welcher Beliebtheit Herr Küttner bei dem hies. musikalischen Publikum steht. Von den zur Ausführung gelangten Piecen des sehr gewählten Programms haben wir vor Allem die eract zu Gehör gebrachte Overture von Weber zu „Carnaval“ und die 5. Symphonie von Raff „Lenore“ hervor. Das zuletzt erwähnte inhaltsreiche Tonwerk ist hierorts zum ersten Male aufgeführt worden und dürfte sich viele Freunde gewonnen haben. Der geehrte Herr Beneficiant zeigte sich in seinem Vortrage des hiesigen Concerts. D-moll von Beethoven als ausgezeichneter Violin-Virtuose und erntete den reichsten Beifall.

[Goldene Hochzeit.] Unser in weiteren Kreisen bekannter und hochgeachteter Mitbürger, der Brunnen- und Köchenermeister Herr Carl Hildebrandt, und dessen Gattin feierten gestern den fünfzigsten Jahrestag ihrer Vermählung. Nachdem das Jubelpaar bereits im Laufe des Vormittags zahlreiche Glückwünsche empfangen hatte, erfolgte Abends in der Freimaurerloge zum goldenen Scepter die kirchliche Einsegnung durch Herrn Diaconus Döring. Die Feierlichkeit wurde durch einen von Herrn Musikdirector Fischer trefflich ausgeführten Orgelvortrag und Abingung eines Choral's eingeleitet. Nach vollzogener Einsegnung empfing das Jubelpaar eine Deputation von Freimaurern, an deren Spitze Herr Rath Witt eine ergreifende Ansprache an die Jubilarer hielt und denselben im Auftrage der Loge einen goldenen Blumenstrauß als Festgeschenk überreichte. Ein Banquet, an welchem die Verwandten und zahlreiche Freunde des Jubelpaares Theil nahmen, schloß die ebenso seltene als erhebenste Feier.

[Herausforderung an der Börse.] Großes Aufsehen erregte vorgestern an der hiesigen Börse das Erscheinen eines Officiers in Uniform. Derselbe überbrachte einem Börsebesucher die Bewandlung eines höheren Officiers, mit welchem er Tags zuvor in einer öffentlichen Restauration in Wortwechsel gerathen war. Der Herausgeforderte antwortete, die Börse sei nicht der Ort zur Erledigung derartiger Fragen und beschied den Caricellträger in seine Wohnung, in welcher sich letzterer auch alsbald einfand. Wie man hören konnte, wurde die Angelegenheit gütlich beigelegt. Den Anlaß zum Wortwechsel soll die Besprechung vollständiger Tagesfragen gegeben haben.

[Die hiesigen Suppenanstalten] werden leider diesen Winter des gewöhnlichen reichlichen Ertrages einer Discretionar-Beauftragung verlustig gehen, da die für Mitte Februar auszubehrende und bereits in Angriff genommene Ausführung, aus Mangel für den Vaterländischen Frauen-Verein unterbleibt, welcher zu derselben Zeit ein dem ähnliches Unternehmen, nur in noch größerem Maßstabe, beantragt hat. Möchte daher der hoffentlich reiche Ertrag der Versteigerung mit ganz besterlicher Mäßigkeit auf die Suppenanstalten verteilt werden, die sich ja so allgemeiner Theilnahme erfreuen und recht viele Mittel bedürfen, um täglich, ganz unentgeltlich, wie es ihre Aufgabe ist, gegen 1300 Menschen mit guter, kräftiger Kost zu versorgen. Gott segne Euden, der hiesigen hiesigen Scherfen beiträgt.

[Von der Friedrich-Wilhelm-Viktoria-Landesstiftung.] Am Sonntag den 23. d. M. als dem Vermählungstage des kronprinzlichen Paares, findet die feierliche Trauung, der beiden an der oben genannten Stiftung zu Dotationen von 100 Thlr. andererseits Brautpaare in der St. Barbara- bzw. St. Elisabethkirche statt. Es sind dies der Sergeant Guido Lippert von Schl. Ost. Reg. Nr. 4 und Jungfrau Agnes Schödermann, und Julius Bruch und Jungfrau Rosalie Lindt. — Infolge des von dem Vorstande der Stiftung verbreiteten Circulars an hiesige edelgesehnte Männer beizus dem Beitritt zur dauernden Constatirung der Stiftung haben 30 Personen ihre Mitgliedschaft durch festen Jahresbeitrag zugesagt.

[Polizeiliches.] Der auf Vernehmung des hiesigen Polizeipräsidenten von Berlin abgebotene hiesige Kaufmann Bruno Beholdt aus Canth ist gestern in das hiesige Polizeigefängnis abgeliefert worden. Sicherem Vernehmen nach beträgt der von ihm verschuldete Defect ca. 35,000 und einige hundert Thaler, während von ihm noch gegen 24,000 Thaler Dedung gewährt werden kann, wobei indes einzelne Piecke zu weit geringeren Werthe abgekauft worden sind. Seine Privatguthaben haben ein Söbervon ca. 5000 und einigen hundert Thalern erreicht. — Ehemaliger der Sonnenstraße wohnhafte Zimmermeister ist gestern seine Briefstange (Bantständer) auf dem Nachbausewege abhandeln gekommen, in welcher sich abgehängt 85 bis 100 Thaler in Cassenheinen befanden. — Aus der Ring Nr. 47 befindlichen Modepaarhandlung ist gestern Stoff zu einer hellbraunen und einer hellrosa Seidenrobe à 14 Meter lang in Gesamtwerthe von 4 Thaler gelehrt worden. — In der vergangenen Nacht stahl ein Dieb einem auf der Laurentiusgasse Nr. 25 wohnhaften Wäschereibesitzer einen Beutel ab und entwendete ihm von einer im Hofe stehenden Dreifache das Schlüssel. — Verhaftet wurde gestern ein Arbeiter, welcher in vergangener Woche einen Diebstahl in dem Hause der Gabelstraße Nr. 12 verübt hatte, indem er auf einen Baum geklettert und von dort aus in die Wohnstube gestiegen war. Den hier gestohlenen Ueberzieher hatte er bereits, Beutel und auch das in einer Blechbüchse vorgefundene baare Geld schon herausgelassen. Außerdem wurden bei dem verhafteten Verbrecher noch 5 Pfandstücke in der Wäsche eingeklebt vorgefunden, welche über gestohlene werthvolle Kleidungsstücke lauten, so wie derselbe auch noch überführt werden konnte eine silberne Cylinderröhre aus dem Daurbreat der Salvatorstraße gestohlen zu haben. — In dem Hause Neherberg Nr. 9 wurde gestern ein Dosenstahl verübt, und einer dort wohnhaften Verunfallten mehrere Unterbetten mit roth- und weißgezeichneten Falten entwendet. — Verhaftet wurde ein obdieser Korbmacher, welcher gestern eine Anzahl Reißstiche aus einem Hausflur der Schloßstraße und Meißnerstraße gestohlen hatte. — In der verflorenen Nacht sind aus dem Gaborien-Fabrik-Abtheilungsorte Sontentstraße Nr. 10/12 aus verflorenen Stalle 17 Stück Däbner gestohlen worden. Die Diebe haben den Hühnern an Ort und Stelle sofort die Köpfe abgerissen.

[Verurtheilung.] Am 20. d. M. wurde Herr Caslan Meindus aus Neuz von dem hiesigen Gerichte wegen gelehrtlicher Vornahme von geistlichen Amtshandlungen zu 30 Thaler Geldbuße event. 14 Tage Gefängnis und zur Ertragung der Kosten verurtheilt.

[Zur Kuppelung der Eisenbahnwagen.] Anknüpfend an einen in einem Berliner Blatte befindlichen Artikel, daß in bedauerlicher Weise allerdings eine Zunahme der Unglücksfälle zu constatiren, denen die armer Vertheilung auf den Eisenbahnen zum Opfer fallen. Der beregte Artikel berührt einen Punkt, bei dessen näherer Beleuchtung dem Laien angst und bange wird. Es war seit etwa Jahresfrist die Rede davon, daß die Vielesprochene und so sehr leicht erfindliche Erfindung der gefahrlosen Kuppelung gemacht sei und noch bis heute findet man sie nirgends in Anwendung; ja, wie der oben erwähnte Aufsatz sagt, — es hat eine Prämierung um deshalb nicht stattfinden können, weil keine deutsche Bahn bisher die Neuerung erprobt hat. Sollte denn, wenn sie zur Verwirklichung empfohlen ist, noch immer keine Gelegenheit sein, Versuche anzustellen, um durch die Einführung eines anderen Kuppelungs-Verfahrens auf allen Bahnen Hunderte von thätigen Leuten einem schrecklichen Tode zu entziehen und damit zahlreichen Wittwen und Waisen den Erwerb zu erhalten? — Wenn übrigens bei den auf so verschiedene Weise vorkommenden Unfällen meist — und mit Recht — ganz Anderes, als den Verunglückten selbst, die Schuld zugesprochen wird, so erhebt sich die Frage, ob es nicht besser wäre, daß dies bei solchen, welche die Kuppelung veranlassen, im hohen Grade unbillig ist. Derartige Arbeiter, welcher beim Stoppeln der Wagen zwischen die Räder gerath, ist unter allen Umständen selbst an seinem Tode Schuld! Die genaue Verfolgung der Infection bei dieser Manipulation macht eine Verunglückten unmöglich. Der Mann soll den herankommenden Wagen oder Zug zwischen den Rädern des stehenden Waggons selbst heben, er wartet, und kann so ohne alle Gefahr kuppeln, sowie der letzte Zusammenstoß er-

folgt ist. Unter hundert Fällen sieht man aber neunundneunzig Mal den Verbinder seitwärts der Schienen auf den heranfahrenden Zug warten, und wenn zwischen ihm und dem stehenden Zuge nur noch eine kleine Spalte offen ist, dazwischen hindurchspringen! Daß dabei ein Fehltritt oder selbst die allergeringste Unachtsamkeit ein Menschenleben sehr häufig fordert, ist un schwer zu begreifen. — Es wäre zu wünschen, daß die Verbinder zu gewissen Zeiten wieder und immer wieder auf die Gefahr aufmerksam gemacht würden.

Verpätung. Die Berliner Zeitungen melden: Die mit dem Courierzuge aus Breslau am 20. Januar um 5 Uhr 15 Minuten Vormittags fällige Post ist 3 Stunden 30 Minuten verspätet in Berlin eingetroffen.

Steinau a/D., 19. Jan. [Kirchenwahl. — Stadtverordneten-Sitzung.] Bei den hier selbst stattgefundenen kirchlichen Wahlen waren von 207 Gemeinde-Mitgliedern, deren Namen in der Wählerliste verzeichnet standen — 127 zur Wahl erschienen. Dieselbe ist durchweg nach der, durch die Vertrauensmänner der Wahlberechtigten aufgestellten Candidaten-Liste ausgefallen. Als Kirchenälteste wurden in den Kirchgemeinderath gewählt: a) aus der Stadt: Zimmermeister Arndt, Stadterordneten-Vorsteher Zahn, Rathmann Loewe, Seifenfabrikant Martin, Beigeordneter Pfeiffer; b) aus den hier eingepfarrten Landgemeinden: Rittergutsbesitzer v. Engelmann-Przybor, Rittergutsbesitzer v. Looper-Georgenborf, Bauerntbesitzer Jänisch-Gesendorf. Diese, sowie die gewählten 27 Gemeinde-Vertreter gehören sämmtlich der kirchlich aufgelösten Richtung an. — In der vergangenen Donnerstag abgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung wurden nach erledigter Tagesordnung Herr Schulnachemir. Zahn als Vorsteher, Herr Seifenfabrikant Martin als Stellvertreter — Herr Zimmermeister Arndt als Schriftführer — Herr Kaufmann Lipsky als Stellvertreter wiedergewählt. — Gestern Abend begann der heilige Geistesdienst sein 14. Stiftungsfest in gewohnter gemüthlicher Weise. Die Zahl der Teilnehmer betrug über 70.

D. Waldenburg, 20. Januar. [Zur Beachtung.] Ein hiesiger Kreis-Gerichts-Secretair, welcher bis jetzt regelmäßig die Kirche besucht und das Abendmahl genommen hat, erkrankte so schwer, daß er bewußtlos wurde. In diesem Zustande wollte ihm seine Frau die letzte Delung geben lassen. Man verweigerte ihm jedoch dieses Sacrament, weil der Kranke die Adresse des Herzogs von Ratibor unterzeichnet habe. Die Vorsetzung aber war gnädiger, sie gab ihm das Bewußtsein wieder und der Kranke befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Lublitz, 20. Januar. [Communales.] Die gestern hier erfolgte Vorstandsversammlung der Stadtverordneten-Versammlung ergab nachstehendes Resultat: Es wurden wiedergewählt die Herren: Hofmeister Wayer als Vorsitzender, Kaufmann W. Königsberger als dessen Stellvertreter, Maurermeister Senczek als Schriftführer und Kaufmann A. Kreemer als dessen Stellvertreter.

Notizen aus der Provinz. * Gränberg. Es ist bei dem plötzlich eingetretenen Eisgang der Oder ein Theil des Geristes, welches an den Weilern der im Bau begriffenen Oderbrücke bei Deutsch-Neißem, Köpenburg-Stettiner Bahn, errichtet ist, in voriger Woche von den Eischollen zertrümmert und mit fortgerissen worden. Doch soll dadurch der Bau der Brücke nur unwesentliche Verzögerung erleiden.

Freiburg. Wie der „Boten“ berichtet, wurde am vergangenen Sonntage nach geschickter Obduction, die am 12. d. Mts. ermordete Auguste Klose unter großer Theilnahme von Seiten des Publikums in Salzbrunn beerdigt. Ueber den Mörder verlautet noch nichts Sicheres und sind die verschiedenen Gerichte, welche in Umlauf gesetzt, mit Vorsicht aufzunehmen. — Der Müllermeister G. u. d. r. in Quositz ließ dieser Tage ein Pferd schlachten, in dessen Magen ein schwarzer Stein, im Gewicht von 8 Pfd. gefunden wurde. Derselbe kann von Jedermann in der Mühle in Augenschein genommen werden.

Handel, Industrie &c.

Breslau, 21. Januar. [Von der Börse.] Die Börse eröffnete in günstiger Stimmung. Bei höheren Coursen zeichnete sich das Geschäft auch durch ziemliche Lebhaftigkeit aus! Fonds waren begehrt und fehlte es an Abgebern; auch für einzelne einheimische Bankactien zeigte sich Kaufsust, wogegen Eisenbahnen und Industriewerthe vernachlässigt blieben. Nach Schluß der Börse trat eine Abschwächung ein. — Creditactien per ult. 141⁵/₈ — 142 bez. u. Gd.; Lombarden 95 bez. u. Gd.; Schles. Bankverein 114³/₄ Gd., pr. ult. 114¹/₂ — ³/₄ bez. u. Gd.; Breslauer Discontobank 78⁵/₈ — ³/₄ bez. u. Gd.; Breslauer Wechselbank 66³/₄ Gd. — Laurabütte pr. ult. 173 bis ³/₂ bez.

Breslau, 21. Januar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe, unverändert, ordinäre 10¹/₂ — 11¹/₂ Thlr., mittlere 12 — 13 Thlr., feine 13¹/₂ — 14¹/₂ Thlr., hochfeine 14¹/₂ — 15¹/₂ Thlr. pr. 50 Kilogr. — Kleesaat, weiße, fest, ordinäre 12 — 14 Thlr., mittlere 15 — 17 Thlr., feine 18 — 19¹/₂ Thlr., hochfeine 20 — 22 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Roggen (pr. 1000 Kilogr.) niedriger, gef. — Str., pr. Januar 62 Thlr. Gd., Januar-Februar 62 Thlr. Gd., Februar-März 62 Thlr. Gd., März-April —, April-Mai 63¹/₂ Thlr. Br., Mai-Juni 63¹/₂ Thlr. bezahlt und Br., Juni-Juli 64¹/₂ Thlr. bezahlt.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 88 Thlr. Br. Gerste (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 67 Thlr. Br. Hafer (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Str., pr. Januar 54¹/₂ Thlr. Br., pr. April-Mai 54¹/₂ Thlr. Br., 54 Gd., Mai-Juni 54¹/₂ — ¹/₂ Thlr. bezahlt.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 84 Thlr. Br. Hübsl (pr. 100 Kilogr.) still, gef. — Str., loco 19¹/₂ Thlr. Br., pr. Januar 19¹/₂ Thlr. Br., Januar-Februar 19¹/₂ Thlr. Br., Februar-März 19¹/₂ Thlr. Br., März-April —, April-Mai 19¹/₂ Thlr. Br. bezahlt und Gd., 19¹/₂ Thlr. Br., Mai-Juni 19¹/₂ Thlr. Br., September-October 20¹/₂ Thlr. Br.

Spiritus (pr. 100 Liter à 100%) rubiger, gef. 10,000 Liter, loco 21¹/₂ Thlr., 21¹/₂ Thlr. Gd., pr. Januar 21¹/₂ Thlr. bezahlt und Br., Januar-Februar 21¹/₂ Thlr. bezahlt und Br., April-Mai 22 Thlr. Gd., Mai-Juni —, Juli-August 23 Thlr. Br.

Spiritus loco (pr. 100 Quart bei 80%) 19 Thlr. 23 Sgr. 1 Pf. Br., 19 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf. Gd. Zink fest.

Die Börsen-Commission.

[Breslauer Actienbrauerei.] Seitens einer Anzahl von auswärtigen Actionären der Breslauer Actienbrauerei (vormals J. Wiesner) war kürzlich an den Aufsichtsrath der Actiengesellschaft die Anfrage gerichtet, ob nicht eine Auflösung der Gesellschaft oder doch eine Reduction der Actien sich empfehle und die Bereitwilligkeit ausgesprochen, ihrerseits dazu mitzuwirken. Motivirt war diese Anfrage mit dem Hinweis auf die schlechten Resultate des Vorjahres, welche um so unangenehmer überrascht hätten, als seitens der früheren Direction noch unter dem 18. September, also kurz vor Schluß des Betriebsjahres günstige Nachrichten über die Lage des Geschäfts verbreitet waren. Der Aufsichtsrath hat darauf in einem Schreiben geantwortet, das für die Actionäre des jetzt so sehr discreditirten Unternehmens, dessen Actien auf 29 % stehen, von großem Interesse sein dürfte, und das sie deshalb seinem wesentlichen Inhalte nach mittheilen. Nachdem mitgetheilt ist, daß sowohl Hr. Julius Wiesner aus der Direction ausgeschieden, als der frühere Braumeister entlassen und beide durch tüchtige neue Beamte ersetzt seien, heißt es weiter: „Ihrer Auffassung, daß das Unternehmen bei der gegenwärtigen Lage vier bis fünf Jahre nicht im Stande ist, Dividende zu verteilen, können wir uns nicht anschließen, da die Unterbilanz von 30,000 Thlr., worin übrigens 7500 Thlr. Abschreibungen enthalten sind, schon in diesem Jahre bei normalem Geschäftsbetriebe ausgeglichen werden kann. Was die Creditoren der Gesellschaft anlangt, so haben inzwischen Verhandlungen stattgefunden, um die finanzielle Lage der Gesellschaft zu verbessern und ist es unsern Bemühungen gelungen, zur Abstattung schwedischer Schulden 69,000 5proc. Grundschuldbriefe bis 31. Decbr. 1877 al pari zu placieren, ferner die Zahlung von 12,500 Thlr. zur Hälfte bis 1. April 1878, zur andern bis 1. April 1879 hinauszufchieben; nach dieser Richtung ist also das Unternehmen nicht gefährdet. — Die von Ihnen vorgeschlagene Reduction des Actienkapitals halten wir nicht im Interesse der Actionäre. Jeder Sachverständige wird Ihnen bestätigen müssen, daß das Anlagecapital durchaus nicht zu hoch ist, daß die Brauerei und die Kellereien sehr gut angelegt sind; selbst heftige Concurrenten haben das wiederholt anerkannt. Wir haben deshalb die Hoffnung, daß die Actionäre aus dem Unternehmen ganz befriedigende Renten ziehen werden.“ Es folgt die Aufforderung an die betr. Actionäre sich einmal persönlich in Breslau von der Sachlage zu überzeugen (was inzwischen bereits geschehen war), da dieselben dann durch eigene Anschauung zu einer günstigeren Auffassung kommen würden. — Da die an Ort und Stelle angefertigten Untersuchungen gleichfalls das Resultat ergeben haben, daß dem bis jetzt so wenig glücklichen Unternehmen bei einer einigermaßen tüchtigen Lei-

tung eine günstige Zukunft in Aussicht steht, so haben die betreffenden Actionäre ihre Absicht, den Antrag auf Liquidation einzubringen, aufgegeben. Zu bedauern ist nur, daß der frühere Director Herr J. Wiesner nicht veranlaßt ist, den durch seine Sorglosigkeit entstandenen Schaden zu decken, wie das der Director der königlichen Brauerei in Berlin, Herr Busse, und der Director der Actienbrauerei Wobait in Berlin, Herr Ahrens, freiwillig gethan haben. Der Erstere hat für verbrochenes Bier 20,000 Thlr. Entschädigung gezahlt, der Zweite 30,000 Thlr., mit denen der Cassirer durchgegangen war, ersetzt. Herr Wiesner hat für die weggegangenen 5500 Hectoliter keinen Schadenersatz geleistet.

Die Lebens- u. Versicherungs-Gesellschaft „Thuna“ in Halle a. S., welche heute ihre Geschäfts-Übersicht veröffentlicht, hat seit Anfang dieses Jahres eine sehr praktische Capital-Promessen-Versicherung auf den Tod esfall bei sich eingeführt. Für jede Jahresprämie wird hier eine Promesse über die entsprechende Capitalquote gewährt. Diese Capitalpromessen sind unentziehbar, auch wenn die Prämienzahlung auf die Haupt-Versicherung aufgegeben wird, ferner unanfechtbar, d. h. zahlbar an jeden Inhaber, sobald der Tod des Versicherten nachgewiesen ist, auch wenn dieser sich entleibt, im Duell, im Kriege, auf der See oder in entlegenen Welttheilen gestorben ist.

4 [Banknachrichten.] Seitens einer Anzahl Actionäre der Breslauer Provinzial-Wechselbank ist der Antrag auf Auflösung der Gesellschaft bei der Direction eingebracht worden. Derselbe wird damit motivirt, daß das Grundcapital nicht mehr intact sei. — Desgleichen ist von mehreren Actionären der Antrag auf Auflösung der Breslauer Handels- und Entrepot-Gesellschaft gestellt worden.

Die Preussische Hauptbank erinnert die Besitzer von Bankanteilen, die Eintragung in die Stammbücher der Bank zu bewirken, da die Wählbarkeit der Mitglieder des Central-Ausschusses der Bank, sowie der Provinzial-Ausschüsse und der Beigeordneten der Provinzial-Bank-Comptoire von dieser Eintragung abhängig ist.

G. A. Waldhausen in Offen. Am Sonnabend hat in Köln wieder eine Versammlung der Gläubiger des Herrn G. A. Waldhausen mit der Liquidations-Commission stattgefunden. Dieselbe ergab, daß nunmehr bis auf hauptsächlich zwei Gläubiger, die zusammen eine Forderung von 77,000 Thlr. haben, alle Creditoren der außergerichtlichen Ordnung dieser Angelegenheit beigetreten sind. Demnach ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß der Concurss vermiiden werden wird. Die definitive Entscheidung wird indeß erst am nächsten Sonnabend in Köln erfolgen.

[Central-Verein zur Hebung der Fluß- und Canalschiffahrt.] Die in der Versammlung vom Sonnabend angenommenen Resolution wegen Herstellung eines allgemeinen Canalnetzes hat folgenden Wortlaut: „Der Verein erachtet es für eine unabweisbare Forderung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, daß neben den Eisenbahnen auch ein einheitliches Netz leistungsfähiger Wasserstraßen möglichst bald zur Durchführung gelange. Sie erkennt in dem vorliegenden skizzierten Entwurf geeignete Grundlagen für das Project eines solchen Netzes und setzt als unbedingt erforderlich die Herstellung voraus, daß die in das Netz aufzunehmenden Wasserstraßen systematisch nach einheitlichen Normen ausgebaut, gegen jede Hemmung fortwährend fortgeschritten und für Lawerbetrieb eingerichtet werden. Es ist dringend zu wünschen, daß seitens des deutschen Reiches und der beteiligten Staatsregierungen dieses Ziel, sei es durch eigene Bauausführung, sei es durch Ermuthigung und Unterstützung von Privatbauten, kräftig gefördert werde. Inwiefern deshalb den deutschen Regierungen und insbesondere der preussischen für die gegenwärtig in Aussicht genommenen Neu- und Reparaturbauten an Wasserstraßen dankbare Anerkennung gezollt wird, würde gleichwohl lebhaft begehrt werden müssen, wenn diese Bauten nicht so zur Ausführung gelangen könnten, daß sie nach Lage und Dimensionen dem zu entwerfenden Systeme entsprechen und einen Theil der allmählichen Herstellung desselben zu bilden vermöchten. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, in diesem Sinne sei den betreffenden Reichs- und Landesbehörden und Vertretungen vorstellig zu werden.“

Die Affaire Merton. Die Nachricht, daß Louis Merton sich in London selbst entleibt, wird ihrem ganzen Umfange nach bestätigt, trotz der verhänglichen Erklärung seines Geschäftsführers: ein plötzlicher Schlaganfall habe dem Leben des Principals ein Ende gemacht. Die gerichtliche Liquidation ist bereits angebahnt und man hofft, so wird uns aus Paris gemeldet, bis zum Ultimotermine die verworrenen Engagements-Verhältnisse in irgendwelcher Weise geordnet zu haben. Welche Summe die schuldigen Differenzen ausmachen, läßt sich noch nicht übersehen. Ihre Höhe indeß soll eine ganz colossale sein. Vor Allem ist es die Coullite an der Pariser Börse, welche die schwersten Verluste erleidet, da mit ihr ein großer Theil der Engagements Merton's lieft und man begt rege Besprechungen, daß der Sturz dieses Speculanten Andere nach sich ziehen werde. Das Hausengagement Merton's, ausschließlich in französischer Rente, wird auf 10 Millionen Rente, also 200 Millionen Capital angegeben. Wenn diese Ziffer auch übertrieben sein mag, beweist sie doch, daß die Dimensionen seiner Hausse-Verpflichtungen ganz colossale sein müssen. Sein Engagement in Rente soll mehr als ¹/₂ Mill. Nfl. betragen, doch soll dasselbe zum größten Theile bereits von dem Confortium der letzten türkischen Schatzobligationen-Emission übernommen sein. (B. B. C.)

[Skanska Stencks Actie Bolaget „Kungsgruvan“.] Im Inseratentheil vieler deutscher Blätter erschien im December 1873 der Prospect einer schwedischen Steinbrüchen-Actien-Gesellschaft unter obigem Titel, sowie eine Aufforderung zur Zeichnung von Actien. Der Prospect war datirt aus „Helsingborg im December 1873“ und war unterzeichnet von der Direction der Gesellschaft, den Herren Freiherr B. E. A. Alsterjelm auf Margarethafeld, Vorsitzender, Consul J. W. Volbt, stellvertretender Vorsitzender, Dr. G. F. Carlberg, Gerichtsrath, Consul Ferdinand Volbt und Kaufmann Knut Holmqvist. Nachdem inzwischen schwedische Zeitungen die in jenem Prospecte enthaltenen Angaben als durchaus falsch angegriffen hatten, erklärt jetzt im Stockholmer „Aftonbladet“ vom 16. d. der oben als Vorsitzender der Direction genannte Baron Alsterjelm, unter Datum des 15. Januar: „daß er jenen Prospect weder ausgefertigt, noch unterzeichnet, noch Jemand erlaubt habe, seinen Namen unter den Prospect zu zeichnen, — und könne er selber mit Sicherheit erklären, daß auch die übrigen Namensunterschriften mißbraucht seien.“ In Berlin erklärte die Firma Hirschfeld u. Comp. Unter den Linden 60, Zeichnungen entgegen zu nehmen. Wie die Dinge jetzt liegen, so bemerkt der „B. B. C.“, dürfte sich hier ein eclatantes Beispiel für wissenschaftlich falsche Angaben des Prospectes zeigen, die eher vor ein anderes Forum als das der Presse gehören.

Posen, 20. Januar. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pr. 1000 Kilogramm) fest. Kündigungspreis 64. Gd. — Weizen Januar 64 bez. u. Br., Januar-Februar 64 Br. bez. u. Gd., Februar-März 64 Br. u. Gd., März-April 64 bez. u. Gd., April-Mai 64 bez. u. Gd., Frühjahr 64 bez. u. Gd., Mai-Juni 64 — 64¹/₂ bez. u. Gd., Juni-Juli 64¹/₂ Gd., Juli-August 63 Br. — Spiritus: pro 10,000 Liter % Kündigungspreis 20%. Gef. 10,000 Liter. Januar 20% bez. u. Gd., Februar 20% — 20% bez. u. Gd., März 21% bez. u. Gd., April 21% — 21% bez. u. Gd., April-Mai 21¹/₂ — 21¹/₂ bez. u. Gd., Mai 21% bez. u. Gd., Juni 21% Br. 21% Gd., Juli 21¹/₂ bez. u. Gd., August 22¹/₂ bez. u. Gd. — Vom 1. Juni 1874 ab werden Gebinde à 1 Thlr. 10 Sgr. pr. 100 Liter Rauminhalt berechnet.

Pofener Markt-Bericht. Weizen: beachtet, pro 1050 Kilogramm feiner 87 — 92 Thlr., mittel 82 — 85 Thlr., ordinär und defect 80 — 82 Thlr. — Roggen: begehrt, pro 1000 Kilogramm, feiner 63 — 70 Thlr., mittel 64 — 65 Thlr., ordinär 62 — 63 Thlr. — Gerste: gefragt, pro 925 Kilogramm, feine 58 — 58 Thlr., mittel und ordinär 52 — 54 Thlr. — Hafer: gefragt, pro 625 Kilogramm, feiner 35 — 36 Thlr., mittel und defect 32 — 34 Thlr. — Erbsen: offerirt, pro 125 Kilogramm, Roth = Erbsen 64 — 66 Thlr., Futter = Erbsen 59 — 61 Thlr. — Lupinen: gefragt, pro 125 Kilogramm, gelbe 50 — 55 Thlr., blaue 47 — 50 Thlr. — Wicken: begehrt, pro 125 Kilogramm, 45 — 50 Thlr. — Leinsamen: ohne Umiah, pro 50 Kilogramm, 75 — 85 Thlr. — Delsaaten: feiner, pro 1000 Kilogramm, Raps und Rübsen 75 — 78 Thlr. — Buchweizen: geschäftslos, pro 75 Kilogramm, 50 — 55 Thlr. — Feinste Waare über Notiz. — Weiter: Trübe.

Leipzig, 19. Januar. [Messbericht 8.] Berliner Schawls und Tücher. Wenn in Folge der so milden Jahreszeit hierin kein besonders großer Umsatz erzielt wurde, so fanden dennoch einzelne Artikel nicht unbedeutenden Absatz. Gewaltige Tücher als Belours und Lamas in den schönsten und geschmackvollsten Careaux und neuen Streifen sind jetzt schon für die Frühjahrszeit lebhaft gegangen und erfreuten sich mehrere Fabrikanten bedeutender Debres. Feine Cachemir-Bong-Schawls und Tücher fanden gleichzeitig einen guten Absatz, obgleich die vorhergehenden Preis-

concessionen Manches zu wünschen übrig ließen. Zephyr-Tücher in Nippa-freien waren vielfach gesucht, wogegen graue Schawls mit und ohne angelegten Kanten und Franzen vernachlässigt blieben. Tartan-Schawls in Lama-Geweben waren in schönen Dessins am Plage und fanden gewünschte Anerkennung. Zephyr- und Streidgarn-Schawls wurden bei mehreren Producenten fast gänzlich geräumt. Die getragenen Nippa-Tücher waren in den schönsten Farbenstellungen vertreten, wozu die herrlichen Mäncen in Anilinfarben einen wesentlichen Antheil hatten und einen ausgezeichnet guten und schönen Geschmack betrubeten. Gewirkte Umschlag-Tücher und Long-Schawls waren in neuen Dessins wenig vertreten und die vorhandenen Grossisten, welche anscheinend der Speculation aufs Neue die Hand bieten, haben Bestellungen in außergewöhnlich großen Posten notiren lassen und sind namentlich in letzter Zeit Bestellungen aus dem Orient, aus Nord- und Süd-Amerika, China, Japan, Ost- und Westindien in Berlin eingetroffen. Gleichzeitig müssen wir die Bemerkung hinzufügen, daß zu vorgezeichneten Qualitäten nur die feinsten Wollen verarbeitet werden können und ein fühlbarer Mangel darin, sowohl in Schleischen als Herzogthümer guten Domänen sich kund gibt, wodurch man gern bereit ist, die geforderten Preise zu bewilligen, obgleich das bei uns erzeugte Lodenwoll-Grège-Garn wesentliche Vortheile bietet und wir französischen nicht mehr bedürfen. Die vorhandenen Engros-Käufer waren aus Norwegen, Schweden, Holland, Süddeutschland a. s. w. vertreten und haben ein gutes Geschäft hervorgerufen, welchen Umstand wir freudvoll wahrgenommen haben. Julius Kornick.

Paris, 18. Januar. [Pariser Börsenwoche.] Die Börse hat eine unruhige Woche hinter sich. Die Anstrengungen der Hausiers sind völlig erfolglos geblieben, und die Rente hat merkwürdige Ausschritte gemacht. Wenn man sich von der am ersten Feiertage eingetretenen Lösung der Ministerkrise einen Anstoß zur Besserung versprochen hatte, so stellte sich diese Erwartung schnell als eine Täuschung heraus. Die Börse hat der Ministerkrise gegenüber die größte Gleichgültigkeit bewiesen; in jedem Falle war der Ausgang derselben im Voraus durch eine Haufe von einigen Centimes völlig exspectirt. An den folgenden Tagen drückten die Gerüchte über diplomatische Verwicklungen mit Italien und am Freitag der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ vollends auf die Stimmung. Alle officiellen Documente haben dem Börsenpublikum nicht ausgereicht, daß die Lage nicht günstig ist. Wenn auch Niemand daran glaubt, daß das Cabinet von Versailles es auf einen wahnwitzigen Krieg ankommen lassen könnte, so sieht man doch die Unsicherheit der politischen Zustände, die prälare Stellung der Regierung zur Kammer mit jedem Tage deutlicher, und mit jedem Tage mehren sich die Zeichen der allgemeinen Geschäftslähmung. Geld ist beständig abundant und das Baargeschäft zeigt größere Regelmäßigkeit, als man unter den dargelegten Umständen erwarten konnte, aber auch seine Thätigkeit hat merklich nachgelassen, und die großen Portefeuilles verhalten sich nach wie vor neutral. Unter dem Einfluß dieser Gründe ist die Anleihe von 93, 95 auf 93, 47, die 3proc. von 58, 67 auf 58, 35 zurückgegangen. Italienische Rente, welche natürlich zuerst den Rückschlag der erwähnten Gerüchte empfand, ging von 59, 60 auf 59, 20 zurück. Von den anderen fremden Fonds waren Türkei und Egypten stark geschüttelt. Türkische 5proc. unter 41 gemieden, hob sich aber auf 42, seit man erfahren, daß der türkische Finanzminister eine Reise nach Paris und London unternimmt, woran man einige Hoffnungen für die ottomanischen Finanzen knüpft. Die ägyptischen Fonds litten unter der Auflösung des ägyptischen Synodsatz, befestigten sich jedoch auch zum Schluß ein wenig. Die spanischen Fonds fest; der Fall von Cartagena hat die Äußere auf 19% gebracht. Die meisten Creditwerthe waren vernachlässigt. Banque de France ist um 25 Fr., auf 41, 55 herabgegangen, Banque de Paris auf 1035, der Credit foncier auf 803, Credit Mobilier (zunächst durch die Baiffe der ottomanischen Werthe betroffen) auf 308. Oesterreichischer Bobencredit verlort wieder 25 Fr. (Schlußcours 542). Für französische Eisenbahnen war so gut wie kein Geschäft und sind die Coursveränderungen nicht beträchtlich. Dagegen verloren Oesterreicher, fortwährend stark angeboten, 13 Fr., und fielen auf 740. Lombarden, weniger angeboten, blühten gleichwohl ebenfalls 5 Fr. ein (Schlußcours 363, 75). Saragossa ist auf 253 zurückgegangen.

Thorn, 13. Januar. [Anlegung eines Sicherheitshafens.] Die Vorarbeiten der Handelskammer, Herr Adolph und J. Landeder, haben sich nach Berlin gegeben, um dem Handelsminister eine Druckschrift zu überreichen, in welcher die Nothwendigkeit der Anlage eines Sicherheitshafens bei Thorn dargelegt und die Hilfe der Staatsregierung zum Bau desselben erbeten wird.

Brüssel, 20. Jan. Die Nationalbank fest von morgen ab den Discout von 6 auf 5 pCt. herab.

Savre, 20. Januar. Wollauktion. Die heute abgehaltene Auktion war bei willigen Preisen wenig belebt. Gedrämpelte Buenos-Ayres-Wolle 5 — 10 Centimes niedriger gegen die Preise der November-Auktion. Montevideo-Wollen verkauft. Von den zum Verkauf angebotenen 2856 Ballen wurden 1360 B. verkauft.

[Münz-Tabellen.] Im Verlage von J. Mentel in Potsdam erschienen soeben in doppelter Ausgabe, und zwar in Quart-Format für das Comptoir und in Sedez-Format zum Tragen im Portemonnaie bestimmt, die neuen Münz-Tabellen; dieselben enthalten zuvörderst eine namentliche Zusammenstellung der neuen Münzen, ferner Vergleichs-Tabellen des Wertes der bisherigen Münze zur neuen Reichsmünze, sowie der neuen Reichsmünze zur bisherigen. Diesem schließen sich Regeln zur Erleichterung des Rechnens mit der Reichsmünze und eine Zinsstabelle nach Mart auf 1 Jahr, 1 Monat, 1 Tag bei einem Zinsfaze von 6, 5, 4 à ¹/₂ pCt. für ein Capital bis zu 5000 Mart an. — Die Uebersichtlichkeit dieser Arbeit läßt nichts zu wünschen übrig und kann zur Erleichterung der Umrechnung als höchst empfehlenswerth bezeichnet werden.

Concurs-Eröffnungen.

Ueber das Vermögen: 1) des Tuchfabrikanten Heinrich Wagner zu Forst. Tag der Zahlungs-Einstellung 15. Januar 1874. Einsteigeriger Verwalter der Masse Kaufmann Otto Haupt jr. zu Forst. Erster Termin 3. Febr. — 2) Des Uhrmachers Herrmann Schwick zu Spremberg. Zahlungs-Einstellung 24. October 1873. Einsteigeriger Verwalter Kaufmann Julius Werner daselbst. Erster Termin 28. Januar. 3) Des Weismaarenfabrikanten, Webers und Handelsmannes Ernst Hermann Hütel zu Auerbach, Erster Termin 24. Februar.

Ausweise.

Wien, 21. Januar. [Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.]	
Notenumlauf	349,283,130 Fl., Abn. 6,547,670 Fl.
Metallschatz	144,353,022 Fl., Zun. 80,000 Fl.
Zu Metall zahlbare Wechsel	4,403,108 Fl., Zun. 114,450 Fl.
Staatsnoten, welche der Bank gehören	1,435,562 Fl., Zun. 444,875 Fl.
Wechsel	171,479,754 Fl., Abn. 6,289,120 Fl.
Lombarden	54,039,200 Fl., Abn. 783,200 Fl.
Eingelöste und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe	4,627,000 Fl., Zun. 54,134 Fl.

Eisenbahnen und Telegraphen.

[Leoben-Nordoberberger Eisenbahn.] Der Concurss der Leoben-Nordoberberger Eisenbahn-Gesellschaft dürfte, wie aus Graz gemeldet wird, mit einem Ausgange endigen. Die Verhandlungen werden unter der Ägide der Südbahn geführt. Der Grund der Zahlungsstockung liegt darin, daß die steierische Creditbank nicht mehr in der Lage war, den der Gesellschaft früher eröffneten Credit weiter zu gewähren und die Creditanstalt Wechsel in der Höhe von 80,000 Fl. nicht prolongiren wollte.

Wien, 20. Januar. [Mährisch-Schlesische Centralbahn.] Der Finanzminister hat das Uebereinkommen zwischen der Unionbank und dem Verwaltungsrathe der Mährisch-Schlesischen Centralbahn genehmigt. Die Kundmachung wegen Einlösung des Prioritäten-Coupons wird sofort erfolgen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Berlin, 21. Januar. Das Abgeordnetenhaus erledigte die erste Lesung des Gesekentwurfs über die Vereinigung des Oberappellgerichts und des Obergerichts und beschloß die demnächstige zweite Lesung in Plenum. Der Antrag Friedenthal auf Einführung der Kreisordnung in Posen wird, nachdem der Minister des Innern zur Theilnahme an der commissarischen Berathung der Vorlage sich bereit erklärt, an eine aus 21 Mitgliedern bestehende Commission verwiesen. Der von der Agrarcommission empfohlene Antrag Miquel's

betreffs Bildung kleiner bäuerlicher Besitzungen aus Domänengrundstücken wird angenommen. Der Antrag von Staz auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Franzen vor dem Appellgericht zu Hamm wird genehmigt. Nächste Sitzung Freitag.

Berlin, 21. Januar. Der „Reichsanz.“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 20. Januar, welche den Deutschen Reichstag für den 5. Februar nach Berlin einberuft.

Eberfeld, 21. Jan. Hoffmann von Fallersleben ist in Corvey gestorben.

Strasburg, 21. Januar. Die Cäsarische Partei stellt anstatt Bergmann den Advocat und Bezirksrath Ferdinand Schneegans als neuen Candidaten auf, veranlaßt durch das Bündniß der französischen Partei mit den Ultramontanen, worin sie eine Gefahr für das Land erblickt. Das deutsche Wahlcomité stellte wahrscheinlich ebenfalls Schneegans auf.

Karlsruhe, 21. Januar. Die Abgeordnetenkammer nahm nach zweitägigen Verhandlungen das Ergänzungsgesetz zum Kirchengesetz an. Dasselbe fordert für die Bekleidung eines Kirchenamtes und Ausübung der kirchlichen Functionen die Ablegung einer Staatsprüfung, enthält Bestimmungen über die Schließung der Convicte für Knaben und Studierende, über die Sicherung des Wahlrechts, und gegen kirchliche Beeinflussung der Geseze. Auch sind Strafbestimmungen beigefügt, welche seine Ausföhrung sichern; darnach kann gegen einen Geistlichen nach zweimaliger Berufung desselben durch gemeinsamen Auspruch des Staatsministeriums und eines Dreirichtercollegiums auf Amtsentsetzung erkannt werden.

Wien, 21. Januar. Abgeordnetenhans. Die Regierung bringt das Contingentgesetz für 1874 und das Gesetz wegen Aufhebung der Infratiensteuer ein. Die neueingetretenen Deputirten der Czechen Mährens leisten das Gelöbniß. Hierauf erklärt Prazach Namens derselben: ihr Eintritt in den Reichsrath, dessen legale Grundlage sie nicht anerkennen, erfolgte nur behufs endlicher Verkündung, sie können also, wenn die Aussicht auf Verständigung unerfüllt bleibt, der weiteren politischen Haltung nicht präjudiciren. Der Präsident erklärt die Discussion des Verfassungsrechtsbestandes und der Legalität des Reichsraths für unzulässig. Ropy beantragt die Niederlegung eines Ausschusses für die Kirchengesetzesvorlagen.

Wien, 21. Januar. Ueber den Inhalt der in der heutigen Reichsrathssitzung vorgelegten confessionellen Vorlagen verlautet: Der erste Gesetzentwurf hebt formell das Concordat auf und behandelt die Befegung der Kirchenämter und Pfründen. Jede Befegung muß der Staatsbehörde angezeigt und kann eventuell inhibirt werden. Die Bischöfe sind verpflichtet ihre Erlasse gleichzeitig mit der Publikation der Staatsbehörde mitzutheilen. Wenn kirchliche Anordnungen, den Gottesdienste betreffend, den öffentlichen Rücksichten widersprechen, können sie untersagt werden. Gleichzeitig wird die staatliche Ingerenz auf die Verwaltung des Kirchenvermögens geregelt. Der zweite Gesetzentwurf betrifft die Rechtsverhältnisse der Klosterengenschaften. Zur Errichtung oder Ansiedlung ist die Staatsgenehmigung erforderlich und muß die Vorlage der Statuten erfolgen. Der Gesetzentwurf bestimmt die Fälle der Nichtgenehmigung und die Entziehung der Bewilligungen oder die Aufhebung der kirchlichen Corporation; wenn ein Mitglied der Corporation vor der politischen Behörde seinen Austritt erklärt, so ist dasselbe staatlicher Seite als ausgeschieden anzusehen. Die Corporationsvorstände haben jährlich der Staatsbehörde die Mitglieder-Verzeichnisse zu überreichen und die vorgekommenen Disciplinarstrafen anzugeben. Stiftungen, Schenkungen und Legate zu Gunsten kirchlicher Corporationen bedürfen der Staatsgenehmigung. Eine behördliche Visitation kann bei dem Verdacht gefehrwidriger Vorgänge erfolgen. Zur Niederlassung auswärtiger kirchlicher Corporationen oder die Erwerbung inländischer Grundbesitzes ist die Staatsgenehmigung erforderlich. Der dritte Gesetzentwurf regelt die Beiträge des Pfründenvermögens zum Religionsfonds behufs der Deckung der Bedürfnisse des katholischen Cultus. Der Beitrag zum Religionsfonds dient auch zur Verbesserung des Einkommens der Seelsorger, der Geistlichkeit und zur Deckung des bisher von den Staatsfinanzen bestrittenen Aufwandes. Der vierte Gesetzentwurf enthält Bestimmungen über die Anerkennung der noch nicht anerkannten Religions-Gesellschaften. Die Anerkennung erfolgt, wenn die Religionslehre, der Gottesdienst und die Verfassung nichts gefehrwidriges und sittlich Anstößiges enthält, wenn sie eine Benennung führt, die keine Verletzung der Andersgläubigen involvirt. Die anderen Bestimmungen sind analog den Bestimmungen über die bereits anerkannten kirchlichen Corporationen.

Petersburg, 20. Jan. (Verspätet.) Gestern Nachmittag trafen der Kronprinz und die Kronprinzessin von Deutschland hier ein und wurden vom Kaiser und den englischen Prinzen am Bahnhofe empfangen.

gen, wo eine Ehrenwache des Preobraschenski'schen Regiments aufgestellt war.

Petersburg, 20. Jan. Heute hat das feierliche Leichenbegängniß des General-Feldmarschalls Grafen Berg stattgefunden.

Washington, 20. Jan. Das Finanzcomité empfiehlt die Beschränkung des Papiergeldumlaufes auf 400 Millionen und genehmigt die neue Emission von Reservenoten.

Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung.

Posen, 21. Januar. Unter den Polen herrscht eine allgemeine Spaltung. Die Liberalen machen den Ultramontanen den Vorwurf, daß sie aus Polen eine tabula rasa gemacht haben. Die Bildung eines liberalen Polenclubs und der Kampf gegen die Geistlichkeit unter energischer Führung steht nahe bevor.

[Militär-Wochenblatt.] v. Waldaw, Sec.-Lt. vom 1. Niederöschl. Inf.-Regt. Nr. 46, in das 5. Brandenb. Inf.-Regt. Nr. 48 versetzt. Hoffmann, Canzleirath, Intendantur-Registrator von der Intendantur 6. Armee-Corps, bei seiner Verlegung in den Ruhestand der Charakter als Geheimer Canzleirath verliehen. Kund, nicht etatsm. Intendantur-Assistent vom 6. Armee-Corps, zum etatsm. Intendantur-Arzt ernannt. Hoffmann, Canzleirath, Intendantur-Registrator vom 6. Armee-Corps, auf sein Ansuchen mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Telegraphische Witterungsberichte vom 21. Januar.

Ort	Var. Lin.	Therm. Reaum.	Abweich. vom Mittel.	Windrichtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
Auswärtige Stationen:					
8 Haparanda	332,6	—	13,4	W. mäßig.	heiter.
8 Petersburg	331,7	—	—	W. schwach.	bewölkt.
8 Riga	—	—	—	—	—
8 Moskau	327,6	—	—	SW. mäßig.	bedeckt.
8 Stockholm	330,1	—	—	D. stille.	Nebel.
8 St. Petersburg	—	—	—	—	—
8 Grönungen	337,4	—	—	S. stille.	bewölkt.
8 Helder	334,7	4,5	—	SW. u. S. mäßig.	—
8 Hernösand	331,9	—	—	NW. schwach.	bewölkt.
8 Christianab.	—	—	—	—	—
8 Paris	—	—	—	—	—
Preussische Stationen:					
Morg.					
6 Memel	332,5	4,6	7,0	W. mäßig.	bedeckt.
7 Königsberg	333,3	5,3	7,8	SW. stark.	bedeckt.
6 Danzig	333,9	6,7	7,9	—	bedeckt.
7 Götlin	334,3	6,0	7,5	W. mäßig.	bedeckt.
6 Stettin	335,2	6,6	7,8	W. stark.	bedeckt.
6 Buttlus	332,9	6,3	7,1	NW. stark.	bewölkt, Regen.
6 Berlin	335,5	6,8	7,5	S. schwach.	trübe, Regen.
6 Posen	332,3	6,3	8,2	W. mäßig.	bedeckt.
6 Ratibor	—	—	—	—	—
6 Breslau	332,1	4,7	6,4	W. schwach.	trübe.
6 Lorgau	334,3	4,9	5,8	W. lebhaft.	Regen.
6 Münster	332,4	6,9	5,7	SW. schwach.	trübe.
6 Köln	337,1	6,0	5,0	W. mäßig.	zieml. heiter.
6 Rrier	333,5	7,2	7,7	SW. mäßig.	trübe.
7 Hensburg	332,5	4,8	—	W. lebhaft.	heiter.
6 Wiesbaden	334,3	7,8	—	SW. mäßig.	bedeckt.

Telegraphische Course und Börsenachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)
Paris, 21. Januar. Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] (Orig.-Dep. d. Bresl. Ztg.) 3pt. Rente 58, 25. Neuzeit 5pt. Anleihe 1872 93, 25. do. 1871 93, 25. Italien. 5pt. Rente 59, 45. do. Tabaks-Actien —. Oesterreichische Staats-Eisenb.-Actien 745, —. Neue do. —. do. Nordwestbahn —. Lombardische Eisenbahn-Actien 361, 25. do. Prioritäten 249, —. Türken de 1865 41, 92. do. de 1869 277, 50. Türkenloose 106, —. Rubig.
Berlin, 21. Januar, 11 Uhr 55 Min. [Anfangs-Course.] Credit-actien 142 1/2. Staatsbahn 197 1/2. Lombarden 95 1/2. Italiener 59. Türken 41 1/2. 1860er Loose 94 1/2. Amerikaner 97. Rumänen 39. Mindener Loose 94 1/2. Galzler 101. Silberrente 65 1/2. Papierrente 61. Dortmund 81 1/2. Discontocom. —. Provinzialdisc. —. Fests, animirt.
Berlin, 21. Januar, 12 Uhr 20 Min. [Anfangs-Course.] Credit-actien 142 1/2. 1860er Loose 94 1/2. Staatsbahn 197 1/2. Lombarden 95. Italiener 59. Amerikaner 97. Rumänen 39 1/2. — Fests. Weizen: Januar 86 1/2. April-Mai 87 1/2. Roggen: Januar 62 1/2. April-Mai 63 1/2. Rüböl: Januar 19 1/2. April-Mai 20 1/2. Spiritus: Januar 21, 12. April-Mai 21, 12.
Berlin, 21. Januar. [Schluß-Course.] Fests.
Erste Depesche, 2 Uhr 20 Min.

Cours vom 21.	20.	Cours vom 21.	20.
Desterr. Credit-Actien	142	Bresl. Maffler-V. B.	90 1/2
Desterr. Staatsbahn	197 1/2	Laurahütte	172
Lombarden	95	Ob. S. Eisenbahnbed.	89
Schlef. Bankverein	115	Wien kurz	88 1/2
Bresl. Discontobank	78 1/2	Wien 2 Monat	87 1/2
Schlef. Vereinsbank	91 1/2	Warschau 8 Tage	91 1/2
Bresl. Wechselbank	66 1/2	Desterr. Noten	88 1/2
do. Prob.-Wechslerb.	67	Ruß. Noten	91 1/2
do. Walfertbank	63		

Zweite Depesche, 3 Uhr 5 Min.

4 1/2 proc. preuß. Anl.	102 1/2	102 1/2	Röln-Mindener	189 1/2	189 1/2
3 1/2 proc. Staatsschuld.	92	92	Galzler	101 1/2	101
Bojener Pfandbriefe	91 1/2	91 1/2	Ostdeutsche Bank	69 1/2	68
Desterr. Silberrente	65 1/2	65 1/2	Disconto-Commandit.	169 1/2	169 1/2
Desterr. Papier-Rente	61 1/2	60 1/2	Darmstädter Credit	155 1/2	155 1/2
Türk. 5 % 1865er Anl.	41 1/2	41 1/2	Dortmunder Union	81 1/2	81 1/2
Italienische Anleihe	59 1/2	58 1/2	Kramsta	96 1/2	95 1/2
Poln. Liquid.-Pfandbr.	67 1/2	67 1/2	London lang	—	6, 20 1/2
Rumän. Eisen-Oblig.	38 1/2	38 1/2	Paris kurz	—	80
Oberöschl. Litt. A.	168 1/2	168 1/2	Morishütte	60	60
Breslau-Freiburg	102 1/2	102 1/2	Waggonfabrik Linke	59 1/2	59 1/2
R.-Dd.-Ufer-St.-Actien	120 1/2	120 1/2	Doppelner Cement	59 1/2	61 1/2
R.-Dd.-Ufer-St.-Prior.	120	121	Ber. Br. Delfabriken	69 1/2	69 1/2
Berlin-Cörlitzer	98	97 1/2	Schlef. Centralbank	—	—
Bergisch-Märkische	99 1/2	99			

Fests, animirt. Durch Gewinnrealisirungen schließlich nur unbedeutend abgeschwächt. Intern. Speculationsmerthe, Bahnen höher. Anlagewerthe sehr gesucht. Rumänier bedeutendes Geschäft.

Wien, 21. Januar. [Schluß-Course.] Schluß auf Realisirungen schwächer.

21.	20.	21.	20.		
Rente	69, 60	65	Staats-Eisenbahn-Actien-Certificate	336, 50	335, —
National-Anlehen	74, 70	74, 75	Lomb. Eisenbahn	163, 50	163, —
1860er Loose	108, —	106, —	—	113, 60	113, 75
1864er Loose	140, 50	139, —	Galzler	229, 50	228, 50
Credit-Actien	241, 75	241, —	Unionbank	130, —	127, —
Nordwestbahn	195, 50	196, 50	Rassenscheine	170, 25	170, 5
Nordbahn	209, —	208, 75	Napoleonsdor	9, 05	9, 07 1/2
Anglo	152, 50	153, —	Woden-Credit	115, —	—
Franco	43, 60	40, 75			

Paris, 21. Januar. [Anfangs-Course.] 3proc. Rente 58, 35. Anleihe 1872 93, 35, do. 1871 93, 32, Italiener 59, 50, Staatsbahn 745, —. Lombarden 362, 50.

London, 21. Januar. [Anfangs-Course.] Consols 92, 05. Italiener 59. Lombarden 14 1/2. Amerikaner 105 1/2. Türken 41 1/2. — Wetter: sehr schön.

London, 21. Januar. Nachmittags 4 Uhr. (Orig.-Dep. d. Bresl. Ztg.) Consols 92, 30. Ital. Rente 58 1/2. Lombarden 14 1/2. 5 % Russen de 1862 97 1/2. do. 5 % de 1864 97 1/2. Silber 59 1/2. Türkische Anleihe de 1865 41, 09. 6 % Türken de 1869 53 1/2. 6 % Verein. Staaten pro 1882 105 1/2. Berlin —. Hamburg 3 M. —. Frankfurt a. M. —. Wien —. Paris —. Petersburg —. Silberrente 65. Papierrente 61 1/2. Wabdiscont. —. Bankeinablung 95,000 Pfd. Stl.

Newyork, 20. Januar. Abends 6 Uhr. (Schluß-Course.) Höchste Notirung des Goldagio —, niedrige —. Goldagio 11 1/2. Wechsel auf London in Gold 4, 83 1/2. do. Bonds de 1885 117. do. 5 % fundirte Anleihe 112 1/2. do. Bonds de 1887 117 1/2. Erie-Bahn 49 1/2. Baumwolle in Newyork 16 1/2. Baumwolle in New-Orleans 16. Raff. Petroleum in Newyork 13 1/2. Raff. Petroleum in Philadelphia 13 1/2. Mehl 7, 10. Rother Frühjahrsweizen 1, 67. Caffee Rio 26. Sabanna-Bucker 8. Getreidefracht 12 1/2.

Berlin, 21. Januar. [Schluß-Bericht.] Weizen flau, Januar 85 1/2, April-Mai 87 1/2, Mai-Juni 87. Roggen flau, Januar 62, April-Mai 63 1/2, Mai-Juni 63 1/2. Rüböl matt, Januar 19 1/2, April-Mai 20 1/2, Mai-Juni 20 1/2. Spiritus flau, Januar 21, 03, April-Mai 21, 20, Juni-Juli 22, 05. Hafer: Januar —, April-Mai 57 1/2.

Röln, 21. Januar. [Schluß-Bericht.] Weizen mattr, März 9, 9 1/2, Mai 9, 9. Roggen stiller, März 6, 17, Mai 6, 18. — Rüböl behauptet, loco 10 1/2, Mai 10 1/2. Wetter: —

Hamburg, 21. Januar. [Schluß-Bericht.] Weizen: Matt, per Januar 244, April-Mai 264. — Roggen: Still, per Januar 194, April-Mai 193. Rüböl: Geschäftlos, loco 62 1/2, Mai 64. Wetter: —

Paris, 21. Januar. [Getreidemarkt.] Rüböl: Januar 83, 50, Mai-Aug. 86, 50, Sept.-December 89, 75. Rubig. Mehl: Jan. 84, 75. März-April 85, —, Mai-Juni 85, —. Weichend. Spiritus: Januar 67, 50. Rubig Weizen: Januar 38, 25, März-Juni 38, 75. Rubig. — Wetter: Bedeckt.

London, 21. Januar. [Getreide-Eröffnung.] Fests, rubig. Fremde Zufuhren: Weizen 9220, Gerste 7660, Hafer 26,930 Dtrrs. — Wetter: —
London, 21. Januar. [Getreidemarkt.] (Schluß.) Fests, schleppend Fremder Weizen weicheude Tendenz.

Stettin, 21. Januar. (Orig.-Dep. d. Bresl. S.-Bl.) Weizen: Matt, per Januar —, Frühjahr 86 1/2. Roggen, per Januar 61 1/2, Frühjahr 61 1/2, Mai-Juni 61 1/2. Rüböl per Januar 18 1/2, Frühjahr 19 1/2, Herbst 20 1/2. Spiritus matt per loco 20 1/2, Januar-Februar 20 1/2, Frühjahr 21 1/2, Mai-Juni 21 1/2. Petroleum per Januar 14 1/2. Rüben Januar —

Französische Mühlensteine.

Meine auf der Wiener Welt-Ausstellung prämiirten 1 paar französischen Mühlensteine von 4' stehen für Interessenten in meiner Fabrik kurze Zeit zur Ansicht aus. Gleichzeitig empfehle einer geneigten Beachtung meine allseitig anerkannt vorzüglichen Fabrikate englischer Gußstahl-Picken, Mehl-, Cement- und Knochen-Mühlensteine zu verhältnißmäßig billigsten Preisen, sowie mein Haupt-Depot Schweizer feidener Mäuler-Gaze unter Zusicherung reellster Bedienung. [1449]

Breslau, Matthiasstraße Nr. 17.
Julius Scholz.

Rohlen-Auction.

Morgen Vorm. 9 Uhr werden am 2. Windboden des Oberthorbahnhofes 45 Tonnen Würfelkohle gegen sofortige Bezahlung meistbietend verkauft. Breslau, den 22. Januar 1874. [890]
Güter-Expedition der Rechte-Ober-Ufer-Bahn.
Negro.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich ein [871]
Rauchwaaren-, Fell- u. Produkten-Geschäft
unter der Firma:

M. Schwersenski

für meine eigene Rechnung und ersehe ergebenst, das mir während meines Wirkens im Geschäft meines Vaters, bisher bewiesene Vertrauen mir auch fernerhin zuwenden zu wollen.
Breslau, 20. Januar 1874.

Max Schwersenski.
Lager: Antonienstraße 10. Comptoir: Antonienstraße 34.

Kroetzsch & Kalinke,
Breslau, Friedrich-Carlstraße Nr. 10,
empfehlen: [1638]

Englische glasirte Thonröhren
von G. Jennings London.

als Alleinverkäufer dieses anerkannt besten englischen Fabrikats. Alle anderweitig offerirten englischen Röhren sind keine Jennings'schen und von viel geringerer leicht zerbrechender Masse.
Ferner: glasirte Thonröhren aus den besten deutschen Fabriken, feinste Porzellan- und Bequß-Defen, Bau-Ornamente, Figuren, Vasen, Fußbodenbelege, namentlich Solenhofener Platten, Stettiner Portland-Cement und Hirschberger dto. dto.

ferner: beste Zeolith-Dachpappen zu den billigsten Preisen.

Bergwerks-Ausbeutung.

Den Herren Besitzern von Bergwerken kann jederzeit ein Commanditär mit den nöthigem unbeschränkten Betriebs- wie Anlage-Capital nachgewiesen werden durch [1610]

R. Sporleder in Görlitz.

Emil Pallecke
liest im Musiksaal der Universität Donnerstag, 22. Januar: Enoch Arden von Tennyson, dazu Fritz Reuter'sche Dichtungen. — Billets à 15 Sgr., für Schüler und Schülerinnen à 7 1/2 Sgr.; bei Julius Hainauer, Schweidnitzerstr. 52. Kassenpreis 20 Sgr. Anfang 7 Uhr. [1575]

Heinrich Lesser,
Antiquariat und Buchhandlung,
Breslau, Elisabethstraße Nr. 1.
Das soeben erschienene 6. Verzeichniß meines antiquarischen Bücherlagers: [1623]
Rechts- und Staatswissenschaft,
steht auf Verlangen gratis und franco zu Diensten.

Bekanntmachung.

Herren **Breiter & Krajewski** in Breslau haben wir unsere General-Agentur für die Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz übertragen. [239]

Posen, im Januar 1874.
„Vesta“ Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.

Der General-Director.
Dr. Rejewski.

Im Anschluß an obige Bekanntmachung erklären wir uns zu jeder gewünschten Auskunft über die „Vesta“ Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit, sowie ihre Einrichtungen jederzeit bereit und empfehlen uns zum Abschluß von Lebensversicherungen aller Art, welche die Vesta wegen ihrer verbesserten Einrichtungen (Verbindung der Altersrentenversicherung mit der Capitalversicherung) unter den günstigsten Bedingungen gewährt. Auch nehmen wir Bewerbungen um Agenturen der Vesta jederzeit entgegen.

Breiter & Krajewski in Breslau,
Neue-Gasse Nr. 16,

General-Agenten der „Vesta“ Lebensversicherungs-Bank auf Gegenseitigkeit zu Posen.

Die Verlobung unserer Tochter Bertha mit dem Brautvater und Gasthofbesitzer Herrn Carl Kuntze in Breslau, welche wir uns hiermit ergebenst anzeigen. Breslau, den 19. Jan. 1874. F. Grubbe und Frau.

Meine Verlobung mit Frau Emma Grubbe, Tochter des früheren Gutsbesizers Herrn F. Grubbe in Breslau, welche ich mich ergebenst anzeigen. Breslau, den 19. Jan. 1874. Carl Kuntze.

Die Verlobung meiner einzigen Tochter Emma mit dem Kaufmann Herrn Robert Kohl hier selbst beehre ich mich Verwandten und Freunden mit besonderer Meldung hiermit ergebenst anzuzeigen. [1633] Dblau, den 20. Januar 1874. Verlobungsbegleiter Schwärzer.

Unsere am heutigen Tage vollzogene eheliche Verbindung beehren wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen. [349] Herrmann Menzel, Besitzer des Hotel de Prusse, Stille Menzel, geb. Schröder, Warendorn, den 19. Januar 1874.

Heute wurden wir durch die Geburt eines recht munteren Knaben hoch erfreut. [1881] Myslowitz, 21. Januar 1874. Emanuel Bentscher, Bertha Bentscher, geb. Lustig.

Meine liebe Frau Fanni, geborene Fröhlich, beehre ich mich heute wieder mit einem Töchterchen. [350] Königsbütte, den 21. Januar 1874. Elias Grawald.

Die Verlobung unserer Tochter Bertha mit dem Brautvater und Gasthofbesitzer Herrn Carl Kuntze in Breslau, welche wir uns hiermit ergebenst anzeigen. Breslau, den 19. Jan. 1874. F. Grubbe und Frau.

Die Verlobung meiner einzigen Tochter Emma mit dem Kaufmann Herrn Robert Kohl hier selbst beehre ich mich Verwandten und Freunden mit besonderer Meldung hiermit ergebenst anzuzeigen. [1633] Dblau, den 20. Januar 1874. Verlobungsbegleiter Schwärzer.

Geburten. Ein Sohn: D. Hauptm. Gen. J. v. B. — Eine Tochter: D. Pastor Hr. Wernicke in Falkenberg. [1632] Todesfälle: Hauptmann a. D. Dr. Richard in Berlin. Hr. Landrath Greulich in Birbaum. Oberst j. D. Hr. J. v. Falke in Gallestein in Süßienwalde.

Stad-Theater. Donnerstag, den 22. Januar. Aschenbrödel, oder: Der gläserne Pantoffel. [1632] Lob-Theater. Donnerstag, den 22. Jan. (Anfang 7 Uhr). Erinnerungsfest an Verfallung 145jährigen Geburtsfest. [1632] Paul Scholtz's Brauerei. Heute: Sinfonie-Concert. [1632]

Stad-Theater. Donnerstag, den 22. Januar. Aschenbrödel, oder: Der gläserne Pantoffel. [1632] Lob-Theater. Donnerstag, den 22. Jan. (Anfang 7 Uhr). Erinnerungsfest an Verfallung 145jährigen Geburtsfest. [1632] Paul Scholtz's Brauerei. Heute: Sinfonie-Concert. [1632]

Stad-Theater. Donnerstag, den 22. Januar. Aschenbrödel, oder: Der gläserne Pantoffel. [1632] Lob-Theater. Donnerstag, den 22. Jan. (Anfang 7 Uhr). Erinnerungsfest an Verfallung 145jährigen Geburtsfest. [1632] Paul Scholtz's Brauerei. Heute: Sinfonie-Concert. [1632]

Stad-Theater. Donnerstag, den 22. Januar. Aschenbrödel, oder: Der gläserne Pantoffel. [1632] Lob-Theater. Donnerstag, den 22. Jan. (Anfang 7 Uhr). Erinnerungsfest an Verfallung 145jährigen Geburtsfest. [1632] Paul Scholtz's Brauerei. Heute: Sinfonie-Concert. [1632]

Stad-Theater. Donnerstag, den 22. Januar. Aschenbrödel, oder: Der gläserne Pantoffel. [1632] Lob-Theater. Donnerstag, den 22. Jan. (Anfang 7 Uhr). Erinnerungsfest an Verfallung 145jährigen Geburtsfest. [1632] Paul Scholtz's Brauerei. Heute: Sinfonie-Concert. [1632]

Stad-Theater. Donnerstag, den 22. Januar. Aschenbrödel, oder: Der gläserne Pantoffel. [1632] Lob-Theater. Donnerstag, den 22. Jan. (Anfang 7 Uhr). Erinnerungsfest an Verfallung 145jährigen Geburtsfest. [1632] Paul Scholtz's Brauerei. Heute: Sinfonie-Concert. [1632]

Stad-Theater. Donnerstag, den 22. Januar. Aschenbrödel, oder: Der gläserne Pantoffel. [1632] Lob-Theater. Donnerstag, den 22. Jan. (Anfang 7 Uhr). Erinnerungsfest an Verfallung 145jährigen Geburtsfest. [1632] Paul Scholtz's Brauerei. Heute: Sinfonie-Concert. [1632]

Springer's Concert-Saal. Heute: 2. Abonnement-Concert der früheren Theater-Kapelle. Sinfonie Triumphe von Ulrich. [1632]

Zeit-Garten. Heute: Großes Concert unter Leitung des Musikdirectors Herrn A. Kuschel. Im Saal: Großes Concert der Leipziger Quartett- und Couplet-Sänger. [1632]

Paul Scholtz's Brauerei. Heute: Sinfonie-Concert. Zur Aufführung kommt u. A.: Overture zum Sommernachtsstraum von Mendelssohn. [1632]

Sonntag, d. 25. Januar. Neue Börse. Einziges Concert von Professor Josef Joachim und Heinrich Barth. [1632]

Die Ullmann-Concerte können in diesem Jahre nicht stattfinden, weil Mme. Trebelli am 1. Februar in London ein-treffen muss. [1641] Max Cohn & Weigert, Zwingerplatz.

Conférences littéraires. Je donnerai, à partir de Samedi, 24 Janvier, pour continuer le même jour des trois semaines suivantes, à 6 heures, dans la Salle de musique de l'Université Royale, 4 conférences sur Lamartine. [1632]

Trewendt & Granier's Buch- und Kunst-Handlung, Albrechtsstr. 37. Das Ganze der Karten-Spiele, oder gründliche Anweisung, 72 deutsche, französische und englische Kartenspiele. [1632]

Victoria-Keller. Weinhandlung. Damen-Bedienung. [1632]

Märkisch-Schlesische Maschinenbau- und Wäulen-Actien-Gesellschaft. Emission von Thlr. 500,000. 6% Prioritäts-Obligationen. [1632]

Subscriptions-Bedingungen: 1) Die Zeichnung geschieht am Pari-Course vom 20. Januar bis zum 1. Februar d. J. in Berlin bei der Direction, Chausseestraße 3/4, mittelst einer schriftlichen Erklärung, welche Namen, Stand, Wohnort des Zeichners, Datum und Betrag der gezeichneten Summe enthalten muss. [1632]

Der Verwaltungsrath. Die Direction. [1632]

J. W. Myers American Circus. Heute Donnerstag, 22. Jan. Große Vorstellung. Auftreten der Familie Merkel in ihren großartigen Leistungen. [1632]

Cinderella, Aschenbrödel, oder Der kleine Glaspantoffel. Große Rauber-Pantomime in 3 Bildern. [1632]

Doppelte hohe Schule. geritten von Frau Directorin J. W. Myers und Mr. Nyegaard. [1632]

Großer Komiker-Concert. geritten von den Komikern Mr. Böns, Mr. Kaffin, Mr. Percy Stansbury und Mr. Charlton. [1632]

Aschenbrödel. Große Rauber-Pantomime in 3 Bildern. J. W. Myers, Director. [1632]

Nach Meran. Ein lebender junger Mann sucht einen Leidensgefährten, um gemeinschaftlich zur Kur nach Meran zu reisen. [1642] Näheres Dblauerstraße 80 bei M. Caro.

Für Wasserkräftbesitzer. 2 H. Pensionärinnen finden liebevolle Aufnahme und Erhaltung bei einer gepr. Lehrerin (a. D.). Näheres durch Fr. Doering, Klosterstr. 1c. [1642]

Für ein leistungsfähiges Königsberger Getreidehaus werden in Schlesien, Thüringen, Hannover, Rheinlande und Westphalen, sowie im Königreich als in der Provinz Sachsen wirklich thätige Agenten gesucht. [1642]

Eine Weinhandlung in Mainz sucht Agenten. Vollständige Bekanntschaft mit der Branche, sehr Kundhaft, gute Reisen durchaus erforderlich. [1619]

Fertige Damen-Kleider und Ball-Roben. in Mull, Gaze, Zartlan, elegante seidene Nips, Roben, Costüms Haus- und Morgen-Abde, Garnituren, Schärpen, Schleifen empfiehlt zu billigen Preisen. [1627]

A. Berger, Cigarren-Fabrik. Für eine leistungsfähige Hamburger Cigarren-Fabrik wird gegen gute Provision ein tüchtiger Vertreter gesucht, der die Provinz Schlesien regelmäßig bereist. [1628]

Für Capitalisten. Der Besitzer einer Landpantothek nebst lebhaftem Fabrikgeschäft beabsichtigt eine Anzahl kleinerer auf seinem Grundstück eingetragener Hypotheken in eine erste Hypothek von 10-12,000 Thlr. umzuwandeln. [1061]

In hiesigen jüd. Gemeinde-Local werde ich unter Aufsicht des Rabbiners Herrn Dr. Frankel Maggess laden. Answärtige Befehle werden bis zum 4. März d. J. entgegen genommen. [1618]

Einige Erfindungen von ungeheurer Wichtigkeit ist gemacht. Dr. Waterion in London hat einen Haarballam erfunden, der das Ausfallen der Haare sofort stillt; er besördert den Haarwuchs auf ungläubliche Weise und erzeugt auf ganz kalten Stellen neues volles Haar. [1645]

Geschlechtskrankheiten, Syphilis, weissen Fluß, Hautausschl. und Flechten heilt ohne Quecksilber gründlich und in kürzester Zeit. [1632]

Spez. Arzt Dr. Meyer in Berlin heilt brieflich Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheiten selbst in den hartnäckigsten Fällen gründlich und schnell. [1632]

H. Aufrichtig jun., Meins unverfälschte Lindenblöhe ist nur zu haben bei [1613] H. Aufrichtig jun., Meinsstraße 42.

Bekanntmachung [96] In dem Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Joseph Türkheimer hier, Vorwerkstraße Nr. 46, ist der Kaufmann Gustav Friederich zum endgiltigen Verwalter der Masse ernannt und zur Anmeldung der Forderungen der Concursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum 16. Februar 1874 einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein, oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 18. December 1873 bis zum 16. Februar 1874 angemeldeten Forderungen ist auf den 11. März 1874, Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissar Stadt-Gerichts-Rath von Bergen im Terminszimmer Nr. 47 im 2. Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Zum Erscheinen in diesem Termine werden die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amts-Bezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Wien er und Loewe zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Breslau, den 6. Januar 1874. Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung [97] In dem Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Kleiderhändlers Gustav Stark jun. hier selbst ist zur Anmeldung der Forderungen der Concursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum 20. Februar 1874 einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein, oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 31. December 1873 bis zum 20. Februar 1874 angemeldeten Forderungen ist auf den 13. März 1874, Vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Commissar Stadt-Gerichts-Rath von Bergen im Terminszimmer Nr. 47 im 2. Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Zum Erscheinen in diesem Termine werden die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden der Rechts-Anwalt Lutz und die Justiz-Räthe Kapuyisch, Lent und Salzmann zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Breslau, den 16. Januar 1874. Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung [98] Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Michael Seifig in Firma: Heinrich Michael Seifig hier selbst ist beendet.

Breslau, den 17. Januar 1874. Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung [99] Die Subhaftation des Grundstücks Nr. 7 Seminarsgasse ist aufgehoben, die Termine zur Versteigerung auf den 23. d. M. und zur Urteils-Verfälligkeit auf den 24. d. M. fallen weg.

Breslau, den 21. Januar 1874. Königl. Stadt-Gericht.

Der Subhaftations-Nichter. gez. v. Bergen.

Bekanntmachung [275] Nach Verfügung vom heutigen Tage ist in unserem Genossenschafts-Register bei Nr. 3

Ein Kauf- und Spar-Verein Selbsthülfe, eingetragene Genossenschaft, Colonie 4, eingetragen worden.

Aus dem Vorstande sind der Kaufmann Wiczorowski und der Lehrer Puschel ausgetreten; an die Stelle des erstern ist der Kaufmann Moriz Pfeiffer zu Grünberg und an die Stelle des andern Ausgeschiedenen der Nagelschmidt Klauke zu Grünberg eingetreten.

Grünberg, am 15. Januar 1874. Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Concurs-Eröffnung. Königl. Kreis-Gerichts-Deputation zu Myslowitz, den 17. Januar 1874, Vormittags 11 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Conrad Franz Galfar zu Myslowitz ist der kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 13. Januar 1874 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Theodor Sawliket zu Myslowitz bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf den 28. Januar 1874, Vormittags 11 Uhr, in unserem Gerichtszimmer Nr. 1, vor dem Commissar Herrn Kreis-Gerichtsrath Schellbach anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder an andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm Etwas verschulden, wird aufgegebun, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 10. März 1874 einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles mit Vorbehalt ihrer etwanigen Rechte, ebendahin zur Concursmasse abzuliefern.

Pfandhaber und andere mit den selben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concurs-Gläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zum 1. März 1874 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals am 11. März 1874, Vormittags 11 Uhr, in unserem Gerichtszimmer Nr. 1, vor dem genannten Commissar zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird geeignetenfalls mit der Verhandlung über den Accord verfahren werden.

Zugleich ist noch eine zweite Frist zur Anmeldung bis zum 1. April 1874 einschließlich festgesetzt, und zur Prüfung aller innerhalb derselben nach Ablauf der ersten Frist angemeldeten Forderungen Termin auf den 8. April 1874, Vormittags 11 Uhr, in unserem Gerichtszimmer Nr. 1, vor dem genannten Commissar anberaumt.

Zum Erscheinen in diesem Termin werden die Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen anmelden werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Fendler u. Kendschmidt hier, Zenthofer in Rattowitz, Schmiede, Walter, Morgenroth, Geldner, Tarlau, Wrodek, Lebenheim und Ehrlich zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Fendler u. Kendschmidt hier, Zenthofer in Rattowitz, Schmiede, Walter, Morgenroth, Geldner, Tarlau, Wrodek, Lebenheim und Ehrlich zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Fendler u. Kendschmidt hier, Zenthofer in Rattowitz, Schmiede, Walter, Morgenroth, Geldner, Tarlau, Wrodek, Lebenheim und Ehrlich zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Fendler u. Kendschmidt hier, Zenthofer in Rattowitz, Schmiede, Walter, Morgenroth, Geldner, Tarlau, Wrodek, Lebenheim und Ehrlich zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Fendler u. Kendschmidt hier, Zenthofer in Rattowitz, Schmiede, Walter, Morgenroth, Geldner, Tarlau, Wrodek, Lebenheim und Ehrlich zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Fendler u. Kendschmidt hier, Zenthofer in Rattowitz, Schmiede, Walter, Morgenroth, Geldner, Tarlau, Wrodek, Lebenheim und Ehrlich zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Fendler u. Kendschmidt hier, Zenthofer in Rattowitz, Schmiede, Walter, Morgenroth, Geldner, Tarlau, Wrodek, Lebenheim und Ehrlich zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Fendler u. Kendschmidt hier, Zenthofer in Rattowitz, Schmiede, Walter, Morgenroth, Geldner, Tarlau, Wrodek, Lebenheim und Ehrlich zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Fendler u. Kendschmidt hier, Zenthofer in Rattowitz, Schmiede, Walter, Morgenroth, Geldner, Tarlau, Wrodek, Lebenheim und Ehrlich zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Fendler u. Kendschmidt hier, Zenthofer in Rattowitz, Schmiede, Walter, Morgenroth, Geldner, Tarlau, Wrodek, Lebenheim und Ehrlich zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Bekanntmachung. [273] In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 170 die Firma S. Gzwiliger zu Kreuzburg D.-S. und als deren Inhaber der Bahnhofs-Restaurateur S. Gzwiliger zu Kreuzburg am 16. Januar 1874 eingetragen worden.

Kreuzburg, den 16. Januar 1874. Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Submissions-Anzeige. Die Lieferung von 6000 Ctr. Hafer für die hiesigen königlichen Magazine soll im Wege der Submission vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen sind während der Bureaustunden bei dem unterzeichneten Amte einzusehen. Unternehmer wollen ihre versiegelten Offerten mit der Aufschrift „Submission auf Haferlieferung“ versehen, bis zum 26. d., Vormittags 10 Uhr, an das unterzeichnete Amt einbringen, in dessen Bureau zur bezeichneten Terminstunde die Eröffnung der eingegangenen Offerten in Gegenwart der persönlich erschienenen Submittenten erfolgen wird.

Später eingehende, sowie den Bedingungen nicht entsprechende Offerten werden nicht angenommen. Nachgebote bleiben unberücksichtigt. Breslau, den 20. Januar 1874. Königlich-proviant-Amt.

Bekanntmachung. Am Mittwoch, den 28. Januar von früh 9 Uhr ab werden im Gasthofe „zur Stadt Brieg“ in Leubusch bei Brieg aus den Jagden 4, 30, 58, 69 und Jagden 1, 8, 13, 20 des Beurlaubtes Doeborn

circa 200 Stück Eichen-Nußholz (Jagden 4, 30), circa 500 Stück Kiefern- und Fichten-Bauholz, circa 80 Stück Fichten-Stangen I. bis III. Classe, circa 3 R.-Meter Eichen-Nußholz, circa 50 R.-Meter Eichen-Scheitholz, circa 300 R.-Meter diverse Brennholz, im Wege der Licitation gegen sofortige baare Bezahlung verkauft.

Regelwitz, den 18. Januar 1874. Der königliche Oberförster. Kirchner.

Hebestellen-Verpachtung. Zur anderweitigen Verpachtung der 1/2 meiligen Hebestelle Koberg an der Bergwerksstraße von Koberg nach Deutsch-Bietar, vom 15. Februar cr. ab, ist auf

Mittwoch, den 28. d. Mts. Vormittags 11 Uhr, Licitationstermin im Bureau des Unterzeichneten anberaumt. Jeder Bieter hat im Termin 100 Thlr. baar oder in preussischen Staatspapieren zu deponiren. Die Contracts- und Licitations-Bedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Beuthen D.-S., 18. Januar 1874. Die Verwaltung der Bergwerksstraßen. J. A.: Hannig.

Gerichtliche Auction. Zufolge Auftrags sollen in der Untersuchungs-Sache wider den Herrn Fürstbischof von Breslau, Herr S. Förster, in Beschlag genommene Gegenstände, in nachbenannten Terminen, gegen sofortige baare Zahlung versteigert werden und zwar:

a. am 28. Januar c., Vorm. 11 Uhr, im Hofe des Stadt-Gerichts-Gebäudes zwei elegante gute Wagen-Pferde, Braunen, Stute u. Wallach; b. am 30. Januar c., Vorm. von 9 Uhr ab im Auktionslokale, verschiedenes Mobiliar, darunter ein eichenes Buffet, diverse Bettstücke, Tisch- und Bettwäsche; um 10 Uhr ein eiserner Gelschrank; ferner einiges Silberzeug, bestehend in Messern, Gabeln und Löffeln, sowie 197 Flaschen Rhein-, Roth- und Ungar-Weine; c. am 30. Januar c., Mittags 12 Uhr, im Hofe des Gerichts-Gebäudes, die Equipage, bestehend in einem dunkelgrünlackirten ganz gedeckten Wagen mit Bodendecke, einem halbgedeckten Wagen, einem Coupé und einer ganz gedeckten Chaise, zum Theil höchst elegant, im Uebrigen im besten Zustande, sowie 3 Paar Geschirre. Die Delgemälde und Bilder werden später angezeigt werden.

Der Auctions-Commissar, Rechnungs-rath Pieper.

Der Auctions-Commissar, Rechnungs-rath Pieper.

Der Auctions-Commissar, Rechnungs-rath Pieper.

Der Auctions-Commissar, Rechnungs-rath Pieper.

Der Auctions-Commissar, Rechnungs-rath Pieper.

Der Auctions-Commissar, Rechnungs-rath Pieper.

Der Auctions-Commissar, Rechnungs-rath Pieper.

Der Auctions-Commissar, Rechnungs-rath Pieper.

Der Auctions-Commissar, Rechnungs-rath Pieper.

Der Auctions-Commissar, Rechnungs-rath Pieper.

Auction. Sonnabend den 24. Januar cr. Vormittags 11 Uhr sollen auf dem Gute Rothkirch, Kreis Liegnitz: ein Pferd (Fuchs), 2 halbedeckte Wagen, 1 russischer Wagen, 2 Schlitten, 1 Paar gute Pferdegeschirre, 3 große Schränke, 4 Tische, 16 Stühle, 2 Sophas, 2 Armestel (sämmliche Meubles von Eichenholz), 2 Buffets, 1 Kronleuchter und 2 Spiegel (alterthümlich) meistbietend gegen gleich baare Zahlung in preussischem Gelde verkauft werden.

Liegnitz, den 20. Januar 1874. Böttig, gerichtlicher Auctions-Commissarius.

Möbel-Auction. Montag den 26. Januar, Vormittags von 10-12 Uhr und Nachmittags von 3-5 Uhr werde ich in meinem Auctions-Saale, Ohlauerstraße Nr. 58, Hinterhaus 1. Etage:

1 eleg. Mah.-Meublement, bestehend in 1 eleg. Sopha, Fauteuil, Tafelstühlen, 1 Patentstuhl mit 5 Einl., 1 Truameur, 1 eleg. großen Buffet, Verticow, 1 Chaiselongue, 2 zweithür. Schränke, Bettstellen u., eine einfache Mahag.-Orniture, Tisch, Stühle u., 1 eleg. Ruß.-Meublement mit Truameur und Bettstellen, 1 großes, sehr schönes eich. Buffet und 12 eich. Tafelstühle, 1 große Mahag.-Servante für Jewelire als Ladenschrank geeignet, Ruß.-, Mahag.- und Kirschb.-Schränke, eben so Stühle, Tische, Goldrahmen- und Baroque-Spiegel, 5 Stück Delgemälde, drei große Saaltepiche, 3 Kronleuchter zu Gas und Lichtern, einzelne Sophas, Chiffonieren, Commoden u., um 11 Uhr:

1 goldene Herren-Remontoiruhr, 4 Stuhuhren und 2 Damenuhren, 1 Ketten u. meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigern.

G. Hausfelder, Königl. Auctions-Commissar.

Haus-Verkauf. Ein im besten Bauzustande befindliches Haus mit Laden, auf einer belebten Straße in Liegnitz, ist verziehungshalber bei geringer Anzahlung zu verkaufen. Kaufpreis 9500 Thlr. Näheres durch A. W. Mosner in Liegnitz.

Ein Haus, in schöner Lage, mit Balcon, Garten, Gas- und Wasserleitung, ist preiswürdig zu verkaufen. Offerten unter D. 36. in den Briefen der Expedition der Bresl. Ztg. erbeten.

Ein feines Haus in bester Lage Breslaus, herrschaftlich eingerichtet, ist wegen Auseinanderziehung billig zu verkaufen. Anzahlung 8-10,000 Thaler. Dasselbe ist auch zu einem Hotel vorzüglich geeignet. Näheres unter K. 10 per Briefkasten der Breslauer Zeitung.

Eine Brauerei, im besten Zustande, ist unter sehr soliden Bedingungen bald zu verkaufen oder bald zu verpachten. Nähere Auskunft ertheilen Herren W. Kode & Co. in Breslau.

Eine Bierbrauerei in einer lebhaften Stadt Oberschlesiens ist zu verpachten ebdnt. zu verkaufen. Gest. Offerten sub B. E. 371 an die Annoncen-Expedition von G. L. Daube & Co. in Breslau, Blücherplatz 6/7, erbeten.

Brauerei-Verkauf. In einer sehr belebten Provinzialstadt Schlesiens, ist eine im starken Betriebe befindliche Brauerei, in welcher bisher über 1000 Ctr. verbraucht worden sind, zu verkaufen. Brauerei, Mälzerei nach neuester Art eingerichtet, circa 800 Ctr. jezt berfert. Malz ist vorhanden, Ausgahnt sehr gut; selbiger kann bald od. 1. April c. übernommen werden. Näheres auf Anfragen sub C. H. M. 4537 an Rudolf Mosse in Breslau.

Fische. Mehrfachen Nachfragen zu genügen, theile ergebnis mit, daß ich Donnerstags, Freitag und Sonnabend

grosse lebende Welse ausflachten und pfundweise verkaufen werde. Ich erlaube mir auf diesen feinen Fisch ganz besonders aufmerksam zu machen.

E. Huhndorf, Schmiedebrücke 22.

Der Ausverkauf des Aufrecht'schen Waaren-Lagers, bestehend in Samaschen und Schuhmacher-Artikeln, hat begonnen und wird in den bisherigen Geschäfts-Lokalitäten, Hofmarkt Nr. 5 a., par terre, von 8-12 Vormittags und von 2-6 Nachmittags im Ganzen und Einzelnen fortgesetzt.

Für Lungenkranke. Dr. G. M. Sporer, bezüglich der Heilwirkungen der Johann Hoff'schen Malz-Chocolate und Malz-Bonbons, sagt: „Als ich die Hoff'schen Malzpräparate, Bonbon und Chocolate zur Anwendung brachte — täglich 10 Bonbons und 2 Tafeln Chocolate — fühlte ich Erleichterung, die ich früher nie empfand. Der Husten wurde bedeutend seltener und erträglicher und meine Lunge sehr gekräftigt. Aehnliche günstige Wirkungen habe ich auch bei anderen Katarrhkranken wahrgenommen.“

Dr. G. M. Sporer u. c. Verkaufsstellen bei: S. G. Schwartz, Ohlauerstraße 21, E. Gross, Neumarkt 42, und Erich & Carl Schneider, Schweidnitzerstraße 15.

Von den Bahnhöfen Kunigundeweide und Laurahütte kommen Kohlen verschiedener Qualität unter dem Namen „Fanny-Kohlen“ in den Versandt.

Die unterzeichnete Gewerkschaft sieht sich, um solchen Unfug zu steuern, veranlaßt, auf diesem Wege zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, daß nur Herr

S. Hammer in Rattowitz alleiniger Käufer sämtliche auf Fannygrube zur Forderung und in den Debit gelangender Kohlen und somit nur ganz allein berechtigt

ist, sich unseres Frachtbriestempels „Fanny-Grube“ zu bedienen.

Fanny-Grube, im Januar 1874. Die Gewerkschaft der Fanny-Grube. v. Lilienhoff, Repräsentant

Hugo Meltzer, Gürtler u. Bronze-Arbeiter in Breslau, Schuhbrücke No. 23,

empfehlte sich mit Anfertigung aller Gattungen vergoldeter, versilberter, broncierter und Neusilber-Arbeiten. — Auch werden daselbst alte Bronze-Gegenstände wieder, wie neu hergestellt, alte Metallsachen neu vergoldet und versilbert, so wie alle in dieses Fach treffenden Reparaturen ausgeführt.

Auf der Kalkbrennerei zu Keltzsch, Station der Rechte-Ober-User-Eisenbahn, ist wiederum täglich der bekannte gute frische Stückkalk zu haben.

Bruchsteine, bester Qualität, offerirt bei sofortiger Abnahme loco Bauplatz zu außergewöhnlich billigen Preisen

S. A. Kleinedam, Ring Nr. 52, im Hofe Parterre.

Im Comptoir der Buchdruckerei Herrenstraße Nr. 20 sind vorrätzig: Defterichische Zoll- und Post-Declarationen. Eisenbahn- u. Fuhrmannsfrachtbriefe. Schiedsmanns-Protokollbücher. Vorladungen und Atteste. Nießgenußbücher. Postpaket-Adressen. Proceß-Vollmachten. Tauf-, Trau- und Begräbnis-Bücher. Fremden-Meldezettel und Quittungsblanquets.

Eine complete, vor zwei Jahren nach neuester Construction erbaute Malzdarre, gegenwärtig noch in Betrieb, beabsichtige ich, wegen Vergrößerung meiner Mälzerei, bald zu verkaufen.

L. Saendler, Brauereibesitzer in Zabrze.

Einige tausend Stück Balken, Rantbölzer und Bretter jeder Dimension sind billig abzugeben durch Carl Barauk, Lubliniz D.-S.

3 leichte Ispännige Coupés, im Rohbau, (Schmied, Stellmacher, Schlosser), fertig, sind billig zu verkaufen. Offerten sub H. 5636, befördert Rudolf Mosse in Berlin W.

Eduard Scholz, 9. Ohlauerstr. 9. Lager aller Delicatessen und Südfrüchte, welche die Jahreszeit nur irgend bietet.

